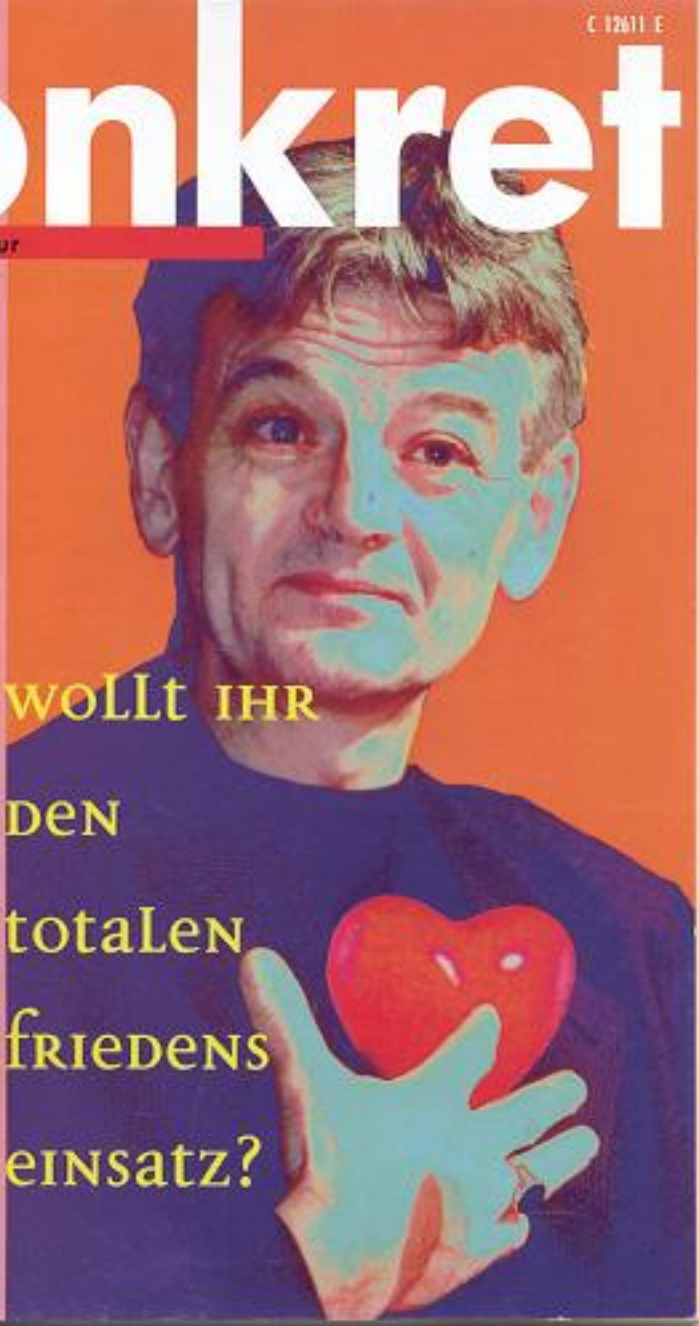
Heft 4 April 1999 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Berliner Republik: VW regiert
- Kosovo: Rotgrün steht stramm
- Nato: Showdown in Euroland
- PKK & UCK: Völker, rührt euch!
- www.peep: Seid Internet zueinander
- Kultur statt Weimar



in konkret April 1999

hier konkret von Stefan Heym
Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich dafür ausgesprochen, das Berliner Schloß anstelle des Palastes der Republik wieder aufzubauen, damit sein Blick aus dem Bürofenster gefällig darauf ruhen kann. KONKRET sprach mit dem Schriftsteller Stefan Heym (85) über Schröders Ansinnen und die Konsequenzen, die sich aus ihm ergeben

von konkret

an konkret

VW regiert von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Jetztzeit von Peter Hacks
Blick auf meine Stadt

»Es wird aufgepaßt« von Ignatz Bubis, Andrei Markovits, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer
KONKRET-Debatte»Vorwärts und vergessen – Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik« war der Titel einer Podiumsdiskussion, die KONKRET am 8. März in der Berliner Humboldt-Universität veranstaltet hat

Joschka brennt von Otto Köhler
Wenigstens Drückebergerei muß sich die neue Bundesregierung nicht vorwerfen lassen – soviel Geilheit auf Krieg war seit 1914 nicht mehr

Wir helfen Naumann aufs Pferd I von Karl-Heinz Hansen
Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitlergenerälen benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Showdown in Euroland von Thomas Becker
Pünktlich zum 50. Gründungstag der Nato und zum Aufmarsch der Bundeswehr im Kosovo prognostizieren Think Tanks der US-Regierung den Anbruch einer Ära der Heißen Kriege – und benennen Deutschlands Euro-Politik als Wegbereiter

Stahlhelm-Pazifisten von Andreas Spannbauer
Es ist kein Jahr her, da wollten sie noch die Bundeswehr auflösen – heute sind die Grünen für jeden Krieg zu haben

Brennen für Öcalan von Udo Wolter
Trotz der massiven Repression gegen kurdische Migranten ist von Solidaritätsbezeugungen für die PKK und ihren Führer dringend abzuraten

Blutrache für Berlin von Gaby Hommel
Im Unterschied zu ihren Vorgängern wahren die neuen Machthaber in Bonn nicht einmal mehr den Schein. Rücksichtslos wird aufgeräumt mit Recht und Gesetz, dem Schutz vor Folter und Todesstrafe. »Ausweisung um jeden Preis« heißt die Parole nach den »Kurdenkrawallen«

Völker, rührt euch! von Oliver Tolmein
PKK und UCK: Anmerkungen zum taktischen Umgang der deutschen Politik mit dem »Selbstbestimmungsrecht des Volkes«

Wiese der WurtigkeitenSeriös und ostgemacht von Rayk Wieland

Was die »Sozialistische Tageszeitung«, die sich »Neues Deutschland« nennt, ihren Lesern verspricht und was diese sich vom Zentralorgan a. D. versprechen. Marginalien von Rayk Wieland und Stefan Wirner

Osch- vs. Spickermann von Rayk Wieland

Wiese der Wurtigkeiten»Ossis, kauft nicht bei Wessis!« von Stefan Wirner

Was die »Sozialistische Tageszeitung«, die sich »Neues Deutschland« nennt, ihren Lesern verspricht und was diese sich vom Zentralorgan a. D. versprechen. Marginalien von Rayk Wieland und Stefan Wirner

Latten und Prügel von Jürgen Elsässer

Über Klaus Theweleits kurzen Lehrgang zur Massenpsychologie des hilflosen Antifaschismus

»... zum Schweigen gebracht« von Rolf Surmann

Wie die Bundesrepublik mit Entschädigungsforderungen von NS-Opfern umspringt. Das Beispiel Griechenland

In diesem Sinne - Claudia, Sacco und Vanzetti von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - ... den bestraft das Leben von Otto Köhler

In diesem Sinne - Krieg und Frieden von Michael Schilling

Dekalog, Artikel fünf, Absatz eins von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Christian Y. Schmidt

Mühdoss Weimar von Mathias Wedel

Events, Sponsoren und Workshops. Kleiner Rundgang durch die »Kulturstadt Europas 1999«

Volles Feuer von Kay Sokolowsky

Vladimir Nabokov wäre dieser Tage hundert Jahre alt geworden. Er hat beste Chancen, auch am 23. April 2099 eine Huldigung dieser Art zu ernten

Buch & Deckel von Georg Fülberth

Lars Lambrecht, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen. Verlag Jenior und Pressler, Kassel 1998, 280 Seiten, 34 Mark

Buch & Deckel von Jens Hoffmann

Moshe Zuckermann: Zweierlei Holocaust. Wallstein Verlag, Göttingen 1998, 182 Seiten, 38 Mark

Buch & Deckel von Oliver Nagel

Walter Moers: Die 13 1/2 Leben des Käpt'n Blaubär. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 703 Seiten, 49,80 Mark

Der Aufklärer als Selbstbeobachter von Frank Schäfer

Erstmals ins moderne Deutsch übersetzt, stellt sich ein Philosoph vor, der 200 Jahre zu früh kam - Michel de Montaigne

»Da kommt der Russe!« von Günther Jacob

Die Täter auf der Couch: Neue deutsche Trauma-Forschung. Stille Post III

Ein Satz, zypressengleich von Michael Scharang

Zum hundertsten Geburtstag der »Fackel« am 1. April 1999

Filmtheater von Marit Hofmann

Seid Internet zueinander von Georg Seeßlen

Sex and soap, Pornographie und Werbung: Das World Wide Web öffnet ein Fenster zur Innenwelt des Kapitalismus

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/99, S. 3

Stefan Heym

hier konkret

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich dafür ausgesprochen, das Berliner Schloß anstelle des Palastes der Republik wieder aufzubauen, damit sein Blick aus dem Bürofenster gefällig darauf ruhen kann. KONKRET sprach mit dem Schriftsteller Stefan Heym (85) über Schröders Ansinnen und die Konsequenzen, die sich aus ihm ergeben

konkret: Sie wollen nicht nur das Schloß, sondern auch den Kaiser wieder haben. Warum?

Heym: Das ist doch klar. Das Schloß kostet Geld, da müssen Leute rein, und in unserer Zeit und unter dieser Regierung und im Kapitalismus werden sie wahrscheinlich keine Arbeiter oder Bauern hinein setzen, sondern man braucht schon einen richtigen schönen Adel. Das war ein Schloß für den Kaiser bzw. für den König, und diese Leute passen da am besten hin.

konkret: Mit dem Kaiser wäre die Frage nach einer standesgemäßen deutschen Hymne auch wieder auf dem Tisch. Böte sich nach dem Entschluß der rotzgrünen Regierung, erstmals seit dem 2. Weltkrieg Bodentruppen ins Kosovo zu entsenden, nicht die deutsche »Kaiserhymne« an, deren zweite Strophe ja wie für die neue Bundeswehr gemacht ist: »Heilige Flamme glüh'. / Glüh' und erlösche nie. / Für's Vaterland! / Wir alle stehen dann / mutig für einen Mann, / kämpfen und bluten gern / für Thron und Reich«?

Heym: Hören Sie auf, die Deutschen haben eine sehr dicke Haut, was schlechten Geschmack betrifft.

konkret: Auch in Spanien ist die Monarchie wieder mit Erfolg eingeführt worden, und der deutsche Kronprätendent, Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit Georg Friedrich Prinz von Preußen, glaubt seit der Wiedervereinigung, daß dieser Gedanke Zukunft hat und die Wiedereinführung der Monarchie hierzulande machbar ist ...

Heym: Natürlich wäre eine Monarchie machbar, und ich bin überzeugt, daß die Leute einigen Anhang finden werden und daß sie auch nützlich sein würden. Man kann mit Monarchen immer ganz gute Geschäfte machen, sie sind auch eine Ware.

konkret: Haben Sie, der Sie schon früh die Wiedervereinigung als »naturgegeben« bezeichnet haben, damit auch die »natürliche Erbfolge« einer Monarchie avisiert?

Heym: Ich persönlich wüßte natürlich mit einer Monarchie nicht viel anzufangen, und ich glaube auch nicht, daß die Monarchen an mir ein besonders warmes Interesse hätten.

konkret: Anders als Schröder behauptet, votiert zur Zeit keine Mehrheit der Deutschen für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Für die Wiedereinrichtung der DDR könnte sich aber bald eine Mehrheit in den neuen Bundesländern stark machen. Dann könnte man den Palast der Republik gleich stehen lassen. Wäre das nicht viel praktischer und sowieso prima?

Heym: Also, ich war ein einziges Mal im Palast der Republik und hatte dort eine Lesung. Das war sehr angenehm, ein schöner Saal, der auch als Parlamentssaal diente. Später habe ich in einem anderen Parlamentssaal herumgesessen, der war auch wunderbar, die Sitze waren unheimlich bequem. Wenn ich mich heute bequem setzen will, in eine für meinen Hintern wirklich gute Umgebung, dann könnte ich mir vorstellen, im neuen Reichsbundestag oder Bundesreichstag Platz zu nehmen, die Sitze dort dürften der Höhepunkt von Luxus sein.

Zur DDR: Ich glaube, daß gewisse Gedanken in der inneren Ordnung der DDR nützlich waren – nicht was Menschenrechte, Demokratie usw. betrifft, aber das Recht auf Arbeit, auf Wohnung und ähnliches. Es ist bedauerlich, daß sich die Ostdeutschen bei der Wiedervereinigung so schrecklich beeilt und nicht überlegt haben, was sie taten. Sie wollten nur Bananen haben und reisen – das war der Hauptzweck. Wenn Sie sagen, ich hätte die deutsche Einheit als »naturgegeben« bezeichnet – naturgegeben für die Deutschen sind eben die Bananen.

konkret: Ihr Engagement für die Wiedervereinigung teilen Sie mit Walser, dessen Warnungen vor »Moralkeulen« Ihnen weniger sympathisch sind. Ist ihnen inzwischen der Gedanke gekommen, daß die feindliche Übernahme der DDR durch die BRD Ihrem Ideal eines demokratischen Sozialismus nicht eben förderlich war?

Heym: Nein, jetzt wird man anfangen müssen, für die Sache zu kämpfen – vorher hatte man sie von den Russen geschenkt bekommen – , und das wird sehr schwer werden, weil die Deutschen nie für ihre sozialen Interessen imstande waren, gut und wirkungsvoll zu kämpfen...

konkret: ... Sie sehen also in den Ereignissen nach 89 tatsächlich eine Chance für einen neuen Aufbruch?

Heym: Ja. Jetzt kann man überhaupt erst anfangen. Jetzt haben wir einen Kapitalismus, der so effizient ist, daß man den Sozialismus, der eine große Effizienz erfordert, einführen kann.

Konkret 04/99, S. 4

von konkret

KONKRET ist kein Weltkind in der Mitten und doch umzingelt von Propheten rechts, Propheten links. Von ganz links meldet »Hintergrund – Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik«:

Für KONKRET von heute ist auch charakteristisch, welche Themen nicht behandelt werden: ... die verrückte Kampagne »Nie wieder Deutschland«, der katastrophale Kahlschlagkurs der Treuhand und anderer Institutionen als bundesdeutscher Kolonialherrn auf früherem DDR-Gebiet, eine realistische Sicht auf Entwicklungen in der PDS als zahlenmäßig stärkster linker Kraft in Deutschland und der Versuch der Gruppe Gremliza, sich mit den unterdes verstorbenen »iPW«-Berichten«, der »jungen Welt« und der »Jungle World« ein Standbein in Ostberlin zuzulegen.

Das liest man gern. Von rechtsaußen meldet das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« von Uwe Backes und Eckhard Jesse:

(In KONKRET schreibe) *... vorwiegend eine Linke, der der linke Flügel von SPD und Grünen nicht links genug war, die aber auch in der KPD/DKP keine dauerhafte politische Heimat fand und doch nicht müde wurde, die politische Legitimation der zweiten deutschen Demokratie beständig und radikal, arrogant und ignorant, hämisch und zynisch in Frage zu stellen.*

Das liest man, wie der Schwabe sagt, noch gerner.

Arno Kl□ nne erhebt, im Blättchen »Ossietzky« (4/99), einen Vorwurf:

Sie verfälschen die Geschichte.

Hermann Gremliza hatte in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« und, ausführlicher, in KONKRET 3/99 über das »Kollektiv Unschuld« geschrieben: »Der Aufstand gegen die Nazi-Eltern wurde zur Lebenslüge der Achtundsechziger.« Davon könne, meint nun Klönne, keine Rede sein. Klönne frägt:

Dachte und handelte damals »die« deutsche Linke so? Nein, wir taten, was wir konnten, um die verdrängte Vergangenheit zur Sprache zu bringen und, konträr zum »Zeitgeist«, den mörderischen Charakter des »Nationalsozialismus« kenntlich zu machen, und wir widersetzten uns den Versuchen, Naziverbrechen durch Gleichsetzung mit neueren Staatsverbrechen zu verharmlosen. Sollten Sie das nicht bemerkt oder vergessen haben, wäre ich gern bereit, historisch-dokumentarische Nachhilfe zu leisten.

Danke für das verlockende Angebot, wir kommen nicht darauf zurück. Wer schon damals konträr zum Zeitgeist stand, mit dem er konform ging, geht vielleicht heute mit Geistern konform, zu denen er damals konträr stand. Zugegeben, unter den Achtundsechzigern, die taten, was sie konnten, repräsentieren die Genossen Mahler, Maschke, Oberlercher, Rabehl und Dutschke nur eine Minderheit. Selbst Gerhard Schröder ist nur einer von vielen und steht ganz allein an der Spitze unserer Regierung.

Gleich drei neue B□ nde der konkret-texte-Reihe erscheinen am 29. März. In dem Band *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie (*konkret-texte 19) beschreibt Karl Heinz Roth den Siegeszug der Totalitarismustheorie in der deutschen Sozial- und Geschichtswissenschaft und setzt sich mit den Konsequenzen dieser revisionistischen Offensive auseinander. Jürgen Roth und Kay Sokolowsky analysieren in *Der Dolch im Gewande. Komplotte und Wahnvorstellungen aus zweitausend Jahren* (konkret texte 20) die irrwitzigsten Komplottmärchen und setzen gegen den grassierenden Verschwörungswahn Polemik, Parodie und Satire. In dem Band *Ich bin das Volk. Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik* (konkret texte 21) verfolgt Joachim Rohloff den politisch-literarischen Werdegang des Schriftstellers Martin Walser, beschreibt die von dessen Friedenspreisrede ausgelöste vergangenheitspolitische Diskussion und nennt die Gründe für die »befreiende« Wirkung, die Walsers Reden von der »Moralkeule« Auschwitz in der deutschen Öffentlichkeit hat. Die Bücher haben einen Umfang von 140 bis 184 Seiten und kosten einzeln 19,80 bzw. 22,80 Mark. Sie können aber auch im Abonnement für nur 15,80 Mark pro Band bezogen werden (s. Seite 64/65). Die Autoren stehen für Lesungen zur Verfügung. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Korrekturen: Wo so viele Unterschriftenlisten auf Unterschriften warten, kommt es vor, daß die Unterzeichnenden sich bzw. der Redaktion ins Gehege kommen: Die »Unterzeichner des □Toleranzedikts□«, die sich in Horst Arkows Beitrag »Schuld hat der Präsident« (KONKRET 3/99) in der mittleren Spalte auf Seite 29 versammelt haben, haben in Wahrheit nebenan bei der CDU unterschrieben und mit Toleranz überhaupt nichts am Hut. Und Ludwig Stiegler, der im gleichen

Beitrag (S. 30) als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion auftritt, führt dieser bloß die Geschäfte.

Veranstaltungen: Joachim Rohloff liest am 21. April aus seinem Buch *Ich bin das Volk. Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik:* Schwäbisch Hall, Club Alpha, Stuttgarter Straße 7, 20 Uhr. Am 22. April tritt das gemischte Doppel Tomayer/Gremliza im Café Konkret an: 20 Uhr, Kortumstraße 19-21, 44787 Bochum.

Konkret 04/99, S. 6

an konkret

Stürmerin

KONKRET 3/99: »Die neue Rechte« von Kay Sokolowsky

Erst durch KONKRET 3/99 wurde ich auf den Artikel »Leni Riefenstahl – Propagandistin oder Künstlerin?« aufmerksam. Es ist schon mehr als schamlos, wie die unermüdliche Kämpferin gegen Por-No, Alice Schwarzer, die Duzfreundin des widerwärtigsten Pornographen des Dritten Reiches und Herausgebers des »Stürmer« verteidigt. Eigentlich müßte Frau Schwarzer sich in Grund und Boden schämen. Vielleicht aber ebnet ihr das jetzt den Weg, die Nazi-Fliegerin Beate Uhse zu interviewen, der man zumindest zugute halten muß, daß sie sich zu der Pornographie bekennt, die sie produziert.

Helga Iban

Köln

Offener Brief

KONKRET 3/99: zu Protokoll

Sehr geehrte Eva-Maria Stange,

mit Befremden habe ich in der Dokumentation in KONKRET Deinen Brief an Detlef Hensche gelesen, in dem Du Dich für den Tenor und die Schärfe der Auseinandersetzung mit dem Schriftsteller Martin Walser durch unseren Bezirksverband Frankfurt am Main entschuldigst.

Distanzierung, meinetwegen, Verurteilung, hätte man diskutieren können, aber Entschuldigung? Bist Du für den Ton der Auseinandersetzung verantwortlich? Bist Du als Vorsitzende Deiner Kontrollpflicht nicht nachgekommen? Und worin bestand diese? Haben wir in der GEW eine Beschlußlage über den Umgang mit Schriftstellern mit antisemitischen Tendenzen? Zum Entschuldigen gehört ja wohl auch die Absicht, dafür zu sorgen, daß so etwas nicht mehr vorkommt. Meinst Du das so?

Zum sachlichen Gehalt: Du teilst mit, daß »eine Diffamierung Martin Walsers als deutsch-national und antisemitisch vollkommen unangemessen ist und in keiner Weise einer sachlichen Auseinandersetzung mit seiner Rede ... entspricht«. Argumente lieferst Du leider nicht. Hast Du die Rede gelesen? Wie stehst Du zu den Formulierungen »... kein Tag, an dem (unsre Schande) uns nicht vorgehalten wird. (Ich) kann nirgends mehr hinschauen, ohne von einer Beschuldigung attackiert zu werden?« Walser sieht sich auf der »Seite der Beschuldigten«, wohlgemerkt, nicht der Schuldigen, er spricht ausschließlich von einer Schande und Beschuldigung. Leider ist Walsers Formulierung »Auschwitz eignet sich nicht (als) Moralkeule« im Wettbewerb um das »Unwort des Jahres« nur auf Platz zwei gesetzt worden.

Nimm das zusammen mit seiner Aussage in der Diskussion mit Bubis, die Mehrheit der Deutschen denke wie er, und erkläre mir, wie das anders zu übersetzen ist als »Halt's Maul, Jud, sonst wirst du schon sehen!«

Friedrich Dittmer

Hamburg

Prügel

KONKRET 3/99: »Der Mann, der zuviel wußte« von Hans-Rüdiger Minow

Ihr Autor nimmt den unlängst verstorbenen IRA-Mann Collins zum Kronzeugen, »daß Sinn und Fein einerseits bombte, andererseits anbot, aus den Waffen des Terrors Prügel zu schmieden, die man ausliefern würde, sofern die wichtigsten Clans im kommenden Staat an der Herrschaft teilhätten«. Collins aber kenne den Präsidenten von Sinn Fein, Gerry Adams, »noch von früher, aus den Zeiten der Hit-and-Run-Operations«. Ihr Kronzeuge Collins hat in ihren von Minow vielfach zitierten Erinnnerungen *Blinder Hass* zu Gerry Adams folgendes geschrieben: »Ironischerweise hatte ich damals, als ich in der IRA aktiv war, das Gefühl, daß Gerry Adams einen Ausverkauf des gewaltbereiten Republikanismus betreibe ... Heute sehe ich, daß Adams lange vor mir erkannte, daß der bewaffnete Kampf die Nationalisten ins Nirgendwo führte. Er verdient Respekt für seine Charakterstärke, die ihn veranlaßte, seiner Ansicht gemäß zu handeln und im Laufe eines Jahrzehnts die republikanische Bewegung langsam in eine gewaltlose Zukunft zu führen.«

Völlig unredlich wird Minows Plädoyer gegen den »nationalistischen Terror«, wenn er alle antibritischen Organisationen in einen Topf wirft. »Eine sogenannte Real IRA«, schreibt er, »hat im August 1998 vor einem Supermarkt 29 Menschen ermordet.« Collins habe ein Täterprofil erstellt, das zum Kopf der Attentäter führte: »Der prominente IRA-Kader ist in ein weiteres Massaker verwickelt, bei dem 28 englische Soldaten ermordet wurden.« Also Real IRA gleich IRA, und alle Firmen morden ständig, unter welcher Maske auch immer! In Wahrheit geschah das Massaker an den englischen Soldaten vor über 20 Jahren und »der prominente IRA-Kader« hat die IRA verlassen und mit anderen eine »Real IRA« organisiert, weil ihm die alte, die bekanntlich dem aktuellen Waffenstillstand zugestimmt hat, zu friedlich war.

Im übrigen ist auch Minows Übernahme der britischen Sprachregelung, wonach Sinn Fein der politische Arm der IRA sei, bezeichnend. Tatsächlich hat die republikanische Bewegung zwei Arme, den politischen, Sinn Fein, und den militärischen, IRA. Der eine ist nicht des anderen Arm. Eher im Gegenteil, wie der anhaltende Widerstand der IRA-Führung gegen den von Sinn Fein ausgehandelten politischen Kompromiß erweist.

Conrad Schuhler

München

Hauptbauchredner

KONKRET 2/99: »Keine Mißverständnisse« von Alfred Schobert

Horst Mahler war nicht Mitglied in der KPD/ML, die ihn vermutlich nicht genommen hätte. Er sympathisierte mit der KPD/AO (wie Dieter Kunzelmann) oder war sogar Mitglied in dieser Organisation, was sich meiner Kenntnis entzieht. Vorsitzender und 1. Sekretär der KPD/AO war von Anfang bis Ende Christian Semler. Die Sympathie beruht auf Gegenseitigkeit. So besuchte Semler Mahler im Knast und führte mit ihm Gespräche über die korrekte politische Linie, in der Frage, ob er sich von der Bewegung 2. Juni durch deren Einfangen von Herrn Lorenz befreien lassen sollte. Natürlich konnte auf Grundlage der Drei-Welten-Theorie und der weitblickenden vorausschauenden politisch-geistigen Größe des Vorsitzenden und Führers Semler analysiert werden, daß Genosse Mahler im Knast bleiben mußte. Die revolutionären Massen hätten die Kerkermauern öffnen müssen. So konnten die anderen glücklicherweise ohne ihn nach Aden fliegen. Immerhin hat Vorsitzender Semler der Menschheit dadurch einen Dienst erwiesen. Wer weiß, welche revolutionären Taten von Horst uns dadurch erspart geblieben sind.

Wichtiger scheint mir, daß der Genosse Mahler in letzter Zeit öfter bei nostalgischen 68er-seeligen Treffen in Berlin auffiel. Was ja einiges über seine Freunde aussagt. Er ist einer der Hauptbauchredner in größeren und kleineren handverlesenen Kreisen. Es wird heftig gestritten, ob Kramer als einziger Arbeiter im SDS erst mit Kunzelmann aneinandergeriet und Langhans erst dann auf die Idee kam, mit der Gründung eines Popkonzerns die Revolution zu machen, oder ob alle drei erst einen durchgezogen haben, bevor das alles passierte.

Lennard Körber

Berlin

Dialektik

KONKRET 3/99: »Jetztzeit«, »Goethes Schuld« von Peter Hacks

Wie verträgt sich die allgemeine Stoßrichtung Eurer Zeitschrift mit den Beiträgen von Peter Hacks? Er hält sich selbst zumindest für links und kann zumindest dem weiblichen Körper noch einiges abgewinnen. In »Goethes Schuld« wird dem erstaunten Leser jetzt billigster Antiamerikanismus serviert, der sich mit beleidigtem deutschen Nationalstolz (wie kommt der Amilümmel eigentlich dazu, unseren Nationaldichter zu kritisieren?) unvorteilhaft paart. Daß das ganze dann noch mit Gewaltphantasien (»in der Ilm zu ersäufen«) garniert wird, ist reichlich infantil.

Auch über die neue »Jetztzeit« solltet Ihr Euch den einen oder anderen Gedanken machen. Leute, die einem nicht passen, als »Kroppzeug« und »peuble« zu bezeichnen (wohlgemerkt, es geht hier nicht um NS-Mörder, sondern um die Demonstranten in Leipzig von 1989) oder sie mit Insekten zu vergleichen, die man am besten »zermatscht« – das ist pure Naziideologie. Damit solltet Ihr nicht weiter herumkokettieren.

S. Möbius

Zwei Vorschläge zur Güte: Benennen Sie Peter Hacks' Kolumne in »Heiter und besinnlich« um und umranken Sie seine Einlassungen mit Ornamenten. So macht es in vergleichbaren Fällen seit Jahr und Tag die »Neue Post« und fährt sehr gut

damit. Und machen Sie für den Fall, daß Gedichte der Art »Junge Frauen, alter Wein / beides will genossen sein« bei Ihnen eingehen, von dem Sonderkündigungsrecht Gebrauch, das Sie sich dafür hoffentlich vorbehalten haben.

Jörg König

Alfeld

»Jetztzeit« im Märzheft wieder Klasse. Behaltet diese Rubrik auf jeden Fall bei.

N. Seibert

Frankfurt

Konkret 04/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

VW regiert

Stellen Sie sich bitte einen Ermittler vor, der in mühseliger Kleinarbeit so viele Indizien zusammengetragen hat, daß er hoffen kann, einen Ehemann, der von einer gemeinsamen Tour im Hochgebirge ohne die Gemahlin zurückkam, der unterlassenen Hilfeleistung zu überführen. Wie wird er sich fühlen, wenn der Beschuldigte bei Eröffnung des Prozesses erklärt, er habe seine Ehefrau zugunsten einer knackigen Blondine loswerden wollen und deshalb mit einem Tritt in eine Schlucht befördert? Wie diesem Ermittler ging es mir, als ich zwei Tage nach Lafontaines Rücktritt, den ich hier zu kommentieren haben würde, den Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen« las:

Der Rückzug Oskar Lafontaines aus der Politik ist mehr als das Eingeständnis eines persönlichen Scheiterns. Er ist vielleicht die letzte jener dramatischen Erschütterungen, mit denen die alte Bundesrepublik Abschied nimmt ...

Lafontaine sagte von Anfang an, daß der Wohlfahrtsstaat Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung überfordert sei, zog daraus aber die für seine Partei damals katastrophale Konsequenz, die Einheit als Störfall zu behandeln. Und wie er damals sich beim Verschwinden von Grenzen und überkommener Ordnung ängstigte, so suchte er jetzt noch einmal in einem trotzigen Aufbegehren den Entscheidungskampf des ordnenden und ausgleichenden Staates gegen die Macht der Wirtschaft und die Gesetze des Marktes. Er hat ihn verloren.

Sicher gab es auch schlichtes politisch-handwerkliches Unvermögen. Aber die an einen Pferdemarkt erinnernde Szenerie des Feilschens bei der Steuerreform, das Hin- und Herschieben von Milliarden per Handschlag, das kam daher, daß die Politik die Definitionsmacht über die Wirklichkeit verloren hat.

Was waren dagegen die Notizen, mit denen ich in der mir eigenen Behutsamkeit den Verdacht hatte stützen wollen, es könnte sich bei Lafontaines Ende um ein Resultat jener politischen Konstellation gehandelt haben, in welcher der Staat die Rolle eines ideellen Gesamtkapitalisten spiele, weshalb ein Akteur, der lieber den Marquis Posa gegeben hätte, sich auf der Bühne nicht habe halten können? Die Restwürde, die dem bürgerlichen Staat von den Klassikern des Kommunismus gelassen worden war, ist im Zentralorgan der Bourgeoisie ersatzlos gestrichen. Was heißt ideell, was gesamt? Wozu die kruden Profitinteressen ausgleichen, vermitteln, adeln, unter den milden Schein des Gemeinwohls stellen und Stoff für Millionen Stunden Gemeinschaftskunde geben? Das kostet nur Spesen. Es muß gespart werden. Der Staat ist das regierende Kapital. Arm in Arm mit ihm, so fordert’s ein Jahrhundert für die Banken.

Der Genosse der Bosse wäre auch Lafontaine, den die dümmste Zeitung der westlichen Welt ein »konservatives Ballonmützen-Element« nennt, gerne gewesen. Aber ein Genosse wäre einer, dessen Wort auch gehört würde, und den wollten sie nicht. Was sie brauchen, ist, passend zum jeweiligen Messetermin, ihren Automann, ihren Fernsehmann, ihren Computermann, ihren Strommann. Wenn Gerhard Schröder, ihr praktischer Gesamtstrohmann, mal wieder nicht weiß oder vergessen hat, was er soll, ruft er in Wolfsburg bei Ferdinand Piëch an, und schon kratzt die ökologische Entsorgung der Altautos die ökonomische Kurve. Alles übrige teilen ihm die Pressestellen der Unternehmerverbände öffentlich mit: die Sätze der Körperschafts-, Ertrags-, Einkommens- und Energiesteuern, die Höhe der Sozialleistungen wie die Laufzeit der Atomkraftwerke. »Regierungen kommen und gehen, die deutsche Atomwirtschaft aber bleibt bestehen«, erklärte ein Kraftwerksdirektor nach dem ersten der sehr zu Unrecht nicht so genannten Nonsensgespräche.

»Einen der schönsten Tage meines beruflichen Lebens« hieß der Sprecher der Versicherungskonzerne den Tag, an dem Lafontaine zurücktrat, der Präsident der Arbeitgeber gab Weisung, Lafontaines Steuerreform »zu den Akten« zu legen, die Weiße-Kragen-Bären vom Bundesverband der Deutschen Industrie und vom Deutschen Industrie- und Handelstag holten sich froh und munter einen nach dem andern runter. Was das Kapital da aufführte, sollte nachträglich einen Eindruck herstellen, den die reale Politik des Finanzministers zuvor nirgends hatte erwecken können: daß die Politik der neuen Regierung bis dahin etwas ganz anderes gewesen sei als die Fortsetzung der Politik der alten mit den gleichen Mitteln.

Wie wenig anders sie war, belegen die Einwürfe der Abgewählten, die keine anderen Gründe der Kritik fanden als »politisch-handwerkliches Unvermögen«, nämlich mangelnde Klarheit und reichliches Durcheinander. Kohl hieß jetzt Schröder, aber das sollte er gar nicht. Denn das Ergebnis der Bundestagswahl im September 1998 öffnete viel schönere Möglichkeiten. Die alte Politik, von einer neuen Regierung betrieben, stand plötzlich unter Druck von rechts, ganz so, als hätte Kohl gegen ein halbes Haus voll Republikaner zu regieren gehabt, und tatsächlich übernahmen Schoible und Stäuber im Kampf für das Recht des deutschen Blutes mit Verve deren Part.

Schröder verstand. Er gab seine Rolle auf, und Kohl hieß plötzlich Lafontaine. »Sowohl Kohl als auch Lafontaine haben den bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaat tief verinnerlicht. Der eine spricht von sozialem Ausgleich, der andere von sozialer Gerechtigkeit«, schrieb das Frankfurter Zentralorgan, unverblümt wie nie zuvor. »Die Manager«, hieß es, seien »zu Recht enttäuscht, daß nach jahrelanger Reformdebatte *auch diese Regierung* nicht den Mut findet, den unumgänglichen

Wandel zu organisieren und durchzusetzen. Sie sind irritiert, daß sich die neue Regierung noch viel dilettantischer als die alte von Panne zu Panne durchzuwursteln versucht.«

Und so kamen sie wie immer, wenn das Personal nicht spurt, zu dem Schluß, man müsse alles selber machen. Der Finanzvorstand von Daimler, des größten Konzerns, der in den letzten Jahren die größten Gewinne der Firmengeschichte eingefahren und seit 1995 dem deutschen Fiskus nicht einen Pfennig Steuern bezahlt hat, weist also seinen Kanzler schriftlich an, auch die Aktionäre von der Steuer zu befreien, widrigenfalls es einen Umzug der Firma ins Ausland setze (und damit, aber das dürfen die Adressaten sich selber ausrechnen, eine noch unbekannte Zahl neuer Arbeitsloser). Die in älteren Zeiten übliche Schlußfloskel »und hoffen wir keine Fehlbitte getan zu haben« war gewiß entbehrlich.

Auch dem grünen Koalitionspartner fällt ja jede Woche eine neue Marke ein, auf die man und frau die Unternehmenssteuern senken sollten. Eine Ausnahme bildet die Vorsitzende Gunda Röstel, eine Reala zwar, aber aus dem Osten, wo zuviel Westfernsehen geguckt und dafür im staatsbürgerlichen Unterricht zu tief geschlafen worden war, weshalb sie das der Realität doch nur angemessene Auftreten der Unternehmer unentwegt »unverschämt« schimpfen muß. Vielleicht aber ist sie auch bloß gekränkt, daß mit dem ideellen Gesamtkapitalisten zugleich jene Politiker obsolet geworden sind, die, obzwar sie keine »Definitionsmacht über die Wirklichkeit« erstreben, ihren Erfolg dennoch auf »trotziges Aufbegehren« gründen.

Realo wird es jetzt so weitergehen, daß Volkswagen das Personal, das man im Kabinett braucht, demnächst aus SPD und CDU rekrutieren wird, wobei die Aufgabe, an der Schröder sich bewähren kann, darin besteht, die Grünen loszuwerden, ohne sich die FDP zuzuziehen. Seinen dann vorübergehend parteilosen Freund Joschka Fischer darf er übrigens in die Große Koalition mitbringen. Beflissener als der ist noch kein Außenminister den Erwartungen der deutschen Export- und Rüstungsindustrie vorausgeeilt.

Konkret 04/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Sorry. Por nada

Nur die Wahrheit macht frei zu neuen Lügen. Eine weitere Lehrstunde im Fach Vergangenheitsbewältigung erteilte der Präsident der USA den so seltsam verstockten Deutschen bei seiner Reise durch Mittelamerika. In Guatemala verlas Clinton eine handschriftliche Erklärung: »Es ist wichtig, daß ich klar feststelle, daß die Unterstützung für Streitkräfte und Geheimdiensteinheiten, die sich an gewalttätiger und umfassender Unterdrückung beteiligten, falsch war. Die Vereinigten Staaten dürfen diesen Fehler nicht wiederholen.« Dazu die »Frankfurter Allgemeine«:

Clintons Mea culpa kam um keinen Tag zu früh. An dem Bericht der »Wahrheitskommission«, der das Zusammenwirken zwischen der Central Intelligence Agency (CIA) und den rechtsgerichteten guatemaltekischen Militärs gegen linke Guerilleros und Maya-Indianer bei Hinrichtungen, Folterungen und Entführungen dokumentiert, ist offenkundig nicht viel auszusetzen. Die CIA bildete die Mordgesellen aus, die dann in Indianerdörfern Massaker anrichteten und im Lauf eines sechsunddreißig Jahre währenden Krieges dazu beitrugen, etwa zweihunderttausend Menschen ums Leben zu bringen.

Pech für die Guatemalteken, daß damals Scharping und Fischer noch nicht regieren durften. Was für eine Gelegenheit, Menschenrechte durch »friedenserzwingende Maßnahmen« der Bundeswehr herzustellen. Sie werden es demnächst in Kuba nachholen, zwanzig Jahre bevor ein Präsident der USA sich auf einer Reise durch Mittelamerika für die Verbrechen entschuldigen wird, welche die CIA während der Regierungszeit Castros an den Bewohnern der Insel begangen hat.

Lokalpatriotismus

Die »Frankfurter Allgemeine« wirbt für einen Landsmann:

Wieder einmal ist Fischer weiter als seine Partei, die nicht verstehen will, daß man im Medienbetrieb Identität durch forcierte Schmiegsamkeit erwirbt. Niemand hat das Evolutionsgesetz, das Überleben durch Anpassung verlangt, so gründlich in sich aufgenommen wie er. Fischer wollte den Außenminister geben und hat sein Äußeres darauf zugeschnitten. Er trägt jetzt Anzug, Halbbrille und die Trophäe des arrivierten Spießers, den Herrenring. Er scheint noch nicht gemerkt zu haben, daß die Evolution auch Sackgassen kennt. Konrad Lorenz hatte für dieses Phänomen, die sogenannte Fehlanpassung, ein eindrucksvolles Beispiel zur Hand, die Schwanzfedern des Argusfasans. Sie sehen prachtvoll aus, hindern aber bei der Bewegung und machen schließlich flugunfähig.

Titel: »Der Joschkafasan«.

Antisenilismus

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping greift durch: Ab sofort will er der Bundeswehr jede Zusammenarbeit mit der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« untersagen. Diese Vereinigung von Hitlers Lieblingskriegern, deren Orden ein Hakenkreuz schmückt, durfte bislang, auch unter den SPD-Verteidigungsministern Helmut Schmidt und Hans Apel, ihre Kameradschaftstreffen in Kasernen der Bundeswehr abhalten. Scharping begründete seine Verfügung damit, daß die alten Kameraden »sehr nahe am Rechtsradikalismus sind, zum Teil direkt drin«. Ausschlaggebend für den überraschenden Antifa-Anfall dürfte gewesen sein, daß der Orden der Nazi-Krieger durch biologische Auslese auf nur noch 500 Mann geschrumpft ist, deren Durchschnittsalter 83 Jahre beträgt. Der Vorsitzende der Ritterkreuzler, ein Wolfram Kertz, fand Scharpings Erlaß »verwunderlich«.

Urbi et orbi

Was hatte Mohamed Chatami, der Staatspräsident der islamischen Republik Iran, Mitte März bei seinem Besuch im Vatikan mit Karol Wojtyla, dem Vereinspräsidenten der katholischen Internationale, zu besprechen? Springers »Hamburger Abendblatt« verriet es:

Es ist der große Traum der Päpste, den Chatami im Vatikan mit Johannes Paul diskutieren wird: eine strategische Allianz zwischen Christentum und Islam als weltpolitischer Machtfaktor des kommenden Jahrtausends. Die Rechnung ist einfach. Derzeit leben auf der Welt etwa 950 Millionen Katholiken und 1,35 Milliarden Moslems. Gemeinsam stellen sie mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Sollten sich die Führer dieser beiden Religionen auf ein Aktionsprogramm einigen, könnte keine noch so starke Weltmacht sie auf Dauer stoppen. Der Papst und Chatami wissen, daß sie auf einer sehr breiten Basis aufbauen können. Da ist zunächst die gemeinsame Abneigung gegen die USA. Unter Johannes Paul II. entwickelte der

Vatikan eine konsequente antiamerikanische Politik. Rom stellte, wann immer möglich, klar, daß die katholische Kirche nicht gewillt ist, den Weltpolizisten USA zu akzeptieren.

Denn auf politische Verlierer hat die Una Sancta noch nie gesetzt.

Partei der Aufklärung (1)

Unter dieser Rubrik erscheinen künftig in loser Folge Zitate aus Beiträgen deutscher Autoren, die beim Marsch in die Berliner Republik aus den schwarzbraunen bis rotgrünen Kolonnen ausscheren. Hier Johannes Willms in der »Süddeutschen Zeitung« über den »grassierenden Wahn« des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«:

Fatalerweise war es gerade die deutsche Politik, die im Überschwang der mit friedlichen Mitteln realisierten Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit hierzu entscheidende Beihilfe geleistet hat. Die vom damaligen deutschen Außenminister Genscher durchgesetzte völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien hat die derzeitige Balkankrise nicht behoben, sondern verschärft, insofern sie der historisch überholten und durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts kompromittierten Idee des Selbstbestimmungsrechts neuen Auftrieb gab.

Dies rächt sich heute im Kosovo und morgen vielleicht anderswo in Südosteuropa, denn nirgends stimmt dort politische mit ethnischer Geographie überein. Was für diese Region gilt, trifft für andere, uns ferner liegende Weltgegenden wie den Nahen Osten oder die ehemals zur Sowjetunion gehörenden mittelasiatischen Staaten ebenfalls zu. Würde auch hier die Idee der Selbstbestimmung in einer Weise virulent, wie dies heute auf dem Balkan zu beobachten ist, wäre die Welt bald ein Hexenkessel, von dem die derzeitigen Kurdenkrawalle nur einen ersten Vorgeschmack geben.

Eine auf Dauer tragbare, politisch vernünftige Lösung kann also nicht eine völkerrechtliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller dieser Ethnien sein, sondern allenfalls die Durchsetzung ihrer relativen politischen und kulturellen Autonomie innerhalb der heute bestehenden politischen Grenzen.

Partei der Aufklärung (2)

Jürgen Habermas in einer Buchrezension, ebenfalls in der »Süddeutschen Zeitung«:

Neuerdings bekunden ja ehrbare politische und gesellschaftliche Eliten öffentlich ihre Unfähigkeit zu unterscheiden, was in die Paulskirche und was auf die Couch gehört ... Ein ebenso medienempfindliches wie normativ entkerntes Kanzleramt bereichert, sei es mit beredtem Schweigen zur Spaltung der Nation in deutsche Deutsche und in jüdische Deutsche oder mit Ideen zur besucherfreundlichen Ausgestaltung des Berliner Denkmals, eine immer flacher werdende geistige Landschaft. Währenddessen enteignet der Kanzler mit flotten nationalen Sprüchen die verdutzten Leitartikler der ›FAZ‹ ihrer Lieblingsfloskeln.

Zivilgesellschaft

Hallo Leute,

wie auch sonst die letzten Jahre organisieren wir – die Grüne Jugend von Oberbayern – eine Fahrt nach Osteuropa – diesmal nach Krakau, mit einem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz. Wie in den letzten Jahren auch, sind wieder einige Plätze noch frei. Wenn ihr also dem Faschingstrubel in Deutschland entkommen wollt, hier ist die Gelegenheit. Wir rechnen mit einer lustigen Fahrt wie die letzten Jahre!

Interessenten melden sich bitte bei ...

Viele Grüne Grüße

Perestrojka

Der deutsche Außenhandel mit Rußland sei »weitgehend zusammengebrochen«, meldet die »Frankfurter Allgemeine«. Im vierten Quartal 1998 wurden nur noch Waren im Wert von 2,3 Milliarden nach Rußland exportiert, 53 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 1997. Die Einfuhr russischer Waren ging um 21 Prozent zurück. Der Export nach China verlor 6,5 Prozent. Insgesamt stieg der deutsche Export um 6,9 Prozent auf 950 Milliarden Mark.

Saddam Schröder

Wie im Innern des Landes zuweilen gedacht wird, gibt eine Notiz aus der allemannischen Provinz wieder: In Ravensburg am Bodensee haben die älteren CDU-Mitglieder ein Flugblatt ihrer »Seniorenunion« verteilt, auf dem es hieß, Leute mit doppeltem Paß könnten im gleichen Jahr hier Schröder oder Fischer wählen und »im Irak den Massenmörder Saddam Hussein, in der Türkei die Mafiosa Tansu Cillar, in Serbien den Menschenverächter und Spätbolschewisten Slobodan

Milosevic«.

Talking Bull

Wie im Innern des Landes zuweilen geredet wird, gibt eine Notiz aus der niedersächsischen Provinzhauptstadt Hannover wieder. Dort ist die Zahl der Straftaten von 1996 auf 1997 um zehn Prozent gesunken, was den Polizeipräsidenten Hans-Dieter Klosa zu folgenden Erwägungen veranlaßte: Es sei ein Fehler der Politik, daß sie »zu nachsichtig mit ausländischen Staftätern umgeht, wenn ihnen im Heimatland Folter droht und wir sie deshalb nicht abschieben dürfen ... Wir dürfen uns nicht vom Abschiebestopp gängeln lassen und hilflos zusehen, wie ausländische Kriminelle unsere Rechtsordnung gefährden.« Nicht mehr hören könne er die ständigen Verweise auf die Vergangenheit: »Was unter einer Diktatur geschah, darf uns heute bei der unnachgiebigen Strafverfolgung nicht mehr hemmen ... Was wir brauchen, sind kurzfristige Prozesse.« Auch im Singular.

Asche zu Asche

Die Ruhefrist des Grabes von Rudi Dutschke auf dem St.-Annen-Friedhof in Berlin-Dahlem läuft ab, der Senat muß entscheiden, ob es als »Ehrengrab« erhalten werden soll. SPD und Grüne sind dafür. Die CDU ist dagegen. Ihr Sprecher sagte, wenn man Dutschkes Slogan »Amis raus aus West-Berlin« gefolgt wäre, »wären wir vielleicht alle Ost-Berliner geworden«. Der Sprecher heißt Uwe Lehmann-Brauns und ist der Anwalt jenes Hamburger Barden, der die »Drei Schüsse auf Rudi Dutschke« gesungen hat und nicht abgegeben.

Ich glaube nicht, daß das bestehende internationale Recht mit der Vorgabe der unhinterfragten Souveränität einzelner Nationen den real existierenden Bedingungen heute noch gerecht werden kann

---

Angelika Köster-Lossak, Bundestagsabgeordnete der Grünen

Konkret 04/99, S. 11

Peter Hacks

Jetztzeit

Blick auf meine Stadt

Wenn ich mich mittags aus dem Fenster beuge,
Braust unter mir der Strom der Kraftfahrzeuge.

Ein Baum steht, wo du selbst nicht gerne liefest,
Und grünt sogar. Der Baum ist industriefest.

Ein Chinakoch, vor seinem Ladenzelt
Sitzt er an einem Schaff und wäscht sein Geld.

Der Wettermann hat wieder mal gelogen.
Wieso sind Manche richtig angezogen?

Was trägt man, Mantel, Blazer oder Sweatshirt?
Was, wo bei Sonnenschein der Regen plätschert?

Konkret 04/99, S. 12

Ignatz Bubis, Andrei Markovits, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer

»Es wird aufgepaßt«

KONKRET-Debatte
»Vorwärts und vergessen – Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik« war der Titel einer Podiumsdiskussion, die KONKRET am 8. März in der Berliner Humboldt-Universität veranstaltet hat

Teilnehmer waren Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Andrei Markovits, Professor an der University of California, Santa Cruz, zur Zeit Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, Hermann L. Gremliza und Jürgen Elsässer als Diskussionsleiter. Der Saal war mit 450 Zuhörern überfüllt, 300 Interessenten fanden keinen Platz mehr. Tags darauf wurde eine einstündige Fassung der Debatte vom TV-Sender Phoenix ausgestrahlt. KONKRET dokumentiert einen Auszug:

Elsässer: Wir sind in einer Berliner Republik, die von Alt-68ern regiert wird und in der sich viele Werte der 68er durchgesetzt haben. Ist es in einer solchen Republik vorstellbar, daß antimoderner und vormoderner Ungeist wie der Antisemitismus wieder zurückkehrt? Wird die Berliner Republik eine Republik des Vergessens und Wegschauens werden, wie Micha Brumlik befürchtet? Wie hat die Kontroverse um Martin Walsers Friedenspreisrede diese Republik verändert?

Vor kurzem hat der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy mit Ihnen, Herr Bubis, über die Walser-Kontroverse gesprochen und Sie mit dem Satz zitiert, das Verhältnis von drei positiven Briefen zu einem antisemitischen, die Sie an jenem Tag erhalten hatten, würde bedeuten, daß Walser der Verlierer ist. War Walser der Verlierer?

Bubis: Das glaube ich nicht. Aber nach der Diskussion bei der »FAZ« hat sich die Stimmung verändert. Danach habe ich kaum noch antisemitische, sondern 80 Prozent eher zustimmende Briefe bekommen. Etwas überrascht hat mich, daß die Intellektuellen und die Politiker sich mit Äußerungen eher zurückgehalten haben. Und einige, die mir geschrieben haben, wollten diese Zuschriften nicht veröffentlicht haben. Aber so soll es Walser auch gegangen sein. Einen Brief, den haben wir beide bekommen, von Herrn Deckert, dem Vorsitzenden der NPD, aus dem Gefängnis. Der hat hochlobend Walser zugestimmt und mir gleich eine Kopie geschickt.

Elsässer: Herr Markovits, Sie waren vor zwei Wochen der Eröffnungsredner der Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken vor tausend Leuten, darunter der Ministerpräsident. Sie erhielten großen Beifall. Wie bringen Sie dieses Erfolgserlebnis zusammen mit der Äußerung von Walser, der gesagt hat: »So wie ich denkt und fühlt die Mehrheit der Deutschen«?

Markovits: Deutschland ist ein sehr plurales Land. Ich bin sicher, daß Walser der Mehrheit der Leute aus dem Bauch gesprochen hat. Ich glaube schon, daß eine Mehrheit der Leute eine Art Schlußstrich haben will. Natürlich muß man das noch differenzieren: Dieser Wunsch ist stärker auf der Rechten als auf der Linken, innerhalb der Linken mehr auf PDS-Seite als auf Grünen-Seite, in den Grünen mehr auf der Fundi-Seite als der Realo-Seite, mehr bei Männern als bei Frauen, mehr bei Älteren als bei Jungen. Das große Aber ist, daß hier 500 Leute sind, daß in Saarbrücken 1.000 waren, daß 700.000 Leute, ganz gewöhnliche Deutsche, um mit Daniel Goldhagen zu sprechen, die Wehrmachtsausstellung gesehen haben. Und ich würde weitergehen. Ich würde Herrn Bubis als Sieger bezeichnen, und zwar aus dem einfachen Grund: Walser wollte ja eigentlich den Bau des Holocaust-Denkmals verhindern. Und das ist ihm nicht gelungen. Das wird gebaut. Es ist unklar, welche Form es annehmen wird, aber es wird gebaut. Und ich glaube, das hat letztendlich Herr Bubis allein durchgestanden.

Gremliza: Auch ich glaube, daß Ignatz Bubis mit seinem Einspruch das bestmögliche Resultat in dieser Debatte erzielt hat. Aber es bleibt ein sehr bescheidenes Resultat. Ich teile weder seinen Optimismus noch den von Markovits. Walsers Rede hat die Republik insoweit verändert, als sie die seit 1990 klammheimlich vonstatten gegangene Veränderung offenbar gemacht hat. Walsers Rede und das Echo darauf waren das Coming out dessen, was »Berliner Republik« zu nennen man sich angewöhnt hat.

Tatsächlich haben die Spitzen der deutschen Gesellschaft und Politik einem Akt geistiger Brandstiftung, oder präziser gesagt: einer von latentem Antisemitismus und nationalistischem Ressentiment durchtränkten Suada Standing ovations bereitet. Und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in der ersten Reihe saß, war mit seinem Entsetzen an Ort und Stelle so gut wie allein. Das ist ihm bisher so nie passiert, und seinem Vorgänger auch nicht. Diese Neuerung ist gewollt: als ein Zeichen des endgültigen Abschieds von der Bonner Republik und dem eigentlichen Beginn der Berliner Republik. »Berliner Republik« meint: 50 Jahre sind genug, wir sind wieder wer, die Nachkriegszeit ist zu Ende, die staatliche Souveränität Deutschlands ist von allen rechtlichen Beschränkungen befreit.

Nun gibt es ein Paradox. Man hat die Illusion gehabt, es sei alles beim »guten Alten« geblieben, weil die Mitglieder und Funktionäre der regierenden Partei ja doch ziemlich eng mit den Ausläufern des NS-Staates auch personell noch verwoben

waren und aus diesem Grund nicht die innere Freiheit spürten, so rücksichtslos über diese Vergangenheit hinwegzugehen, wie sie es sicher gerne getan hätten. Ausgerechnet die engen Beziehungen, in denen Schröders Amtsvorgänger Kohl in seiner Partei wie im Privatleben zu den Tätern stand, haben ihn zu einer gewissen Vorsicht beim Umgang mit den Opfern angehalten. Rotgrün hat Deutschland auch von dieser letzten Fessel befreit. Gerhard Schröder kommt aus keinem Nazimilieu. Er hat deshalb auch keinen Grund, eine »zweite Wiedergutmachung« zu leisten oder der »Zahlmeister Europas« zu sein. Die Nonchalance, die rotzige Frechheit, mit der er und sein Kulturminister Naumann jetzt über das Mahnmal reden und über die »zweite Wiedergutmachung«, findet in der rot-grünen Jubelpresse keine Kritik. Verbrechen gegen die Menschheit sind in dieser rot-grünen Berliner Republik nicht länger eine deutsche Last, sondern legitimieren die heutigen Deutschen, die Welt Mores zu lehren. »Wegen Auschwitz« wollen wir zwar keine zweite Wiedergutmachung, aber »wegen Auschwitz« muß die Bundeswehr im Kosovo einmarschieren. Auschwitz als Legitimation für den nächsten Griff Deutschlands nach der Weltmacht – das ist wirklich die denkbar perverseste Form seiner Funktionalisierung. Und Walser hat die deutsche Politik zu diesem Aufmarsch befreit.

Bubis: Zu den Standing ovations: Wenn Sie die Leute, die aufgestanden sind und Standing ovations gebracht haben, gefragt hätten:Was hat er gesagt?, hätten zwei Drittel es nicht gewußt. Und es genügt, wenn einige Leute vor einem aufstehen, der Rest kommt nach. Also ich würde das nicht überbewerten. Was mich gestört hat, ist eigentlich, was später gekommen ist. Bis auf den hessischen Ministerpräsidenten Eichel habe ich zwar einige Briefe bekommen von prominenten Politikern, aber keine Äußerungen, keine öffentlichen Äußerungen von Politikern. Ich habe einige Briefe von Intellektuellen bekommen, bei denen zumindest einer mir auch geschrieben hat, er möchte das nicht veröffentlicht haben. Aber wenn der Kanzler schon mitten in der Debatte sagt: Ein Schriftsteller darf das sagen, ein Bundeskanzler nicht – das gibt mir schon eher zu denken.

Ich halte das eigentlich nicht für einen Aufbruch in eine Berliner Republik, das ist zum Teil der Vorsatz: Ich muß jetzt alles anders machen als die frühere Regierung es gemacht hat. Wiederum will ich die Republik eher loben. Das mit der Weltmacht, das ist so eine Sache. Wenn die führenden Kräfte meinen, daß Deutschland in den Sicherheitsrat gehört, dann ist die logische Folge, daß man auch ins Kosovo Soldaten schicken muß. Ich kann nicht im Sicherheitsrat beschließen, daß man ins Kosovo Soldaten schicken soll, aber dann sagen, nun laß mal die anderen dort hingehen. Das wäre wirklich falsch. Bundeskanzler Kohl hat versucht, deutlich zu machen, daß Deutschland eben nicht diese weltpolitische Rolle spielen will. Und auch hier, glaube ich, will die neue Regierung sich davon ein bißchen absetzen und sagen, wir wollen doch alles anders machen.

Was mir wichtig war und wovon ich glaube, daß ich es tatsächlich erreicht habe: Wir hatten den sogenannten Historikerstreit, der heftig geführt wurde und in dem Nolte am Ende sich mit seinen Thesen nicht durchgesetzt hat. Und dann hatten wir noch einen zweiten Versuch, 1995, mit den großen Anzeigen zum 8. Mai, die Befreiung vom Nationalsozialismus in eine Niederlage Deutschlands umzumünzen. Und auch diese Debatte hat nicht lange angehalten. Schlußstrich-Diskussionen haben wir in der Nachkriegsrepublik öfter gehabt. Nach meiner festen Überzeugung war das auch von Walser so gewollt, und es ist auch ihm nicht gelungen. Das schreibe ich der doch gefestigten Mitte der Gesellschaft gut, daß sie auf solche Versuche nicht leichtfertig reinfällt.

Elsässer: Andrei Markovits, Sie haben vorhin Bubis gelobt und müssen doch auch zugestehen, er stand allein. Gerade Rot-grün hat ihn im Stich gelassen. Wo waren denn die Linksintellektuellen?

Markovits: Ja, Sie haben recht, Herr Bubis stand allein, und das habe ich auch eingangs gesagt. Was mir sehr auffällt, ist, daß Herr Gremliza mir viel mehr aus der Seele spricht und Herr Bubis viel mehr aus dem Kopf. Es ist sehr interessant, daß hier die zwei Juden die Zivilgesellschaft auch der neuen Berliner Republik zumindest teilweise rehabilitieren, während Herr Gremliza da viel schärfer ins Urteil geht. Joschka Fischer hat im Gespräch mit Bernard-Henri Lévy etwas Wichtiges gesagt. Er hat gesagt, daß Auschwitz für diese Republik so identitätsstiftend ist wie der Unabhängigkeitskrieg für die Amerikaner, 1789 für die Franzosen und der Spanische Bürgerkrieg für die Spanier. Das ist eine vollkommen richtige Bemerkung, und ich finde sie auch gewagt.

Es gibt Dinge, die mich optimistisch, andere wiederum, die mich pessimistisch stimmen. Zu diesen gehören das Schwein, das über den Alexanderplatz gelaufen ist, mit dem Namen Bubis draufgeschmiert, meine Spaziergänge jeden Abend im Grunewald, wo ich beim jüdischen Kindergarten vorbeigehe, der bis jetzt so ausgeschaut hat wie ein Konzentrationslager, so sehr muß er geschützt werden – das sind natürlich furchtbare Begebenheiten. Aber auf der anderen Seite fällt mir einfach auf, daß Berlin heute viel jüdischer geworden ist. Es ist pluraler, es ist eine ganz andere jüdische Präsenz als in den frühen 80er Jahren und auf alle Fälle als in den 70er Jahren, wo das überhaupt nicht der Fall war, wo man von Juden überhaupt nichts wußte, wo sogar in der damaligen Linken der Holocaust eine sekundäre Rolle gespielt hat, wenn er überhaupt eine Rolle spielte. Das heißt, es war immer eine Frage des abstrakten Antifaschismus, aber nie des konkreten Nationalsozialismus Deutschlands. Und das sehen wir auch teilweise in der heutigen Regierung.

Es ist keine aktive Holocaust-Leugnung, aber es ist eine Art passiver Resistenz. Ich würde mal folgende Generalisierung wagen: Wenn Leute aus irgendeinem Grund philosemitisch waren und nicht antiamerikanisch, dann waren diese Leute auf

der Seite von Bubis. Die anderen waren entweder aktiv für Walser oder zumindest passiv nicht gegen ihn. Aber die erste Gruppe, eine Minderheit, ist eine starke Minderheit, mit einer Stimme, die man nicht negieren darf.

Elsässer: Die Minderheit, von der Sie sprechen, die diesen Raum umkämpft, erfährt aber von der neuen rot-grünen Bundesregierung noch weniger Unterstützung als von der alten?

Markovits: Jein. Gremliza hat gesagt, die alte Regierung habe vieles aus einer Art Schuldigkeit getan und das immer mit der Rücksicht auf das Ausland legitimiert. Das war immer etwas suspekt, wie es im Englisch-Jiddischen geheißen hat: *Guilt-Geld*, also Schuldgeld. Daß jetzt Herr Schröder damit prahlt, daß er eben ungleich Kohl ein ganz anderer Europäer ist, das ist ganz sicher ein neuer Ton, aber es ist noch immer nicht gesagt, daß es der dominante Ton bleiben wird und daß das nicht umkämpft sein wird.

Elsässer: Herr Bubis, noch mal zum Vorwurf des geistigen Brandstifters. Seit Sie diesen Vorwurf zurückgezogen oder sehr stark modifiziert und abgeschwächt haben, ist die Debatte in der Öffentlichkeit beendet. War es nicht ein Fehler, diesen Punkt zurückzunehmen?

Bubis: Nein, es war kein Fehler. Ich habe gesagt, ich kann ihm nichts anderes nachweisen, deshalb nehme ich es zurück. Das ist mein Gerechtigkeitsgefühl: in dubio pro reo. Er hat es so behauptet, seine besten Freunde, Augstein, Dohnanyi, haben ihn genau so verstanden, wie ich ihn verstanden habe. Und ich glaube nicht, daß die Diskussion damit beendet ist, siehe heute abend. Es gibt genügend Leute, die immer noch ein Interesse haben, darüber zu diskutieren.

Es mag sein, daß bei vielen der früheren Regierungen das Ausland eine Rolle gespielt hat. Wir kannten das: Wenn es in Deutschland irgendwo irgendwann einen fremdenfeindlichen Anschlag gegeben hat, Mölln, Solingen, da gab es eine große Betroffenheit mit einem Beisatz: Was wird das Ausland sagen? Ich nehme mindestens einen davon aus, jemand, zu dem ich sicher zu Beginn, wegen Bitburg, ein ambivalentes Verhältnis hatte, aber ich habe Kohl danach kennengelernt und bei ihm eine Sensibilität gefunden, wie ich sie bei den Linken kaum gefunden habe. Bei den Linken war es das Verständnis: Ich bin links, ich bin hier dagegen, ich bin hier dafür, aber ohne große innere Emotion, während bei Kohl sehr wohl die innere Emotion eine Rolle gespielt hat. Es gibt sicherlich noch eine ganze Reihe anderer auch. Und das hat sich bei der jetzigen Regierung geändert. Nicht daß deren Einstellung anders ist, sondern schlicht und einfach: Wir haben nicht nötig, das zu betonen, wir sind so, uns kann man nichts anderes unterstellen, schon mein Vater war Sozialist, oder schon mein Vater war Kommunist – als ob das etwas zu sagen hätte. Die Erfahrung zeigt, daß die Söhne selten so werden wie die Väter.

Elsässer: Ist der Walser-Vorstoß wirklich so einzigartig, gab es nicht solche Tabubrüche, solche Provokationen immer wieder?

Gremliza: Der gravierende Unterschied zwischen den Diskussionen früher und der Situation jetzt besteht darin, daß damals die Täter noch in Amt und Würden waren, in den Vorstandsetagen der Banken und Konzerne saßen, noch im Bundestag, noch auf Regierungsbänken. Jetzt erst, wo diese Generation entweder im Seniorenheim oder schon auf dem Acker ist, wird die Diskussion anders geführt, kann sie anders geführt werden. Die nationale Linke hat daraus den Schluß gezogen: Wir können jetzt, wo Vati nicht mehr aktionsfähig ist, uns die Verbrechen von der Ferse schaffen durch einen Akt des Zugebens. Bis dahin wurde laviert, wurde geleugnet, mußte geleugnet werden, weil man das so offen nicht ansprechen konnte. Mir scheinen sowohl die Wehrmachtsausstellung wie der Anlauf, ein Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden in Berlin zu errichten, Versuche zu sein, die Vergangenheit zu relativ günstigen Konditionen loszuwerden.

Um so bemerkenswerter ist, daß diese Linke im Fall Walser so völlig versagt hat. Keine der parteilinken Organisationen von der SPD über die Grünen und die PDS bis zur DKP hat in dieser, die wichtigste Frage betreffenden Sache, nämlich des von Adorno formulierten Postulats, es sei alles zu tun, daß Auschwitz nie wieder möglich werde, angemessen reagiert. Die haben sich in diesen Wochen und Monaten mit Sachen beschäftigt, die, gemessen an dieser Frage, politische Peanuts sind, wie mit diesem Atomausstieg – einem Scherzartikel. Oder mit der grünen Strukturdebatte. Man wird wahnsinnig, wenn man erlebt, wie die ideologische Grundsteinlegung der Berliner Republik organisiert wird, und es meldet sich niemand aus diesen Parteien zu Wort. Eine Katastrophe.

Elsässer: Das von Gremliza festgestellte Versagen der 68er haben Sie, Herr Bubis, gegenüber Lévy anhand von zwei Personen relativiert: Joschka Fischer und Otto Schily seien die einzigen, auf die Sie zählen könnten. Was macht Sie da so sicher?

Bubis: Joschka Fischer kam auf mich mal vor acht oder zehn Jahren zu und meinte: Herr Bubis, wir haben Ihnen Unrecht getan, wir wissen das, und Sie sollen wissen, daß wir es wissen. Das war schon mal ein Schritt. Außerdem habe ich ja sein Tun und Lassen über die letzten Jahre verfolgt. Ich habe ihn in Bonn in der Opposition erlebt, ich habe ihn in der Regierung erlebt. Er ist sicherlich der Mann, der sich am meisten gewandelt hat von denen, die ich kenne. (Lachen im Publikum.) Na gut, Wandlung ist nichts Verbotenes. Und spontan fiel mir auch Schily ein, der ja aus der gleichen Ecke kommt. Ich hätte genauso gut noch Frau Däubler-Gmelin hinzufügen können, die mir aber in diesem Moment nicht eingefallen ist.

Auf andere habe ich deshalb nicht Bezug genommen, weil ich sie nicht oder zu wenig kenne. Was hätte ich zu diesem Zeitpunkt über Michael Naumann sagen sollen? Was bei Fischer ein paar Jahre gedauert hat, hat bei Michael Naumann ein paar Tage gedauert: Kein Mahnmal – sollte Kohl das Mahnmal bauen wollen, werden wir es abschaffen – als Ersatz könnte man allenfalls an ein Lehrhaus denken – und zum Schluß Mahnmal plus nicht Lehrhaus, sondern Kolosseum. Da gehen mir die Wandlungen viel zu schnell. Und obwohl ich Schröder mittlerweile auch so zehn, fünfzehn Jahre kenne – wenn Sie mich fragen, was ich über Schröder weiß, würde ich Ihnen antworten: gar nichts.

Elsässer: Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß die beiden von Ihnen Genannten sich während der Walser-Diskussion überhaupt nicht geäußert haben? Wo Fischer doch sonst so engagiert ist in Menschenrechtsfragen. Er hat sich für die Gebrüder LaGrand eingesetzt, als ginge es um Sacco und Vanzetti.

Bubis: Fischer war viel unterwegs. Vielleicht hat er das alles gar nicht mitgekriegt. Schily hat mich auch überrascht, allerdings in einer anderen Richtung: doppelte Staatsbürgerschaft – der Anlauf war anders als das Springen – oder mit seinen Äußerungen zu Ausweisungen. Irgendwie habe ich den Eindruck, er hat in das Volk hineingehört, und dann hat es aus ihm herausgesprochen. Ich setze da andere Maßstäbe. Ich horche in das Volk hinein, und wenn ich das Gefühl habe, daß das Volk nicht unbedingt recht hat, versuche ich gegenzusteuern und nicht dem Volk zuliebe das zu wiederholen, was das Volk hören will.

Markovits: Ich bin überhaupt nicht überrascht, daß Schröder sich nicht geäußert hat. Ich glaube, Herr Elsässer, Sie sind ein bißchen zu strikt. Regierungen sind leninistische, d. h. demokratisch-zentralistische Organisationen, wo man, wenn man abweichlerisch ist, entweder zurücktreten oder sich anders artikulieren muß. Ich glaube nicht, daß Herr Fischer diese Diskussion nicht verfolgt hat. Er hat doch auf seine Art später ganz klar zu erkennen gegeben, daß er ganz anders ist als Herr Schröder. Ich war einmal bei Herrn Schröder mit einer Gruppe amerikanischer Politologen, und ich erinnere mich, wie er sich so zwei Stunden lang geäußert hat. Mir war ganz klar, daß für ihn die Frage, die Herr Gremliza als die Gretchenfrage der deutschen Republik darstellt, einfach nicht existiert. Wiederum nicht im Sinne einer Holocaust-Leugnung, nicht als einer, der nicht sagen würde, daß da furchtbare Sachen passiert sind. Aber in diesem Gespräch war ganz klar, aus welcher politischen Formation er kommt, und für diese Gruppe der 68er war der Holocaust leider wirklich ein Thema unter ferner liefen. Sie interessierten sich nicht dafür, sie kannten es nicht, und sie kennen es eigentlich bis heute nicht.

Elsässer: In dem Interview, das ich mit Ihnen, Herr Markovits, für KONKRET (2/99) geführt habe, haben Sie etwa argumentiert, es sei zwar tragisch, daß sich Rotgrün nicht äußere, nicht einmische in die Walser-Diskussion, aber immerhin sei vorstellbar, daß sie diese Frage etwas niedrig hängen, um dann um so erfolgreicher die sehr viel wichtigere Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts durchzubringen. Das Interview fand im Januar statt. Jetzt ist das Resultat da.

Markovits: Ja, das Resultat ist da, und es ist nicht zu meiner Freude. Ich meine noch immer: Wenn es zu dieser neuen Definition von Staatsbürgerschaft kommt, wird das eine grundlegende Änderung dessen bedeuten, was Deutschsein heißt. Herr Gremliza hat im Interview mit Herrn Bubis einen Satz gesagt, den ich richtig finde und der mir sehr oft schon durch den Kopf gegangen ist: Deutscher Nationalismus ist ohne Antisemitismus nicht möglich. Das ist ein historisch vollkommen richtiger Satz. Aber wenn es zu einer Neudefinition dessen käme, was überhaupt Deutschsein ist, wenn eine deutsche nationale Identität jenseits des Nationalismus möglich wäre, eine, die multikulturell qua Bürgerrecht ist, dann ist die Stringenz des antisemitischen Gehaltes nicht mehr unbedingt gegeben.

Dieses Land hat in diesem Jahrhundert eine Vielfalt von Regimes erlebt, die unglaublich ist: von einem autoritären Kaiserreich über eine hochlabile und konfliktreiche liberale Demokratie, über das mörderischste faschistische Regime, das es je gab und das wirklich *sui generis* ist, zu einer liberalen Demokratie im Westen, die irgendwie fast langweilig ist, und einer leninistischen bürokratischen Diktatur im Osten, die zwar ein repressives Regime war, aber nicht ein genozidales wie die Nazidiktatur, und das ist ein Unterschied ums Ganze. Was ist die Konstante durch diese ganze Geschichte? Deutschsein. Was ein Deutscher ist, ist in all dem konstant. Und wenn es zu dieser Staatsbürgerschaftsumkrempelung kommen würde, und ich hoffe noch, daß es dazu kommen wird, dann wäre das ein Meilenstein, der wirklich die Gesellschaft und das Deutschsein umdefiniert.

Elsässer: Herr Bubis ist Mitglied der FDP, Herr Markovits hat ein emphatisches Buch mit dem Titel *Grün schlägt Rot* geschrieben, und KONKRET ist das heimliche Zentralorgan derjenigen, die links von SPD und Grünen stehen. Alle drei sind in ihrem angestammten politischen Spektrum mit ihrer Position, die sie auch heute hier vertreten haben, in der Minderheit. Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus? Haben Sie, Herr Bubis, sich nicht manchmal in der FDP etwas einsam gefühlt?

Bubis: Sicher gab es Momente, wo ich manches anders gesehen habe, und dann habe ich summiert, addiert, Schluß gezogen und habe gedacht, was Besseres habe ich nicht.

Elsässer: Andrei Markovits, Rotgrün hat keine Veranstaltung mit Ihnen gemacht zur Walser-Diskussion.

Markovits: Daß ich ein relativ sympathisierendes Buch über die Grünen als Repräsentanten der deutschen Linken geschrieben habe, heißt noch lange nicht, daß ich ihnen nicht kritisch gegenüberstehe. Also ich sehe da keinen Widerspruch.

Elsässer: Und Hermann Gremliza? War es nicht so, daß das »Neue Deutschland« genauso pro Walser war wie die »FAZ«, und die »Junge Welt« genauso unflätig gegen Bubis wie die »Junge Freiheit«?

Gremliza: Ich halte das, was hier über die Reife großer Teile der Gesellschaft gesagt worden ist, für maßlos übertrieben. Aber richtig ist, und es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß es jenseits der linker Organisationen Stellungnahmen gegeben hat, mit denen man nicht oder nicht mehr gerechnet hatte. Ich habe nicht mit dem gerechnet, was in der »Süddeutschen Zeitung« passiert ist, was dort Joffe und Willms geschrieben haben. Ich habe nicht damit gerechnet, daß in der »Zeit« Klaus Harpprecht und Robert Leicht so zuschlagen würden. Ich habe nicht damit gerechnet, daß Wolfram Schütte in der »Frankfurter Rundschau« die Feigheit und Verlogenheit dieser Rede von Walser so deutlich beim Namen nennen würde.

Ich will nicht von Bündnissen reden, aber ich plädiere dafür, in Zukunft genauer hinzugucken. Wir haben uns oft, und bis 1989/90 konnte man das auch leicht, ich jedenfalls habe das getan, einfach daran orientiert zu sagen: Hier ist das kapitalistisch-imperialistische Lager, auf der andere Seite ist sein Widerpart, der es im Zaum hält, der ist mir lieb und teuer. Dem nun nostalgisch nachzuhängen, macht gar keinen Sinn. Es gibt eine völlig neue Weltsituation, mit der man sich intellektuell auseinanderzusetzen hat, und die drückt sich beispielsweise darin aus, und ich sage das als Kommunist, daß das Kapital, das eine der Wurzeln des hier besprochenen Übels ist, zugleich sich als eine letzte Bastion gegen das Völkische in der deutschen Politik erweist. Bis heute wäre es bei dem Wort von Schröder geblieben, »die Bundeskasse bleibt zu«, was die Zwangsarbeiter angeht, wenn nicht amerikanische Konzerne gesagt hätten, dann werdet ihr mal sehen, wo ihr mit euren Exporten bleibt. Dasselbe gilt für die Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts.

Der Abend hat mit einer Eloge von Markovits auf Bubis begonnen. Ich möchte zum Schluß diese Stimmung ein wenig trüben. Sie, Herr Bubis, sind in der Paulskirche, als Sie eigentlich aufstehen wollten und weggehen, sitzengeblieben. Sie sind für diese Republik und für das neue Deutschland so was wie der TÜV. Solange Sie auf Ihrem Posten bleiben, den Sie politisch ausfüllen, solange Sie in Ihrer Partei bleiben, solange Sie, ich nehme an, das gleiche Bundesverdienstkreuz tragen, das Martin Walser auch trägt ...

Bubis: Ich weiß nicht, welches er trägt.

Gremliza: Ich weiß es auch nicht, aber es könnte etwa die gleiche Klasse sein – solange sind Sie der Beweis, mit dem deutsche Politik nach draußen hantieren kann: In dieser Republik ist alles in Ordnung, keine Angst, ein Mann wie Ignatz Bubis, der hier so agieren und leben kann, ist der Beweis. Diese Rolle hat etwas Problematisches. Natürlich nicht nur was Problematisches für Sie, sondern auch für die Linke, die einsehen muß, daß auf sie insgesamt so wenig Verlaß ist, daß beispielsweise ein Sprecher der Juden in Deutschland sich auf sie nicht verlassen kann. Denn wenn er sich auf sie verließe, wäre er verlassen. Ich kann Ihnen also auch nicht raten, machen Sie was anderes. Aber immer wieder mal deutlich zu machen, daß Sie sich – unabhängig von Ihrem subjektiv richtigen Engagement – der Problematik ihrer objektiven Funktion, ihrer Rolle auch bewußt sind, das ist meine Bitte.

Bubis: Wenn ich Dinge anprangere, dann wird das nicht als TÜV genommen, sondern man nimmt es mir ab. Dort, wo es klarer Worte bedarf, habe ich mich noch nie mit klaren Worten zurückgehalten. Daß ich auch was Freundliches sage dort, wo Freundliches zu sagen ist – wenn andere das als TÜV betrachten, dafür kann ich nichts.

Elsässer: Herr Markovits, nach dem, was Sie heute Abend Freundliches über die Deutschen gesagt haben – wo bleibt das Negative?

Markovits: Ich bin ein konträrer Mensch, und Sie brauchen gar keine Angst zu haben: Wenn man in den USA oder sonst irgendwo annimmt, daß Deutschland ein völlig harmloses Land ist, dann halte ich einen Gremliza-Vortrag. Und wenn meine Zuhörer mehr oder minder mit dem Gremliza-Standpunkt übereinstimmen, dann glaube ich, daß man sie korrigieren muß. Sie haben recht, daß Leute auf Deutschland aufpassen sollen. Aber glauben Sie mir, es wird aufgepaßt.

Konkret 04/99, S. 16

Otto Köhler

Joschka brennt

Wenigstens Drückebergerei muß sich die neue Bundesregierung nicht vorwerfen lassen – soviel Geilheit auf Krieg war seit 1914 nicht mehr

Racak – da war doch was? Richtig: ein Massaker an kosovo-albanischen Zivilisten, Männern, Frauen, Kindern. Oder? (S. KONKRET 3/1999!) Gut, serbische und weißrussische Gerichtsmediziner haben inzwischen ein Massaker ausgeschlossen. Serben! Russen! Aber von einem finnischen Ärzteteam unter der Leitung von Helen Ranta, einer international anerkannten Expertin, die von der EU beauftragt wurde, ist endlich die Wahrheit gekommen. Die unumstößliche, die dem Chef der OSZE-Mission William Walker von Anfang an bekannt war: »Es wird herauskommen, daß es ein Massaker der Serben war.«

Anfang März hat Helen Ranta den Obduktionsbericht, ihr Gutachten vorgelegt. Anfang März? Nein, wohl doch nicht. Die Arbeit an dem Bericht sei »inhaltlich beendet«, es fehlten nur noch einige »technische Details«, die aber »nicht mehr als drei Tage« beanspruchen würden. Neuer Termin: 5. März. Dann: 8. März. 8. März? Ein Sprecher des Bonner Außenministers, der als EU-Ratspräsident für die Berichtsvorlage zuständig ist, erklärte der »Berliner Zeitung«, es werde erst nach Eingang des Gutachtens »weiter darüber nachgedacht, wie man verfährt, wie und wann man veröffentlicht«.

Am 8. März wurde die angekündigte Übergabe des Gutachtens erst einmal wieder abgesagt. Die finnische Außenministerin Tarja Halonen erklärte, wegen noch immer ungeklärter »technischer Details« müsse das Racak-Gutachten mindestens eine weitere Woche bei den Gerichtsmedizinern bleiben. Eben denen, die eine Woche zuvor gesagt hatten, sie bräuchten nur noch drei Tage. Ranta wollte nun gar nichts mehr sagen und verwies auf die »Entscheidungsträger« in Bonn. Am 9.März schließlich erklärte Joseph Fischers Auswärtiges Amt, daß der Racak-Bericht am 17. März vorgelegt werde. Ob das wirklich geschieht, entscheidet sich nach Redaktionsschluß dieser KONKRET-Ausgabe. Die »Berliner Zeitung«: »Nach dem politischen Hin und Her der letzten Tage ist wahrscheinlich, daß die Expertise, deren Kern Joschka Fischer, dem Ratspräsidenten der EU, bereits bekannt sein wird, zu einem klaren Ergebnis geführt hat.« – »Massaker oder schauriges Propagandastück?« fragt die »Welt« und zitiert, was ihr ein OSZE-Diplomat in Wien gesagt hat: »Eine heiße Kartoffel ist dieser Bericht, keiner will ihn so richtig.«

Wie auch immer. Das Massaker hat seine Schuldigkeit getan, der Bundestag hat unverzüglich die richtigen Beschlüsse gefaßt, in Bonn, nicht in Gleiwitz. Die Patienten, die möglicherweise tot waren, bevor sie zum Massaker arrangiert wurden, sind weiterhin tot, die Operation ist gelungen. Die Nato, und Deutschland mit ihr, steht – Völkerrecht hin, Völkerrecht her – vor einem Krieg, den die Uno nicht will. Und der Außenminister hat viel zu tun.

Krieg ist Frieden, Frieden ist Krieg, die 68er haben Orwells Traum von *1984* endlich erfüllt, und Joseph Fischer erzählt dem »Spiegel« alles über die »notwendige Neuorientierung seiner Partei«: »Ich sage Ihnen, das waren die härtesten Verhandlungen meines Lebens, die wir in Rambouillet zu führen hatten.« Stolz fügt er hinzu: »Zum ersten Mal hatte ich über die Frage Krieg oder Frieden zu entscheiden.« Echt geil, ey: »Es war nicht nur die Frage, ob die Bomber starten, sondern auch, ob der Krieg am Boden weitergeht. Das war und ist konkrete Friedenspolitik.«

Trotz alledem gebe es Parteimitglieder, die immer noch »Probleme mit dem Einsatz militärischer Gewalt« hätten, und für »viele« von diesen Mitgliedern habe er »ein großes Verständnis«, er steht »aber« vor der Aufgabe, »die Friedenspolitik neu zu definieren«. Für seine Leute im Bundestag ein kleines Problem: Nur vier Frauen und zwei Männer der 47köpfigen Fraktion stimmten gegen den deutschen Kriegseinsatz im Kosovo, d. h. in Jugoslawien. Die kann man vergessen, wenn man beurteilen will, was aus den Grünen geworden ist, für die es nur noch um die Joschka-Frage geht: »Wie professionell sind die Mädels oder Jungs an der Spitze der Partei?« Er ist ein ganz Professioneller: »Glaubwürdigkeit ist das Entscheidende. Bin ich von einer Sache überzeugt? Brenne ich dafür?«

Joseph Fischer brennt. Schließlich hat er »Herzblut« in seine, ja seine Partei »investiert«, und ein Außenministerposten ist dabei herausgekommen. Kein Spaß, aber die Erneuerung utopischen Denkens: »Ich habe einen 16-Stunden-Tag, ein freies Wochenende ist mittlerweile zur Utopie geworden, sehe kaum noch meine Frankfurter Wohnung.« Tag und Nacht arbeitet er für den Frieden und gegen den Krieg – oder für den Krieg und gegen den Frieden, den faulen? Wie soll der fleißige Minister das noch auseinanderhalten? Kraft geben ihm nur noch unsere Jungs, jetzt auch Mädels von der Bundeswehr, die sind immer im Friedenseinsatz. Wenn sie schießen, sobald sich das neue große Deutschland im zerstückelten Jugoslawien endlich wieder dauerhaft militärisch implementiert hat, vielleicht auch mit Bomben auf Belgrad wie 1941, dann ist das praktische Friedenspolitik.

Die Stimmung der Truppe ist ausgezeichnet. Im »Hamburger Abendblatt« – »Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen« – schaut ein blondes Mädel auf vier Spalten entschlossen in ebendieselbe. Im Kampf-Anzug. Die Überschrift lehrt: »Bereit für den Ernstfall«. Tatsächlich? Thomas Frankenfeld, der PK-Mann vom »Abendblatt«: »Die Erde bebt.

Unter dem infernalischen Grollen ihrer monströsen Motoren rasselt eine gepanzerte Patrouille der Bundeswehr durch eine ländliche Region im Kosovo. Plötzlich über Funk ein verzweifelter Hilferuf, der jäh abbricht. Im nahen Dorf Zantov ist ein OSZE-Beobachter in Not geraten. ... Die 1.500 PS starken Triebwerke der Kampfpanzer ›Leopard 2‹ brüllen auf; begleitet von den Schützenpanzern ›Marder‹ nehmen sie Kurs auf Zantov. Der schwerverletzte OSZE-Beobachter liegt neben seinem verunglückten Fahrzeug blutend am Boden, umgeben von aufgebrachten Einheimischen, die mit Steinen und Molotow-Cocktails werfen. Flammen umlodern den Verletzten. Der deutsche Einheitsführer läßt Infanterie vorrücken und fordert die Demonstranten zum Rückzug auf. Doch deren Haltung wird um so drohender. Daraufhin feuern die Soldaten eine Salve aus ihren G-36-Sturmgewehren in die Luft. Die Aufrührer begreifen den Ernst der Lage und fliehen.«

Siehste! Wundervoll. Deutsche Panzer rücken mit der Flagge der Humanitas vor. So allerdings erst mal nur die Übungslage im heimischen Munster, »wenn auch beklemmend realistisch«, wie sich das »Abendblatt« begeistert. Die Kriegsberichterstatterinnen des »Spiegel« dagegen stehen schon vor Ort, in der deutschen Bereitschaftsstellung in Mazedonien. Auch dort ist die Motivation vorzüglich: »Wo die Menschenwürde verletzt wird, da schlägt ein Teil meines Herzens, da muß man angreifen«, verrät der Oberleutnant Sören Haack. Und der andere Teil seines Herzens, wen schlägt der? Die nie bestrafte Hammelburger Bundeswehrvideokunst – Vergewaltigung, 1 Schuß für 2 Mann – bietet jedem Teil eines deutschen Soldatenherzens Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung.

Auch Alt-Juso Rudolf Scharping hat sich nach einem Fehllauf als Kanzlerkandidat jetzt endlich in der Kommandozentrale auf der Hardthöhe selbstverwirklicht. Dort hat er sich von Anfang an als »Naturtalent« erwiesen, wie die »Süddeutsche Zeitung« feststellte. Etwas pikiert ist sie allerdings, wie er »die ungeschriebenen Bonner Spielregeln für den Umgang zwischen Politik und Journalisten« verletze. Die »SZ« voller Unverständnis dafür, wieviel Sinn so etwas macht: »Busladungen mit Journalisten hat er zu Vergnügungsfahrten eingeladen: In die Köln-Arena zum Spektakel ›Lord of the Dance‹ oder nach Gelsenkirchen zum Fußball-Länderspiel Deutschland-Holland.« Korruption im eigentlichen Sinne ist das noch nicht. Man muß nur daran denken, wenn man Gutes über ihn liest.

Der Mann aus dem Westerwald hält seinen Wind kalt und auch an Rühes Verbot für Truppenangehörige fest, an der Wehrmachtsausstellung teilzunehmen. Das ist verständlich: Die »Moral« der Truppe, die endlich zum Einsatz kommen soll, könnte erschüttert werden, wenn sie sich Dokumenten konfrontiert sähe, die zeigen, wie ihre Gründergeneration Judenerschießungen veranstaltete. Die martialischen Militärmusicals – öffentliche Gelöbnisse genannt – will Scharping auf »gleichbleibendem Niveau« fortsetzen. Und mit uniformierten Bundeswehrangehörigen machte er auch schon einen Betriebsausflug nach Auschwitz. Muß man doch mal gesehen haben.

Zum Naturtalent gehört auch, daß Scharping sich für große Interviews nur noch vor einem schwarzrotgoldenen Textil samt Drohadler abbilden läßt – die Fahne, das wird man doch endlich wieder sagen dürfen, ist mehr als der Tod. Vor der Fahne hatte Scharping im streuenden Krankheitsherd – so die Dudendefinition für Fokus – bekanntgegeben, daß er »persönlich schmerzhafte Lernprozesse« durchgemacht und dadurch eine »neue, klare Haltung« angenommen habe. Nämlich: »Wir wollen verhindern, daß es neue Leichenberge im Kosovo und neue Flüchtlingsströme in Europa gibt.« Und wie im »Focus«, so auch im Bundestag, als am 25. Februar der deutsche Kriegseinsatz beschlossen wurde. Während Kanzler Schröder und sein Minister Lafontaine gemütlich beim Weißbier – das trinkt man, wenn es heiß wird – draußen im Restaurant saßen, häufte drinnen im Plenarsaal der Verteidigungsminister wieder einmal die neuen Leichenberge, diesmal nicht im Kosovo, sondern gleich auf dem ganzen Balkan auf und warnte erneut vor neuen Flüchtlingsströmen in Europa, um seine »Friedenstruppe« samt Panzerbegleitung auch parlamentarisch abgesegnet dorthin zu bringen, wo sie zum Teil schon stand.

Der FDP-Abgeordnete Ulrich – er ist nicht Gastwirt, sondern Rechtsanwalt in München – nahm dem Kanzler sein Bierchen während der Scharping-Rede übel und verlangte empört, er solle das doch mal »den Soldaten der Bundeswehr erklären, die wir heute hier möglicherweise ins Feuer schicken und auch deren Angehörigen«, Kanzler Kohl jedenfalls hätte nie gefehlt, wenn über Einsätze der Bundeswehr geredet wurde. Doch da hatte der Mann seine Rechnung ohne Gregor Gysi gemacht. Der PDS-Fraktionschef erhob sich als Wahrer der Etikette und verkündete, auch Bundeskanzler Schröder habe es verdient, daß man gegen ihn »nicht ständig auf der persönlichen Ebene gezielt mit Schlägen unterhalb der Gürtellinie vorgeht«. Daß nach diesem empörenden Weißbierzwischenfall sich die PDS-Fraktion überhaupt noch in der Lage sah, geschlossen gegen den deutschen Kriegseinsatz auf dem Kosovo zu stimmen, verdient Respekt.

Dem Kanzler war das Wurst. Schröder entschuldigte sich damit, daß sein Büro ihm gesagt habe, seine »Präsenz« sei erst um 19 Uhr erforderlich. Also erst zum voraussichtlichen Termin der Abstimmung; den Unsinn, den Scharping erzählte, mochte er sich nicht anhören. Letztlich ging es doch nur um das, was Scharping nach der Beschwörung der Leichenberge dem »Focus« verraten hatte: daß wir nach 54 Jahren der Unmündigkeit endlich wieder erwachsen geworden sind und es darum wichtig ist, »daß Deutschland sich entsprechend seinem internationalen Gewicht engagiert«. Mit Panzern und Kanonen – und dafür braucht Scharping, der Rühes einst von den Sozialdemokraten bekämpften Jäger 90 längst abgesegnet hat, jetzt auch noch eine neue Generation von Lufttransportfahrzeugen. Nach Jugoslawien kommt schweres deutsches Kampfgerät zur Not noch per Schiff. Aber mit dem Kosovo fängt ja alles erst so richtig an. Scharping sieht weiter,

weltweit: »Ohne ein neues Transportflugzeug wird die Bundeswehr in relativ überschaubarer Zeit nicht mehr in der Lage sein, an internationaler Friedenssicherung teilzunehmen.«

Jeder neue Krieg schafft – Versprechen gehalten! – Arbeitsplätze bei Daimler-Chrysler-Aerospace für die bereits geplanten Future Large Aircraft (FLA), die großes deutsches Kriegsgerät in die entlegensten Winkel dieser Erde schafft. Zu Recht allerdings ist Scharping dagegen, daß die Kosovo-Intervention aus dem Verteidigungshaushalt bezahlt wird. Da es aber noch keinen Angriffsetat gibt, wird man wohl in die Kasse des Sozialhaushaltes greifen müssen: 400 Millionen, 600 Millionen, die Zahlen sind variabel, aber nach oben offen. Wie einst in den USA für den Kriegsfall Vietnam.

Das Stichwort stammt von Theo Sommer. Die »Zeit« (28.2.99) hat in ihrem Inhaltsverzeichnis seinen ganzen langen Leitartikel zum Thema auf die Formel gebracht: »Das Kosovo – ein zweites Protektorat oder ein europäisches Vietnam.« Nein, bitte, bitte, nicht schon wieder ein Vietnam. Dann lieber ein zweites Protektorat. Wie gut das erste funktionierte, das hat Sommer auf der Napola gelernt. Fragt sich nur: Wer macht jetzt den Heydrich?

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/99 über die Vorbereitungen für einen deutschen Kriegseinsatz im Kosovo

Konkret 04/99, S. 18

Karl-Heinz Hansen

Wir helfen Naumann aufs Pferd I

Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitlergenerälen benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Dieses Jahr wird das Grundgesetz 50 Jahre alt. Es wird gefeiert, obwohl sein Wesensgehalt inzwischen arg verstümmelt ist. Auch die Bundeswehr wird bald ihr Jubiläum feiern, obwohl sie ein bemerkenswerter Fall von Zählebigkeit vordemokratischer, antidemokratischer und nazistischer Relikte und Reliquien ist.

Einige Eckdaten der bundesrepublikanischen »Wiederbewaffnung« kann man sich nicht oft genug ins Gedächtnis zurückrufen – in der frühen Nachkriegszeit bestand ein allgemeiner nationaler Konsens darüber, daß das deutsche Volk als das eigentliche Opfer Hitlers anzusehen und eine »Wiedergutmachung« für die Leiden der tapferen Volksgenossen im Feld und an der Heimatfront selbstverständlich fällig sei. Die Volksgemeinschaft war sich einig: Integration in das westliche Bündnis nur gegen Freilassung und Rehabilitation der abgeurteilten Kriegsverbrecher. Die Kriegsverbrechergefängnisse Landsberg, Werl und Wittlich wurden das Symbol einer Kampagne zur Befreiung der »Kriegsverurteilten« in den »Kerkern der Alliierten«. An der Spitze der »Bewegung« marschierten »Stern«, »Spiegel«, »Zeit«, »FAZ«, die Kirchenfürsten beider Konfessionen und der Bundeskanzler. 1953 lieferte Konrad Adenauer das Vorbild für Bitburg, als er im Wahlkampf zum Gnadenbild der Muttergottes nach Werl pilgerte und dem General der Waffen-SS Meyer die Hand drückte. Adenauer wußte, warum: weil er die Generalstabsoffiziere der Hitlerwehrmacht für den Aufbau der Bundeswehr brauchte. Deren wichtigste Vorbedingung zum Mitmachen aber war die »Wiederherstellung der Ehre des deutschen Soldaten«.

So erklärt sich, daß viele Kasernen bis heute Namen von Leuten tragen, die dem NS-Verbrecherstaat bedingungslos, ja begeistert bis zur letzten Minute gedient haben, daß Flugzeuge und Schiffe nach ihnen benannt wurden, daß zunehmend Marktplätze für den pseudoreligiösen Schmonzes »Öffentlicher Gelöbnisse« in Ausnahmezustand versetzt werden, daß Bilder von Kriegsverbrechern die vielen »Herrgottswinkel« der Kasernen schmückten, wo bis heute dem »soldatischen« Erbe von Reichswehr und Wehrmacht gehuldigt wird – eine militaristische Kontinuität vom Kaiserheer über die Wehrmacht bis zur Bundeswehr, ein ungebrochenes Fortleben alten Ungeistes hinter »demokratischer Maske« (General Grashey), das sich »Traditionspflege« nennt.

Unter der Regierung der »neuen Mitte« soll das nun endlich anders werden: Michael Naumann, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, erwiderte in einer Gesprächsrunde des WDR-Fernsehens (27.1.99) auf den Hinweis Hermann L. Gremlizas, es gebe in Deutschland noch immer »35 nach Hitlergenerälen benannte Kasernen«: »Das ändern wir jetzt, ich schwör’s Ihnen. In zwei Jahren finden Sie keine mehr« (KONKRET 3/99).

Zwei Jahre, das macht durchschnittlich ein bis zwei Namensänderungen pro Monat. Das wird ein schwerer Gang. Haben doch, zu Zeiten als die Sozialdemokraten selbst an der Regierung waren, deren Verteidigungsminister Schmidt, Leber und Apel nicht nur die Revision zweifelhafter Kasernenbenennungen (zum Beispiel nach Langemarck oder Walter-Flex) stets kategorisch abgelehnt und reaktionäre Wehrmachtsoffiziere vor Kritik in Schutz genommen, sondern die Anzahl übler Kasernenpatrone sogar noch vermehrt (z. B.: Mölders-Kaserne in Visselhövede, 1972) sowie enragierte Hitler-Verehrer jahrelang als Namensgeber mit Eifer verteidigt (wie den Generalfeldmarschall Ritter von Leeb).

Damit sich Walsers neue Erinnerungskultur nun nicht auch noch durch eine neue Meineidskultur zusätzlich eintrübt, wollen wir in diesem und den folgenden Heften mit historischer Nachhilfe und konkreten Tips dem kulturbeauftragten Minister unter die Arme greifen.

Josef Kammhuber – Kasernenpatron in Karlsruhe

Aus der langen Reihe der Führer-Vasallen und Männer der ersten Stunde unserer Bundeswehrmacht widmen wir uns zunächst Herrn Josef Kammhuber, Namenspatron der General-Kammhuber-Kaserne, Rintheimer Querallee 11, 76131 Karlsruhe.

Josef Kammhuber (1896-1986) ist der exemplarische »Normalfall« einer konsequenten militärischen Karriere durch Reichswehr und Wehrmacht bis in die Bundeswehr. Mit achtzehn Jahren zog er als Kriegsfreiwilliger mit einem bayrischen Pionierbataillon in den Ersten Weltkrieg. 1919 wurde er Infanterieoffizier der Reichswehr. Am 9. November 1923 bezeugte Leutnant Kammhuber besondere Treue zur kaiserlichen Tradition durch besondere Untreue zur Demokratie: Gemeinsam mit Eduard Dietl, Hitlers »bestem Kameraden«, weigerte er sich, dem Befehl der Regierung zu gehorchen und gegen Hitlers Kolonnen beim Marsch auf die Feldherrnhalle auszurücken – weil General Ludendorff mit den Putschisten marschierte.

Von 1926 bis 1930 wurde Kammhuber zum Generalstabsoffizier fortgebildet. Die »Schwarze Reichswehr« schickte ihn zur illegalen fliegerischen Ausbildung nach Lipetsk in die Sowjetunion, wo eine deutsche Tarnfirma Rüstungsbetriebe für Flugzeuge, Panzer und Giftgas aufbaute und wo seit 1925 – gegen das Versailler Verbot von »Land- oder Marine-Luftstreikräften« (Art. 198) – heimlich Piloten, Beobachter und Techniker unter deutscher Leitung ausgebildet wurden.

Unter den 40 Generalstabsoffizieren, die Reichswehrminister General Werner von Blomberg 1933 ins Reichsluftfahrtministerium holte, war auch Major Kammhuber. Schon 1938 plante er dort, als Oberst i. G. und Chef des Organisationsstabes der Luftwaffe, in enger Abstimmung mit Hitler und Göring den künftigen Luftkrieg: Ab 1940 sollten der Reichsluftwaffe 19.000 Flugzeuge gegen die »Hauptgegner« England, Frankreich und Rußland zur Verfügung stehen. Im März 1940 wurde er Kommodore des Kampfgeschwaders 51, »Edelweiß«. Am 10. Mai 1940 bombardierte sein Geschwader die deutsche Stadt Freiburg. Dabei wurden 57 Männer, Frauen und Kinder getötet. Vermutlich sollte das »versehentliche« Bombardement einen britischen Luftangriff vortäuschen und Hitler als Vorwand für die Eröffnung des totalen Luftkriegs dienen. Als General der Nachtjagd entwickelte Kammhuber 1940/41 den von den Engländern so genannten »Kammhuber-Riegel«, ein Verbund von Radar, Flak und Nachtjägern zur besseren Bekämpfung alliierter Großbomber, der aber wirkungslos blieb. 1943 wurde der »Nachtjäger« Oberbefehlshaber der Luftflotte V in Finnland und Nordnorwegen. Bis zuletzt war Kammhuber rastlos im Einsatz für den Endsieg, seit März 1945 als »Generalbevollmächtigter für Strahlflugzeuge«, eine der »Wunderwaffen« Hitlers. Vier Wochen nach der Kapitulation kam er mit seinem Stab in amerikanische Gefangenschaft, aus der er im April 1948 entlassen wurde.

Ein Fachmann und Antikommunist wie Kammhuber war natürlich bestens geeignet, sich um den bundesdeutschen »Verteidigungsbeitrag« verdient zu machen: Im Juni 1956 wurde er Leiter der Abteilung VI im Verteidigungsministerium und eifriger Befürworter der Aufrüstung mit atomaren Waffen. Als Inspekteur der Luftwaffe (1958 bis 1962) war »Papa Kammhuber« unter anderem verantwortlich für die Ausrüstung der Luftwaffe mit dem Starfighter F-104G, von den Piloten »Witwenmacher« getauft (rund 270 Abstürze). Damit endete eine deutsche Karriere, von Hitler mit dem Ritterkreuz und von Lübke mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband dekoriert.

Wohlauf, Ritter Naumann, aufs Pferd! Lanze gefällt, Attacke voraus! Nur noch 22 Monate bis zur Erfüllung Ihres Öffentlichen Gelöbnisses zur endgültigen Abschaffung nazistischer Kasernenpatronate.

Karl-Heinz Hansen schrieb in KONKRET 1/98 über Volkes Trauer

Konkret 04/99, S. 22

Thomas Becker

Showdown in Euroland

Pünktlich zum 50. Gründungstag der Nato und zum Aufmarsch der Bundeswehr im Kosovo prognostizieren Think Tanks der US-Regierung den Anbruch einer Ära der Heißen Kriege – und benennen Deutschlands Euro-Politik als Wegbereiter

Die mit der Gnade der ganz späten Geburt aufgewachsenen Generationen hatten sich schon an eine Welt gewöhnt, in der sich – wenn überhaupt – alles in längst geregelten Bahnen verändern würde: mehr Fernseher, mehr Kalorien, wechselnde Moden und mehr Demokratie. So hatten die Deutschen nach dem November 1989 und der Fußballweltmeisterschaft im darauffolgenden Sommer keine Wünsche mehr offen und nannten sich selbst das glücklichste Volk auf der Welt. Doch statt der nun erwarteten Blüte im Osten kam der Krieg direkt vor die Haustür. Das schon bedrohlich anschwellende Heer der Arbeitslosen sollte bloß das Fußvolk der dann mit Panzern ausrückenden Truppe sein. Fünfzig Jahre lang hatten die europäischen Staatsgrenzen dem explosiven Wirtschaftswunder wie dem beständigen Revanchismus der Bundesrepublik Deutschland standgehalten. Am Ende genügte ein winziger Spalt in der Mauer, und die angestaute Flut brach sich Bahn: Zuerst überschwemmte die Mark den Osten Deutschlands, vernichtete die vorgefundene Produktion, übernahm die politische Kontrolle und überschritt mit Macht Oder und Neiße, um darauf mit Gewalt in das ruinierte Jugoslawien einzudringen.

Im Handstreich überwältigte Deutschland seine östlichen Nachbarn und drängte die kapitalistische Konkurrenz im Westen auf die hinteren Ränge. Nicht nur die tschechischen Banken, sondern auch die italienische Lira, britische Fleischhändler und französische Bauern kränkelten bald am deutschen Übergewicht. Hilflos mußten die europäischen Atommächte feststellen, wie leichthändig die deutsche Diplomatie die Nationen auf dem Balkan gegeneinander aufhetzte, indem sie den kampfbereiten Völkern lediglich die Teilnahme am Wohlstand versprach, Straßen an der Adria nach ihren Ministern benennen und die Märkte in Sarajevo mit deutscher Währung deregulieren ließ. Selbst die Weltmacht Amerika vermochte den Ausbruch der Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo nicht zu verhindern. Doch überall da, wo Deutschland auf eigene Faust und eigene Rechnung losmarschierte, entglitten ihm nach anfänglich erfolgreicher Streitstiftung alsbald die Maßstäbe, verirrte es sich in phantastischer Selbstüberschätzung und verlor aus den Augen, daß einen Konflikt eskalieren zu lassen noch nicht heißt, einen Krieg für sich entscheiden zu können.

Anläßlich der Nato-Herbsttagung in Brüssel und im Vorfeld des Washingtoner Gipfeltreffens im April, wo die Nato-Mitgliedsstaaten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrags ihre Strategie für das 21. Jahrhundert präsentieren wollen, durfte Madeleine Albright am 7. Dezember 1998 in der »Süddeutschen Zeitung« ihre Schlußfolgerungen ziehen und der deutschen Öffentlichkeit als Warnung übermitteln: »Die Lektion dieses Jahrhunderts – des blutigsten überhaupt – lautet, daß Europa und Amerika ihre Interessen und Werte gemeinsam viel besser fördern können als im Alleingang. Wenn wir uns nicht einig sind, kann das in eine Sackgasse und sogar in Krisen führen ... Wir möchten, daß nachfolgende Generationen in 50 Jahren sagen werden, daß wir unsere Lektion gelernt und auf die zahlreichen Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts richtig angewandt haben. Dieses neue Jahrhundert wird heute durch unsere Antwort auf die Instabilität auf dem westlichen Balkan gestaltet.« Wie die amerikanische Außenministerin verwies am 1. Februar 1999 auch Nato-Generalsekretär Javier Solana, als er auf Einladung des Aspen Instituts in Berlin über die künftige Nato-Strategie und das Verhältnis zwischen Amerika und Europa referierte, auf das Kosovo als »Beispiel für die Art von sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen wir es nach dem Ende des Kalten Krieges zu tun haben«.

Wie sehen nun die Antworten Amerikas und der Nato auf das anhaltende Blutvergießen aus? Was ist unter der »einfallsreichen Diplomatie« zu verstehen, die nach Auskunft Strobe Talbotts, dem Stellvertreter Albrights, die Kosovo-Krise aus der Sackgasse führen, die Nato-Staaten zusammenhalten und gar noch das kommende Jahrhundert gestalten soll?

Die einfallslose einheimische Presse identifizierte das von einer B-52-Armada begleitete Auftreten der amerikanischen Außenministerin in Rambouillet mit traditioneller Kanonenbootpolitik und verfing sich damit im eigenen Wunschglauben, die von ihnen hysterisch herbeigeschriebene, aber von den eigenen Staatsführern nicht zustandegebrachte Bombardierung Belgrads stehe nun unmittelbar bevor. Madeleine Albright, aber auch Slobodan Milosevic, erlagen nicht der Versuchung, dieses von blindem Haß gezeichnete Zerrbild zu korrigieren. Dabei hatte erstere ihren seit Kriegsbeginn unverrückten und in der Kontaktgruppe durchgesetzten Standpunkt noch am 21. Februar, einen Tag nach Ablauf des dann um drei Tage verlängerten Ultimatums an die Kriegsparteien im Kosovo, vor Journalisten in klaren und verständlichen Sätzen wiederholt: »Wenn wir am Ende ein Ja von beiden Seiten haben, wird es eine militärisch überwachte Umsetzung des Abkommens geben. Wenn die Gespräche scheitern, weil die Serben nicht ja sagen, wird es ein Bombardement geben. Wenn die Gespräche scheitern, weil die Albaner nicht ja gesagt haben, werden wir ihnen nicht helfen können, und tatsächlich werden wir ihnen jedwede Hilfe, die sie von außerhalb bekommen, abschneiden müssen.« In den hiesigen

Zeitungen las man am folgenden Montag nur, daß die Nato, vor allem die amerikanische Luftwaffe, den Druck auf Belgrad aufrechterhielt. Läßt man nun einmal die berechtigten Zweifel daran, ob die seit Monaten um Serbien aufgebaute Drohkulisse je mehr als ein Beispiel einfallsreicher Diplomatie gewesen war, beiseite, ist nicht allzuviel Phantasie nötig, sich die der UCK versprochenen Konsequenzen zu vergegenwärtigen, sollte diese sich dem ihr angebotenen Abkommen verweigern. Sie von jeder äußeren Hilfe abzuschneiden hieße, sie der Übermacht der jugoslawischen Armee auszuliefern, und bedeutete – wie im August letzten Jahres demonstriert – ihre sichere Niederlage.

Der Plan der Kontaktgruppe, dessen Details der Öffentlichkeit bislang nicht bekanntgegeben wurden, sieht in groben Zügen eine unter Frankreich und Großbritannien, die das Unternehmen anführen (je 8.000 Soldaten), Deutschland (6.000 Soldaten) und Amerika (4.000 Soldaten) aufgeteilte Militärverwaltung unter der Befehlsgewalt des Amerikaners William Walker vor, die Serbien die Kontrolle über das Kosovo weitestgehend entzieht und gleichzeitig auf die Bewahrung der territorialen Integrität Jugoslawiens verpflichtet ist. Damit soll der Krieg im Kosovo beendet und insbesondere eine Verlagerung oder Ausweitung der Kampfhandlungen auf die benachbarten Staaten verhindert werden. Serbien hat nach diesem Plan seine Streitkräfte aus dem Süden der Republik abzuziehen und die Souveränität dergestalt an die Großmächte abzutreten. Im Gegenzug müssen die Kosovo-Albaner auf die staatliche Unabhängigkeit, vor allem aber auf die bei der UCK populären großalbanischen Ambitionen verzichten. Die Entwaffnung der UCK, die ebenfalls zum Kontaktgruppen-Plan gehört, soll die Vereinbarungen in doppelter Weise absichern – indem sie eine Wiederaufnahme der Kämpfe verhindert und gleichzeitig die gemäßigteren kosovo-albanischen Politiker stärkt, die in den Kriegswirren des vergangenen Jahres zwischen die Fronten geraten und damit politisch neutralisiert waren.

Während die Zuschauer noch gespannt auf die für den 20. Februar erwarteten Luftschläge gegen Serbien warteten, berichtete die Pariser Korrespondentin der »FAZ«, Michaela Wiegel, am Morgen desselben Tages bereits von erheblicher Aufregung hinter den Kulissen. »Den Delegationen der Serben und der Kosovo-Albaner im Schloß von Rambouillet war unterdessen ein neuer Entwurf über eine Friedensvereinbarung für das Kosovo vorgelegt worden. Wie diese Zeitung am Freitag aus der kosovo-albanischen Delegation erfuhr, enthält der Entwurf Ergänzungen, die weitreichende Einschränkungen für die Kosovo-Autonomieverwaltung zur Folge hätten. Auch die Delegation der Kosovo-Albaner, die bisher im Gegensatz zu den Serben der Vereinbarung zustimmen wollte, schien daraufhin nicht mehr zur Unterzeichnung bereit ... Der neue Entwurf, der nach Christopher Hills erstem Gespräch mit Milosevic in Belgrad am Dienstag abend ausgearbeitet wurde, enthält offenbar eine ausdrückliche, zeitlich unbegrenzte Verpflichtung für die Kosovo-Albaner, ›die territoriale Integrität und Souveränität der Föderalen Republik Jugoslawien‹ anzuerkennen.« Frankreichs Außenminister Hubert Vedrine, der zusammen mit seinem britischen Amtskollegen Robin Cook den Vorsitz der Kontaktgruppe innehat, wurde am selben Tag in »Libération« mit einer damit übereinstimmenden Aussage zitiert: »Eine Einigung verlangt Kompromisse von beiden Seiten. Die Kosovo-Albaner müssen auf die Unabhängigkeit verzichten und die Rechte der anderen ethnischen Gruppen anerkennen.«

Nach dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen in Rambouillet bestätigte Javier Solana am 25. Februar in Madrid, daß die Amerikaner in einer Art interner Arbeitsteilung während der Verhandlungen hauptsächlich damit befaßt waren, Druck auf die UCK auszuüben. Schon am Abend des 23. Februar, nachdem den Verhandlungsgegnern eine dreiwöchige Frist zum »Nachdenken« eingeräumt worden war, bereitete sich die jugoslawische Armee auf neue Kämpfe mit der UCK vor. Am Freitag, dem 26. Februar, ließ das amerikanische Verteidigungsministerium über die Nachrichtenagenturen verlauten, daß etwa 4.500 Soldaten mit mehr als 60 Panzern und 50 gepanzerten Mannschaftswagen in der nördlichen und nordöstlichen Grenzregion zum Kosovo ausgemacht worden seien. Allerdings, so kommentierte der Sprecher des Pentagon, verhielten sich die jugoslawischen Truppen derzeit noch defensiv. Mit einer vergleichbaren Einschätzung hatten amerikanische Militärs im vergangenen Sommer signalisiert, daß sie die Zerschlagung der UCK zum Zwecke einer Unterbindung des Waffenschmuggels in der Grenzregion zu Albanien für angemessen hielten.

Während einige der die Szenerie beobachtenden Diplomaten noch bekundeten, auf »weitere Überraschungen« gefaßt zu sein, hatten andere bald schon wieder einen neuen Einfall. Am 5. März schickte Madeleine Albright den Senator Bob Dole, Bill Clintons Gegenkandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen, zu Verhandlungen mit der UCK nach Pristina. Die Grenzbeamten verweigerten ihm jedoch die Einreise nach Serbien, da er vergessen hatte, ein Visum zu beantragen. Daraufhin traf sich Dole noch am selben Tag in Skopje zwar nicht mit der UCK, aber mit Ibrahim Rugova und einer Delegation gemäßigter Politiker aus dessen Schattenkabinett, das seit 1992 illegal im Kosovo arbeitet, aber von der Regierung in Belgrad toleriert und als Verhandlungspartner akzeptiert wird. Die Schattenregierung sicherte dem Amerikaner umgehend die Unterzeichnung des Plans der Kontaktgruppe zu. Ein daraufhin eiligst angesetztes Treffen der nicht nur militärisch, sondern auch politisch zunehmend unter Druck geratenen UCK-Führung kam wegen interner Streitereien zunächst aber nicht zustande. Dem deutschen Außenminister, dem nach der Darstellung Javier Solanas schon in Rambouillet die für einen Anfänger gewiß schwierige Rolle, Slobodan Milosevic unter Druck zu setzen, zugewiesen worden war, reiste dann am Montag, dem 8. März, nach Belgrad, wo ihm der obligatorische Händedruck verweigert wurde und der jugoslawische Präsident ihm bloß die Forderung mit auf den Weg gab, Deutschland solle endlich seine finanzielle und militärische Unterstützung der UCK einstellen.

Im Unterschied zu Deutschland, das als Wirtschaftsriese im Euroland kein Interesse an einer Entwicklung der Produktion in seiner Nachbarschaft hat, wo es die eigene Überproduktion absetzen, aber keinen Marktkonkurrenten gebrauchen kann, im Unterschied zu Deutschland, dessen Hegemonie erst angesichts der politischen Schwäche der anderen so richtig zur Geltung kommt, ist Amerika als Macht mit weltweiten strategischen Interessen an einer dauerhaften Stabilisierung des Balkan und an einem Gleichgewicht zwischen den Großmächten Europas gelegen. Eine Studie des von der amerikanischen Regierung finanzierten Rand-Instituts und des National Defense Research Institute bestätigt die daraus abgeleitete Absicht, die direkte amerikanische Militärpräsenz in Europa in den kommenden Jahren weiter zu reorganisieren. Dabei wird erwartet, daß die europäischen Mächte selbständig die militärische Absicherung der Nordsee und des Baltikum übernehmen, politische Konflikte wie den Streit um Gibraltar oder den baskischen Separatismus aus eigener Kraft bewältigen und bei Bedarf in der südlichen Sahara intervenieren. Außerdem sollen die Europäer eine Rolle bei der Regelung von Grenzstreitigkeiten etwa zwischen Rußland und den baltischen Staaten, Rußland und der Ukraine oder zwischen Griechenland und der Türkei (Zypern!) spielen. Besonders auf dem Balkan behält sich Amerika dabei vor, für den Fall einer Eskalation der Konflikte verstärkt selbst zu intervenieren. »Entlang der geographischen Grenzen Europas in Richtung Osten und Südosten – und dahinter – werden die Vereinigten Staaten dauerhaft präsent sein.« Damit ist sowohl die Nato-Osterweiterung angesprochen, die Polen, Tschechien und Ungarn wohl weniger vor einer nicht erwarteten russischen, sondern vor einer möglichen deutschen Aggression schützen würde, als auch das ökonomische, politische und militärische Engagement rund um die Öl-Quellen des Kaukasus sowie nicht zuletzt die im Mittelmeer ständig stationierte 6. US-Flotte, die das Herzstück der militärischen Machtentfaltung Amerikas in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten ist.

Und hier stören sich nicht nur die Deutschen, sondern auch die Franzosen am Status quo. Diesen Interessengegensatz artikulierte Frankreichs Präsident Jaques Chirac theatralisch im Oktober 1996, als er sich in Syrien als der »beste Freund der Araber« und damit als Gegenspieler des amerikanischen Präsidenten in Afrika feiern ließ. Die Rückkehr in die in den 60er Jahren verlassene Militärstruktur der Nato verknüpfte Frankreich mit dem Anspruch auf den Posten des Oberbefehlshabers des Nato-Einsatzbereichs Südeuropa in Neapel – gerade in der Gegend also, auf die vielfältige amerikanische Interessen zielen und amerikanische Streitkräfte sich auf Dauer festsetzen wollen. Die mit einer Großmachtrolle liebäugelnde französische Bourgeoisie steht damit vor einer klaren Alternative: Entweder versucht Frankreich, die Selbstbehauptung Europas an der Seite Deutschlands gegen Amerika zu realisieren und wird dabei von seinem Nachbarn überrollt, noch bevor sich der an Amerika die Zähne ausbeißt, oder es sucht – wie im Vorfeld der Gründung der Nato vor 50 Jahren – Schutz bei Amerikanern und Briten und gibt sich mit dem Status einer Mittelmacht zufrieden. Oder alles kommt überhaupt ganz anders.

Eine weitere Rand-Studie beschäftigte sich Ende 1998 mit den Auswirkungen einer möglichen Krise innerhalb der Europäischen Union selbst auf die strategische Interessenlage der Amerikaner. Darin wird ein Szenario für die kommende Dekade entfaltet, das sich mit denen britischer Institute deckt und nicht erst deshalb der Wirklichkeit gefährlich nahe kommt. Der Studie ist ein Zitat des Exbundeskanzlers Helmut Schmidt aus seinem in der »Zeit« vom 11. November 1996 veröffentlichten Brief an Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer vorangestellt, in dem diesem folgende Frage gestellt wird: »Hat uns 1930/31/32 nicht schon einmal eine Leitung der Reichsbank, Ihrer Vorgängerin, wegen monomaner deflationistischer Ideologie ins Unglück massenhafter Arbeitslosigkeit gestürzt, mit grauenhaften politischen Folgen?« Die Rand-Autoren sind zwar der Ansicht, diese Fragestellung würde die Sache »möglicherweise überdramatisieren«, sie teilen aber die Befürchtung, daß die allen Euro-Teilnehmern von Deutschland aufgezwungene Wirtschaftspolitik »möglicherweise dramatische Folgen« zeitigen werde.

Der 1997 wegen der Inflationsangst der Deutschen den Euroländern verordnete Stabilitätspakt, fürchten die Autoren, könnte die gesamte europäische Wirtschaft in die Deflation und damit mehr und mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit stürzen, so daß der Integrationsprozeß ökonomisch und politisch ins Stocken gerate. »Die Ursachen liegen in der politischen Ökonomie Westeuropas ... Wenn die Arbeitslosigkeit nahe oder über 12 Prozent bleibt, dann ist der Worst case nicht mehr fern.« Aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage würde der Nationalismus in den Zentren der Europäischen Union um sich greifen. Frankreich: »Straßenschlachten à la 1968 und Anwachsen des Front National«; Deutschland: »Stagnation und Rückbildung der Wirtschaft im Osten«; Italien: »Rückkehr der politischen Instabilität«; Großbritannien: »Abwendung von Europa«. Die Europäische Union würde ihre Erweiterungspläne aufgeben und sich gegen Osteuropa abschotten sowie Handelsbarrieren gegen Japan, China und Amerika errichten. Wachsende Instabilität im Osten und Südosten Europas und Handelskriege mit Asien würden »Anzahl und Ausmaß des casus belli« erhöhen: »Das noch unstabile Gerüst der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Weltordnung würde weiter destabilisiert.« Amerika, so das Szenario weiter, würde wegen seiner weltweiten Verflechtung und Abhängigkeit – »Öl ist das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel« – sich nicht zurückziehen, sondern seine Interessen durch ein System von Stützpunkten – »weltweit soweit wie möglich, US-gestützt soweit wie nötig« – absichern. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen würde immer wahrscheinlicher.

Amerika kann vielleicht einen Krieg für sich entscheiden, aber seinen Ausbruch kann es nicht verhindern. Als Garant und Profiteur der internationalen Tauschgemeinschaft reproduziert es selbst die Umstände, unter denen die Menschen als einander tödliche Konkurrenten leben. Sollte je etwas daran gestimmt haben, daß, wer einmal den Krieg erfuhr, gegen eine Wiederholung gefeit sei, so wäre diese Erwägung 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so oder so entkräftet. Vielleicht gewöhnen sich die Menschen mit der Zeit daran wie an die wechselnden Moden – »Warst du beim dritten Mal auch dabei?« – , wie die gealterten Soldaten der Wehrmacht, denen man heute in Krankenhäusern begegnet, wo sie sich von Sibirien und dem Kosovo erzählen. Die zu Hause in den Kasernen mit Logistikaufgaben Betrauten eingerechnet, sind heute rund 30.000 Soldaten der Bundeswehr mit dem Krieg auf dem Balkan beschäftigt. Das ist alles, was Deutschland bis jetzt an zu solchen Zwecken ausgerüsteten Krisenreaktionskräften aufzubieten hat. Bis jetzt.

Thomas Becker schrieb in KONKRET 12/98 über die rotgrüne Außen- und Sicherheitspolitik

Konkret 04/99, S. 25

Andreas Spannbauer

Stahlhelm-Pazifisten

Es ist kein Jahr her, da wollten sie noch die Bundeswehr auflösen – heute sind die Grünen für jeden Krieg zu haben

»War is peace, freedom is slavery, ignorance is strength.«
George Orwell: *1984*

»Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.«
Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, 20.10.98

Grüne Außenpolitik will Völkermorde künftig mit deutschen Kampftruppen auch völkerrechtswidrig verhindern. Die Vermutung, die grüne Zustimmung zum Kampfeinsatz im Kosovo habe ihre Ursache in der Teilhabe an der Macht, ist indes ein Trugschluß: Das militaristische Hurrageschrei war die Conditio sine qua non des rot-grünen Wahlsiegs. Von allen Versprechen, die Joseph Fischer je gegeben hat, dürfte er nur selten eines so ernst gemeint haben wie dasjenige, das als Leitmotiv über seinem Amtsantritt schwebt: »Kontinuität in der Außenpolitik« hat der ehemals militante Linke angekündigt, und auf den ersten Blick scheint es, als würde sich Fischer von Kinkel nur durch die Frisur unterscheiden. Tatsächlich aber ist das Gerede von einer Kontinuität der deutschen Außenpolitik ein Euphemismus: Der erste Außenminister, der den sozialen Protestbewegungen entstammt, hat in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit all diejenigen Maßnahmen zuverlässig durchgesetzt, die sein Vorgänger stets als heiße Eisen behandelte. Nato-Bomben auf den Irak ohne Mandat der Vereinten Nationen? Beteiligung der Bundeswehr an sogenannten »friedenserzwingenden Maßnahmen«, die einen klaren Bruch des Völkerrechts darstellen? Wo Kinkel noch betroffen die Brille gerunzelt hätte, da tut Fischer, was getan werden muß.

Kontinuität der deutschen Außenpolitik bedeutet den steten Bruch mit früheren Grundsätzen der Partei. Noch vor neun Jahren glaubten die Grünen – mit Blick auf das Ende der »Blockkonfrontation« – ein »günstiges Friedensklima« zu erkennen, auch wenn, so konnte man im Programm zur Bundestagswahl 1990 erfahren, die »Anliegen der Friedensbewegung, denen die Grünen sich seit ihrer Gründung verpflichtet fühlen«, noch nicht durchgesetzt waren. Damals hatte die Partei noch Träume: von einer »Welt ohne Militärblöcke« und einer »Gesellschaft ohne Waffen und Armeen«. Den Sieg der marktwirtschaftlichen Weltordnung, die mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes global geworden, aber nicht etwa neu war, sondern aus dem letzten Jahrhundert stammt, priesen die Grünen als Chance für die »Verwirklichung einer neuen Friedensordnung«. Man sei, so gaben sie sich kämpferisch, »zum Bruch mit der Nato bereit«. Erstaunlich einsichtig erklärten sie: »Friedenspolitik kann nicht auf der Basis von Militärblöcken betrieben werden.«

Sämtliche Rüstungsausgaben streichen, die Bundeswehr auflösen, einen Verzicht auf Atomwaffen im Grundgesetz verankern, ein totales Manöververbot durchsetzen, die Wehrpflicht abschaffen – so lauteten die grünen Forderungen zu Beginn des Jahrzehntes. »Wir stehen für das Prinzip der Gewaltfreiheit bei der Bewältigung jeglicher Konflikte, also auch in der Politik.« Eine Ausnahme machte das 1990er Wahlprogramm lediglich für den »aktionsreichen Widerstand gegen staatliche Maßnahmen«. Auch was die Rolle der Nato angeht, herrschte vor neun Jahren noch einige Klarheit: »Die Nato betreibt mehr und mehr auch die Absicherung ökonomischer Interessen der EG und der USA, um deren ›vitale‹ Ausbeutungsinteressen in Ländern der ›Dritten Welt‹ durchzusetzen.« Klarheit, die mit dazu beigetragen haben mag, daß die Grünen mit ihrer Bewerbung um die Verwaltung der Staatsgeschäfte 1990 durchfielen – der Einzug in den ersten gesamtdeutschen Bundestag scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

Wenn man wissen wolle, wie die Kommunisten denken, soll Lenin einmal gesagt haben, müsse man auf ihre Hände und nicht auf ihren Mund schauen. Die Grünen scheuen wohl keinen Vorwurf mehr als den, Kommunisten zu sein. Dennoch ist man auch bei ihnen gut beraten, nicht auf den Mund, sondern auf die Finger zu sehen. »In unserem Programm«, so schrieben die Grünen vor der Bundestagswahl 1998, »sagen wir, was wir tun wollen. Wenn wir von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag bekommen, werden wir tun, was wir gesagt haben.« Drei Jahre, nachdem grüne Abgeordnete 1995 erstmals für einen Auslands-Einsatz der Bundeswehr votiert hatten, war die Rhetorik noch immer die gleiche: Unter dem Stichwort »Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert« hieß es nun im Wahlprogamm: »Bündnis 90/Die Grünen wenden sich ... gegen die Außenpolitik der konservativ-liberalen Regierung, in der Deutschland die traditionelle Rolle einer Großmacht in der internationalen Politik spielen soll.« Man trete, ließen die Grünen das Publikum wissen, für »machtpolitische Selbstbeschränkung« und »internationale Einbindung, für zivile Formen des internationalen Interessenausgleichs und der Streitbeilegung, für einen aktiven Einsatz für die Menschenrechte« ein. »Wir wollen mit der Entmilitarisierung der internationalen Politik bei uns anfangen.« Ein »peace enforcement« durch Kampfeinsätze komme nicht in Frage. Nur das Zusammenwirken von wirtschaftlicher und politischer Integration, so war zu erfahren, könne eine

dauerhafte Friedens-Perspektive schaffen. Und: »Bündnis 90/Die Grünen sind nicht bereit, militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze mitzutragen.«

Bezüglich der Frage, ob denn die Nato das zentrale Organ beim Friedenschaffen mit Angriffswaffen sein dürfe, versprachen die Grünen noch vor knapp einem Jahr, der Welt ein Beispiel geben zu wollen: Die OSZE müsse gestärkt, die Nato zurückdrängt werden, war fettgedruckt zu lesen. »Für eine Politik der Friedenssicherung (›peace-keeping‹) sind multinationale Einheiten zu schaffen, die der direkten Verfügungsgewalt der Vereinten Nationen und der OSZE unterstellt werden. ... Nur durch Entmilitarisierung und das Primat der Politik ist erreichbar, daß zivile Konfliktbearbeitung nicht mehr dem alten militärischen Denken untergeordnet wird.« Friedenspolitik könne sich dabei »nicht hinter Bündniszwängen oder vermeintlichen internationalen Notwendigkeiten verstecken«. Das Ziel bleibe, so versprachen die Grünen, die »Entmilitarisierung der Politik – bis hin zur Abschaffung der Armeen und zur Auflösung der Nato«.

Die neue Bundesregierung war noch nicht im Amt, da war jede einzelne dieser Aussagen bereits obsolet geworden. Der Drohung der Nato, Serbien zu bombardieren, stimmten auch die Grünen im Oktober 1998 im Bundestag zu. Selbst die Tatsache, daß ein Mandat der Vereinten Nationen nicht existierte und bis heute nicht existiert, konnte die ehemaligen Pazifisten nicht davon abhalten, mit Volker Rühe und Klaus Kinkel ein Friendly takeover zu praktizieren: Joschka Fischer rechtfertigte damals die Unterstützung der noch amtierenden Kohl-Regierung lapidar: »Weil es in dieser Situation nicht anders ging.« Man habe »eine humanitäre Katastrophe und Bedrohungen des Friedens in der Region abzuwenden« gehabt.

Von einer »direkten Verfügungsgewalt der Vereinten Nationen und der OSZE« (Wahlprogramm) war wenige Wochen nach der Bundestagswahl keine Rede mehr. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die UN-Charta militärische Gewalt grundsätzlich verbietet und lediglich im Fall der Selbstverteidigung oder der Wiederherstellung des Friedens durch die UN zuläßt. Den Terminus »humanitäre Intervention« kennt das Völkerrecht nicht. Der Friedensforscher Reinhard Mutz bilanzierte: »Weder eine gültige Rechtsquelle noch ein Präzedenzfall bieten die rechtliche Grundlage für ein militärisches Vorgehen im Kosovo.« US-Verteidigungsminister William Cohen sprach im Gegensatz zu den Grünen denn auch offenherzig von einem »Angriff gegen Jugoslawien«. Ein Angriffskrieg aber, das weiß das Grundgesetz im Gegensatz zu Außenminister Fischer, ist, weil verfassungswidrig, verboten.

Nicht minder verständnisvoll zeigten sich die grünen Machthaber, als Ende des Jahres 1998 die USA Bagdad bombardierte: Die »friedens«politische Sprecherin der Partei, Angelika Beer, nannte den Militärschlag »riskant, aber verständlich«. Antje Radcke, dem linken Parteiflügel zugerechnete Vorstandssprecherin, sekundierte, der Angriff sei zwar »völkerrechtlich bedenklich«, aber »Saddam Hussein hat eine Reaktion provoziert«. Und der zuständige Minister selbst dekretierte: »Saddam Hussein trägt die Verantwortung für den Angriff.« Einen Golfkrieg vorher, im Jahr 1991, hatte Fischer Helmut Kohl noch dazu aufgefordert, den USA die Gefolgschaft zu verweigern. Heute aber regiert der »Pazifismus unter den aktuellen Bedingungen« (Fischer) bzw.: »Zu sagen: Militär ist blöd, damit will ich nichts zu tun haben« (Angelika Beer).

Ende Februar stimmten 556 Abgeordnete aller Fraktionen dem Antrag der Bundesregierung zu, 6.000 Soldaten samt Leopard-II-Panzern ins Kosovo zu schicken – die PDS-Fraktion stimmte als einzige geschlossen dagegen. Zuvor hatte Außenminister Fischer seine Bereitschaft erklärt, zur Not auch ohne Mandat der vereinten Nationen zuzuschlagen – man dürfe »Bedenken nicht erst nach einer humanitären Katastrophe hintanstellen«. Daß auch die Grünen nun keine innerparteilichen Strömungen mehr, sondern nur noch einen Marschbefehl für die Bundeswehr kennen, verwundert nur auf den ersten Blick. Die ideologische Grundlage dafür, daß deutsches Militär jetzt Kampfeinsätze im Ausland absolvieren soll, haben die Grünen bereits vor vier Jahren erarbeitet.

Damals, im Juni 1995, stimmte der Bundestag einer Beteiligung deutscher Truppen am »Friedenseinsatz« in Bosnien zu. Nur vier Vertreter der grünen Fraktion (Gerd Poppe, Marieluise Beck, Helmut Lippelt und Waltraud Schoppe) gaben der Intervention ihr Placet. Joschka Fischer dagegen äußerte damals noch die Befürchtung, »daß es weitergehen wird und die Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik ad acta gelegt wird«. Erst nach dem Fall von Srebrenica und den Berichten über Massaker serbischer Truppen im August 95 ergriff er die Gelegenheit und redete in einem Offenen Brief an die Partei ihrer noch immer zögerlichen Mehrheit ins Gewissen: »Können wir Prinzipien höher stellen als Menschenleben, und was wird aus unserem Prinzip der Gewaltfreiheit, wenn es sich vor der menschenverachtenden Gewalt beugt? Wie muß sich eine gewaltfreie Partei, die sich in ihrem Gründungsprogramm zum Notwehrrecht klar und eindeutig bekennt, in diesem Konflikt zwischen Notwehrrecht und Gewaltfreiheit verhalten?« Daß auch die Sorge des Außenministers in spe um das Notwehrrecht der Bundesrepublik Deutschland gegen bosnische Kriegsflüchtlinge schon 1995 eine Rolle gespielt hat, darauf weist Fischers Argument, Europa könne sich gegenüber Bosnien nicht so verhalten »wie zum Beispiel (gegenüber) dem Sudan oder Afghanistan«. Aus der Nähe ergebe sich »ein wesentlich anderes Gefährdungspotential für die näheren und ferneren Nachbarn«.

Fischers erste Intervention zugunsten »friedensichernder« Einsätze einer Armee, die noch 1999 37 ihrer Kasernen nach ehemaligen Hitlergenerälen benannt hat, schien ein öffentliches Bewerbungsschreiben an das Auswärtige Amt zu sein. Was folgte, war ein innerparteilicher Blitzkrieg der Bellizisten. Daniel Cohn-Bendit, grüner Europaabgeordneter und

Frankfurter Multikulturdezernent, kritisierte im August 1995 im »Taz«-Interview die »Halbherzigkeiten« der Grünen gegenüber den bosnischen Serben und nannte die Motivation für den außen- und militärpolitischen Paragdigmenwechsel der Grünen: »Eine Partei, die auf Bundesebene regierungsfähig werden will, muß in der Außenpolitik zu einer Linie finden, die von den Bündnispartnern der Bundesrepublik akzeptiert wird.« Zu Fischers damaliger Ansicht, deutsche Soldaten sollten sich jedenfalls an »friedenerzwingenden« Einsätzen auf dem Balkan nicht beteiligen, meinte Cohn-Bendit: »Wenn Fischer einmal Außenminister ist, wird er diese Haltung nicht beibehalten können.«

Auch die Parteilinke knickte nur acht Wochen später, im Oktober 1995, ein. Ludger Volmer forderte auf dem Strategiekongreß der Grünen in Bonn/Bad Godesberg eine deutsche Beteiligung an bewaffneten internationalen Einheiten: »Nicht jede Gewalt ist militärische Gewalt«, räsonnierte Volmer über den Einsatz sogenannter »Konfliktschlichter-Einheiten«, die der OSZE unterstellt sein sollten. Fischer warf den Gegnern deutscher Militäreinsätze vor, seine Karriere zu gefährden: »Falls die Partei die fundamentale Absage an militärische Gewalt ernst meint und für eine Abschaffung der Bundeswehr und den Austritt aus der Nato Planungen vorlegt, wird sie für eine Regierungsbeteiligung im Bund weder einen Partner noch eine Mehrheit finden. Alle wissen es, aber keiner und keine sagt es.«

Es dauerte keine zwei Monate, da sprachen sich die Grünen im Dezember auf ihrem Parteitag in Bremen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus und befürworteten im gleichen Atemzug den Einsatz leicht bewaffneter deutscher »ziviler Kontingente« im Rahmen von UN oder OSZE. Die Forderung, im Falle von »Völkermord« auch Kampfeinsätze zuzulassen, erhielt schon damals 37 Prozent der Stimmen. Werner Schulz, Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte, warum er trotz eines entgegengesetzten Beschlusses des Parteitages für einen Einsatz der Bundeswehr in Bosnien stimmen werde: »Ich finde gegen den Antrag der Bundesregierung einfach keine überzeugenden Argumente.« Dem haben sich seine Fraktionskollegen in der Folgezeit mehr oder weniger angeschlossen.

Seit Oktober vergangenen Jahres sind die Grünen nun selbst Teil der Regierung, was die Radikalisierung der deutschen Außenpolitik beschleunigte. 1999 ist Fischer offenbar schon in Deutsch-Südwest angekommen: Ende Februar erklärte er seinen grünen Parteifreunden aus ganz Europa mit Blick auf das Kosovo in klassischem Neusprech: »Es geht hier nicht um traditionelle nationale Politik, die auf Armeen und militärischer Stärke beruht; wir reden hier darüber, wie man einen Genozid vermeidet, nicht nur in Europa, es ist sehr wichtig, nach Afrika zu sehen.« Am grünen Wesen soll die Welt genesen; und was ein Genozid ist, das bestimmt immer noch der deutsche Außenminister.

Der »Woche« sagte der Außenminister Anfang des Jahres: »Die Regierungsbeteiligung hat uns alle verändert – alle, nicht nur mich. Wir haben andere Rollen übernommen, und das ist gut so« – allerdings ist es auch nur zum Teil richtig. Fischer und Volmer, Beer und Trittin sind in Regierungsamt und -würden, weil sie sich längst verändert hatten. Nicht 1998, sondern im Juni 1995, als der deutsche Bundestag den Kriegseintritt in Bosnien beschloß, entdeckten die Grünen den diskreten Charme der Regierungsverantwortung und richteten Theorie und Praxis von diesem Moment an darauf aus. Die »FAZ« lobte schon damals Fischers Realitätssinn: »Wer Außenminister werden will, der muß auch Gewalt als politische Option anerkennen.« Das ist beinahe schon Brecht, der in der »Maßnahme« verkündete, es sei »diese tötende Welt / Nur mit Gewalt zu verändern / Wie jeder Lebende weiß«. Was der Dichter als Lehrstück für Kommunisten formuliert hatte, macht der Außenminister heute, fast siebzig Jahre später, zum Credo seiner Amtsführung – aus dem »Revolutionären Kampf« des Joseph Fischer ist ein deutscher Kampfeinsatz geworden.

Andreas Spannbauer schrieb in KONKRET 9/98 über das Bekenntnis der PDS zur Marktwirtschaft

Konkret 04/99, S. 28

Udo Wolter

Brennen für Öcalan

Trotz der massiven Repression gegen kurdische Migranten ist von Solidaritätsbezeugungen für die PKK und ihren Führer dringend abzuraten

Der Versuch von PKK-Chef Abdullah Öcalan, seine auf türkischen Druck erzwungene Abreise aus seiner langjährigen syrischen Residenz auf europäischer Ebene zu einer diplomatischen Offensive in kurdischer und eigener Sache umzumünzen, endete schließlich mit seiner Auslieferung an den türkischen Militärstaat durch die »internationale Staatengemeinschaft«. Der kostete seinen Sieg über den »Staatsfeind Nr. 1« mit demütigenden Inszenierungen des gefesselten und offensichtlich unter Drogen stehenden PKK-Chefs aus und verschärfte mit Massenverhaftungen von HADEP-Parteiaktivisten und Menschenrechtlern gleich noch die Unterdrückung auch der legalen prokurdischen Opposition. Die meisten deutschen Medien haben angesichts der folgenden Welle von Besetzungen von Konsulaten, Parteibüros u. a. mit Hetz-Begriffen wie »Kurdenterror«, »Kurdenkrieg« und »Kurdensturm« den rassistischen Diskurs bedient. Angesichts dieser Ereignisse und ihrer Folgen zeigt sich eine erstaunlich geringe Bereitschaft der deutschen Restlinken, politisch in die Geschehnisse zu intervenieren. Dies verwundert um so mehr, als die kurdischen Proteste medienwirksam zur Legitimation einer weiteren Verschärfung des rassistischen und staatsautoritären Konsenses durch fast alle etablierten politischen Kräfte genutzt werden und Abschiebungen von PKK-Anhängern an das Folterregime in Ankara nicht nur offen diskutiert werden, sondern bereits erfolgen.

Die weitgehende Zurückhaltung vieler Linker ist nur zum Teil aus einem kritischen bis ablehnenden Verhältnis zur PKK zu erklären. Es muß gefragt werden, ob nicht auch das Elend der seit Jahren als »Kurdistan-Solidarität« betriebenen Politik großer Teile der aktivistischen Linken mit ihrer revolutionsromantischen Fixierung auf die nationale Befreiungsbewegung PKK dazu beigetragen hat. Den oft kulturalistischen Soliparolen dieses Spektrums mochten auch jetzt viele kritische Linke verständlicherweise kaum hinterherlaufen. In zahlreichen seit Öcalans »Auftauchen« in Italien verbreiteten Aufrufen aus den unterschiedlichsten restlinken Zusammenhängen feierte der Bezug auf »das kurdische Volk« und seine »Identität«, »seinen legitimen Vertreter Öcalan« und das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« fröhliche Urständ. Selbst die antirassistische Initiative »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« mochte in Berlin auf einem Flugblatt zu den kurdischen Trauerdemonstrationen für die an der israelischen Botschaft Erschossenen nicht auf die einleitende Versicherung verzichten, daß »wir uns mit dem kurdischen Volk solidarisieren« – statt mit kurdischen Menschen.

Die Kritik an der linksdeutschen Vorliebe für »kämpfende Völker« mit ihren Mystifikationen nationaler Befreiungskämpfe im allgemeinen und der PKK im besonderen ist nicht neu, sie prägt die Auseinandersetzung um die Einschätzung der PKK seit Jahren. Große Teile der Kurdistan-Soligruppen führen dabei allerdings einen Abwehrdiskurs, der sich stur jede Kritik an ihrem Lieblingsobjekt verbittet. Neben den allgemeinen Vorwurf, eine Kritik des Nationalismus der PKK betreibe das Geschäft der »Entsolidarisierung« und diene dem Rückzug aus internationalistischer Praxis auf eine »nur beobachtende Haltung«, tritt immer wieder die Unterstellung eines negativen deutschen Nationalismus: »Gerade an der Frage der Solidarität mit dem kurdischen Kampf entwickelt sich eine schriftstellerisch sehr virulente nationalistische und sehr ›weiße‹ Anti-›Bewegung‹ ... Ausgehend von der Analyse, in der Konstituierung der Deutschen als Nation das Grundübel entdeckt zu haben, wird natürlich in der Unterstützung eines nationalen Befreiungskampfes, hier des kurdischen Volkes, eine letztlich konterrevolutionäre Position entdeckt«, formulierte die Gruppe »kein friede« (11/95) in einem Papier diese Linie. Grundlage der Ideologie der Kurdistansolidarität ist die abstrakte Unterscheidung zwischen »schlechtem« Unterdrückernationalismus und »gutem« Befreiungsnationalismus, welche die homogenisierende und immer auf Inklusion des »Eigenen« sowie Exklusion des »Fremden« bauende Logik jeder Nationalkonstruktion einfach ausblendet. An die Stelle einer Analyse der Nationalismen der Unterdrückten tritt die Berufung auf das linke Lieblings-»Subjekt« Volk. Der Bezug auf ein herbeigesehntes einheitliches und kämpferisches Volk als revolutionäres Subjekt durchzieht die Geschichte der deutschen Nachkriegslinken. Er manifestiert sich im Mythos vom »anderen Deutschland« sowie in der Verdrängung des Anteils der Organisationen der Arbeiterklasse am Antisemitismus in Deutschland und kulminiert in den Projektionen auf andere »kämpfende Völker«.

Erklären läßt sich die anhaltende Konjunktur solcher Mystifikationen aus der Sehnsucht linker antiimperialistischer Gruppen nach einer Gemeinschaft, die Schutz gegen die »Kälte« der entpersönlichten und abstrakten Verhältnisse der kapitalistischen Warenvergesellschaftung bieten soll. Diese Sehnsucht projizieren sie auf nationale Befreiungsbewegungen wie die PKK. Der Begriff des Volkes wird im Fall der PKK gegen jede Kritik verteidigt, welche die ethnizistische Identitätspolitik der PKK als völkische Tendenz erkennt. Dazu wird ein dualer Gegensatz zwischen einem reaktionär-völkischen Volksbegriff und dem sich angeblich nur auf unterdrückte Klassen beziehenden Volksbegriff »in den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfen und Volkskriegen« (»Politische Berichte« 3/99) konstruiert.

Daß im nationalstaatlichen Zusammenhang unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen das eine jederzeit in das andere umschlagen kann, wird ignoriert. Ein Artikel in den »Politischen Berichten« hielt der Kritik der »gruppe demontage« (vgl. KONKRET 12/98) vor, »das PKK-Programm von 1995 läßt keinen Zweifel daran, daß sich die PKK in den Zusammenhang der antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe und der sozialistischen Bewegung stellt und von einer mystisch-metaphysischen Bedeutung des ›Volks‹-Begriffs meilenweit entfernt ist«.

Ein Blick auf die Bestimmung des kurdischen Volkes in diesem Programm bringt allerdings anderes zum Vorschein: »Die Bestrebungen unseres Volkes«, hebt das Kapitel über kurdische Gesellschaft und Geschichte an, »sich in unserem Land anzusiedeln, begannen, als die Meder um 1000 v. Chr. auf der historischen Bühne auftauchen. Die Meder, die dem arischen Zweig der indo-europäischen Gruppe zuzurechnen sind, führten einen jahrhundertelang währenden Krieg gegen ihre Nachbarn ...« Die »Meder« lassen sich zwar weder sprachlich noch historisch so belegen, aber es geht auch eher darum, dem medischen Ursprung einstige nationale Größe in den Grenzen »des heutigen Kurdistan« (ebd.) abzugewinnen. Keine völkische Ursprungsmystik?

Kaum eine linke Publikation zu Kurdistan kann sich die ethno-mystische Ursprungshuberei mit ihren Verweisen auf Meder und Indogermanen verkneifen. Auch das ethnopluralistische Konzept der PKK wird in dem Artikel der »Politischen Berichte« als »in diametralem Gegensatz« zum Volksbegriff der deutschen Ideologie stehend behauptet. Belegt werden soll dies durch eine Passage des PKK-Programms, in der »die Entfaltung aller Minderheitenkulturen in Kurdistan als Reichtum« bezeichnet und »der Entwicklung jeder dieser Kulturen Freiheit und Unterstützung« zugesichert wird. Daß das, was sich hier, oberflächlich betrachtet, so wohltuend vom kemalistischen Einheitswahn der »Türkei der Türken« abhebt, ganz stillschweigend eine hegemoniale kurdische Mehrheitskultur in den von Kurden bewohnten Regionen behauptet, kommt dem Verfasser des Artikels nicht in den Sinn.

Wer dies als bloße Unterstellung abtut, möge sich einmal die Politik des kurdischen Mainstream-Nationalismus und der PKK gegenüber den sich nicht unbedingt als »kurdisch« definierenden Aleviten und Zaza genauer ansehen. Auch Probleme deutscher Linker mit der kurdischen Nationalbewegung werden von Kurdistan-Solidaritätsgruppen auf »Irritationen und Widersprüche, die zwischen dermaßen unterschiedlichen Kulturen bestehen« (»radikal« 151), zurückgeführt. So läßt sich mit kulturalistischen Argumenten auch noch Kritik an dem von der PKK gepflegten autoritären Führer- und Märtyrerkult abblocken.

Die linke Kurdistan-Solidarität reproduziert mit solchen Kulturalismen und der ständigen Rede vom »Befreiungskampf des kurdischen Volkes« auch die Homogenisierung von Individuum und Kollektiv im Medium des »Volksführers Abdullah Öcalan« (PKK-Frauenverband YAJK) in der PKK-Identitätspolitik. Selbstverbrennungen kurdischer Aktivisten, wie sie seit Öcalans Flucht aus Syrien nach Europa verstärkt aufgetreten sind, werden eher als authentischer Ausdruck des »Widerstands des kurdischen Volkes« begriffen, statt als fatale Folge der PKK-Verschmelzungsideologie und einer Mobilisierungsrhetorik, die Selbstmordaktionen immer wieder als höchste Form patriotischer Selbstaufopferung verklärt. »Am 22. Oktober, im Rahmen des Protestes der politischen Gefangenen gegen die Bedrohung Syriens und des Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, verbrannte sie sich und starb, wie 20 weitere Gefangene in der Türkei.« So beschreibt Birgit Gärtner fast affirmativ eine Selbstverbrennung in der Januar-Ausgabe von »Roja Kurdistanê«.

Kritik an der Homogenisierungspolitik der PKK aus linksradikaler Perspektive ist zumindest nach außen immer noch verpönt. Gruppen, wie die um das Informationsblatt »biji«, die ihre Position gegenüber der PKK wegen der in den letzten Jahren zunehmend religiös-islamistischen Töne Öcalans, wegen des mit der diplomatischen Wende der PKK verbundenen Rechtsschwenks und der Kontakte Öcalans zu Figuren wie Heinrich Lummer schließlich kritisch revidierten, gaben letztlich ihre Arbeit auf. Davon unbeeindruckt macht der Rest der Kurdistan-Soligruppen plus bürgerlichem Bündnisspektrum weiter mit der »Übernahme von Durchhalteparolen und Erfolgspropaganda«, wie die »gruppe demontage« diese Politik zutreffend charakterisierte. Wenn bürgerliche Promis wie der Bremer Hochschuldirektor Ronald Mönch bei »hoffnungsvollen Ansätzen in den Parlamenten« gegenüber der PKK »an die wichtige politische Arbeit des MdB Heinrich Lummer« denken, ist dies vielleicht nicht so verwunderlich (»Roja Kurdistanê« 14). Doch auch »kein friede« sah kein Problem, als Öcalan sich mit Lummer traf. »Die kurdische Praxis und ihre Volksdiplomatie (ist) als Doppelstrategie angelegt ... Deswegen ist es kein Widerspruch für die PKK, sich mit ausgewiesenen Reaktionären wie Lummer oder auch dem Verfassungsschutz zu treffen.« Die hier affirmativ übernommene Idee einer »Volksdiplomatie« ist natürlich schon deshalb völlig abstrus, weil Diplomatie per Definition eine Angelegenheit zwischen Staaten ist, die sich nur als Ausdruck der bürgerlich-nationalstaatlich verfaßten internationalen Geschäftsordnung des Weltmarktes angemessen begreifen läßt. Tatsächlich zielte auch die Öcalansche »Volksdiplomatie« auf nichts anderes als die eigene Anerkennung im Kreis der »internationalen Staatengemeinschaft« – mit dem bekannten negativen Ergebnis.

Die Übernahme der ethnisch-kulturalistischen Identitätsmuster der PKK steht einer antirassistischen linken Intervention, die gerade in der jetzigen Situation Ausgangspunkt jeder Solidarität mit den Kurden sein müßte, diametral entgegen. Aus der Logik des nationalen Befreiungskampfes betrachtet, untergräbt natürlich die kurdische Flucht nach Europa die Ziele der

kurdischen Befreiungsbewegung. Aus dieser Grundhaltung hat die PKK auch noch nie ein Hehl gemacht. Während seines Italien-Aufenthaltes hat Öcalan in einem Interview mit der »Weltwoche« (48/98) die Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten und »Wirtschaftsflüchtlingen« nachvollzogen und ganz im Sinn der herrschenden Abschottungspolitik gefordert: »Nur wenn sie wegen des Krieges geflohen sind, sollten sie Asyl erhalten, weil sie politische Flüchtlinge sind.« Der »Spiegel« (8/99) behauptet, der »Serok Apo« habe in Rom über seine Anwälte der Bundesregierung angeboten, daß bis zu zwei Drittel der in Deutschland lebenden Kurden sofort in ihre Heimat zurückkehren würden, wenn Bonn sich erfolgreich für eine Befriedung des Konfliktes einsetze. Von Protesten der Soliszene angesichts der kaltschnäuzigen Instrumentalisierung der kurdischen Diasporabevölkerung als Verhandlungsmasse für die eigenen machtpolitischen Zwecke war nichts zu vernehmen. Ein Berliner ERNK-Sprecher bestätigte nach der Öcalan-Verschleppung diese PKK-Politik gegenüber kurdischen Migranten auch für die Exilpolitik vor Ort: »Die besten Kurden sind die, ... die Soldaten des Vorsitzenden Apo sind«, tönte er und äußerte auf explizite Nachfrage zur zweiten und dritten Generation hier lebender Kurden: »Aber wir möchten nicht, daß unsere Leute verlorengehen. Sehr viele Kurden achten darauf, zu Hause die kurdische Kultur und Identität weiterzugeben. Von daher haben wir gegenüber der dritten Generation keine Bedenken. Auch sie wird mehrheitlich zurückkehren« (»Jungle World«, 10/99). Wie beruhigend für all die großen und kleinen Schilykanthers der »Berliner Republik«!

Wie kaum anders zu erwarten, erweist sich die Kurdistan-Soliszene auch immer wieder als Refugium eines linken Antisemitismus, der sich als verschwörungstheoretisches antizionistisch-antiimperialistisches Weltbild äußert. Auch die heftig geführte Auseinandersetzung um einen 1994 in der PKK-nahen Zeitung »Özgür Ülke« veröffentlichten antisemitischen Artikel und andere antisemitische Elemente im Diskurs der PKK hat daran wenig geändert. Die PKK-Propaganda gegen die türkisch-israelische Militärkooperation ist dabei die Schnittstelle zur unseligen Tradition des linken Antiimperialismus in Deutschland. So druckte der »kurdistan rundbrief« mehrfach unkommentiert Passagen wie die folgende aus einer zusammengefaßten Erklärung Öcalans im Sender MED-TV ab: »Die türkisch-israelische Partnerschaft, deren Planungen von der Adria bis zur chinesischen Mauer reichen, fordere einen Krieg heraus. Wenn diese Zusammenarbeit nicht gestoppt werde, könne sie sogar zum Anlaß für einen dritten Weltkrieg werden« (»kr« 2/98). Ausgerechnet medico-Chef Hans Branscheidt hatte bereits davor gezeigt, wie schnell sich der Kreis von der PKK-Solidarität zur Reproduktion antisemitischer und antizionistischer Stereotype schließen kann. Er entdeckte die »neueren Freunde des ›Blitzkriegs‹ ...: die israelischen Beratergeneräle, die eben nicht nur rund um die großen Seen still und wirksam tätig sind, sondern die als Vorposten der Aufklärung auch für das Design des nordirakischen Feldzuges (der türkischen Armee; U.W.) verantwortlich waren« (»Der deutsche Putschmüller«, »Kurdistan aktuell« 55/97). Die Rede von »israelischen Blitzkriegern« ist ein kennzeichnendes Stereotyp für den sekundären deutschen Antisemitismus nach bzw. wegen Auschwitz, und Branscheidts kryptisches Raunen von den »still und wirksam tätig(en)« israelischen Beratern fügt dem auch noch die Assoziation einer jüdischen Verschwörung hinzu.

Nach der Verschleppung Öcalans aus Nairobi schlugen die antizionistischen Wellen sofort wieder hoch. Der Mossad wurde mit unfehlbarer Treffsicherheit als Hauptschurke der, wie gleich mehrere linke Blätter titelten, »internationalen Geheimdienstverschwörung« gegen Öcalan ausgemacht. Hier traf sich allerdings nicht nur der antizionistische Diskurs der PKK mit dem der Solibewegung, sondern auch mit den Spekulationen in den etablierten Medien. Kaum kamen die ersten Meldungen über Öcalans Entführung aus den Tickern, brach eine allgemeine Geheimdienst-Hysterie aus, bei der natürlich der Mossad an prominenter Stelle figurierte. In Israel wird zu Recht kritisiert, daß dpa als erste große Nachrichtenagentur eine Meldung über eine vermeintliche Mossad-Beteiligung brachte und sich die deutschen Medien mit besonderer Inbrunst diesem Thema widmeten. Werner Pirker stilisierte in der »Jungen Welt« vom 17.2. gleich den Mossad und Israel zum eigentlichen Drahtzieher der Entführung Öcalans: »Das Vollzugsorgan des israelischen Staatsterrorismus ist mehr als jeder andere Dienst auf Gangsterstücke jenseits aller zivilisatorischen Normen spezialisiert.«

Davon waren die meisten Kurden wohl schon aufgrund der PKK-Propaganda gegen die türkisch-israelische Militärkooperation überzeugt. In Windeseile hatte sich zudem das bis heute nicht belegte Gerücht verbreitet, Premier Ecevit habe Israel namentlich für die Hilfe bei der Entführung gedankt. So kam es dann zu dem fatalen Besetzungsversuch der israelischen Botschaft in Berlin. Die Sicherheitskräfte der Botschaft machten allerdings in einer Weise von der Schußwaffe Gebrauch, die angesichts der nur mit Schlagwerkzeugen bewaffneten Kurden kaum zu rechtfertigen ist, und schossen womöglich sogar auf bereits fliehende Kurden, wie eine Anhörung im Berliner Rechtsausschuß ergab. Auch in Israel selbst wurde der Einsatz von Elitesoldaten in der Botschaft kritisiert, die für eine polizeimäßige Abwehr von militanten Demonstranten überhaupt nicht ausgebildet sind und den Finger zu schnell am Abzug haben. Die verständliche Trauer und Wut angesichts der Erschossenen relativiert jedoch nicht die notwendige Kritik am ideologischen Hintergrund dieser katastrophalen Aktion. Auch den politisch verantwortlichen kurdischen Aktivisten, die sie organisiert hatten, mußte klar sein, welch tödliches Risiko der Besetzungsversuch einer israelischen Botschaft birgt. Schließlich ist bekannt, daß zahlreiche mörderische Angriffe auf Botschaften und andere israelische Einrichtungen in aller Welt diese zu rigorosen Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt haben.

Ausfälle gegen Israel kamen nach den tödlichen Schüssen an der Botschaft vor allem aus dem traditionslinken Lager. Die Schüsse wurden auf zahlreichen Flugblättern sogleich zum »Massaker« ausgeschrieben und mit »antizionistischer« Hetze verbunden: »Israel ist der einzige Staat der Welt, in dem Folter für legal erklärt wurde und tagtäglich vom Staat offen praktiziert wird« (»Erklärung der Revolutionären Kommunisten«, verteilt in Berlin und Hamburg). Die »UZ« schrieb am 26.2. in einem pathetischen Kommentar von einem »Freispruch für drei Morde«. Auch wenn diese antisemitisch aufgeladenen Tiraden gegen Israel im Vergleich zum Golfkrieg 1990/91 in der Linken auf geringere Resonanz zu stoßen scheinen, bleibt ihre entschiedene Zurückweisung notwendig.

Udo Wolter lebt in Berlin und arbeitet in der »jour fixe initiative berlin« mit

Konkret 04/99, S. 34

Gaby Hommel

Blutrache für Berlin

Im Unterschied zu ihren Vorgängern wahren die neuen Machthaber in Bonn nicht einmal mehr den Schein. Rücksichtslos wird aufgeräumt mit Recht und Gesetz, dem Schutz vor Folter und Todesstrafe. »Ausweisung um jeden Preis« heißt die Parole nach den »Kurdenkrawallen«

Am Tag nach »Rosenmontag« wird Abdullah Öcalan in einer Geheimdienstaktion seinen künftigen Mördern in die Hände gespielt. Im Rahmen europaweiter Proteste erschießen knapp 24 Stunden später Sicherheitskräfte der israelischen Vertretung in Berlin zwei kurdische Männer, eine junge Frau. Weitere sechzehn Demonstranten erleiden Schußverletzungen, die später ein viertes Todesopfer fordern. Sondersendungen weltweit berichten von den Ereignissen. Ein ZDF-Spezial trägt den Titel »Kurdenkrieg in Deutschland«. Tageszeitungen titeln mit Begriffen wie »PKK-Terror« und »Krawallkurden«. Von »Fanatismus« ist die Rede, der »Angst auf deutschen Straßen« sowie »Überforderung« und »Hilflosigkeit« der bundesrepublikanischen Behörden. Selbige bespitzeln längst ungezählte kurdische Vereine, Büros und Treffpunkte, bewachen Botschaften, Parteizentralen, Ministerien, Fluggesellschaften und Reisebüros, haben Dutzende spontaner Versammlungen aufgelöst sowie Hunderte von Verhaftungen und Festnahmen vorgenommen. Das Faxgerät spuckt eine Pressemitteilung aus mit der zentimetergroßen Überschrift »Die Seele kocht«. Darunter steht zu lesen: »Ein paar tausend zu allem entschlossene PKK-Anarchisten haben schonungslos aufgedeckt, wie schnell die Innere Sicherheit in unserem Land ins Wanken gerät. Innerhalb von zwei Tagen schafften sie ein Klima von Angst und Ohnmacht und entlarvten die völlig unzureichende personelle und technische Ausstattung der Polizei.« Gemünzt ebenso auf die »Büttenreden« von Politikern wie auf die »Geiselnehmer«, die »mit der U-Bahn nach Hause fahren können, um dort neue Straftaten zu planen«, heißt es weiter: »Denen ist doch egal, ob der eine oder andere von uns dabei draufgeht.« Die Botschaft endet mit der Aufforderung, keine »Tabu-Themen« mehr zuzulassen, sondern »auch diejenigen wieder dahin zu schicken, wo sie herkommen, wenn ihnen dort schwere Bestrafungen drohen«. Als Absender des Schreibens fungiert die »Polizei-Basis-Gewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen«. Die Empfängerin hält es für ein Fake, verfaßt, um die hysterische Stimmung im Land zu karikieren.

Fälschlicherweise. Denn so echt das Pamphlet ist, so recht paßt es sich ein in den Chor der Stimmungsmacher zum Thema. Der »Spiegel« mit seiner Schlagzeile »Blutrache für Apo« läßt sich da ebenso nennen wie das Konkurrenzblatt aus München oder der »Stern«, der auf seiner Titel-Collage über dem Foto eines mit Palästinensertuch (!) vermummten Gesichtes lodernde Flammen und »Die Angst der Deutschen« anzeigt. Daß »Bild« ein »Wehrloses Deutschland« entdeckt, entspricht der Tradition. Die »FAZ« kommentiert: »Was die gut organisierten Kurden in den vergangenen Tagen angerichtet haben und was deutscherseits darauf folgte oder besser gesagt: unterblieb, hat deutlich gemacht, daß eine ganze Reihe von Strafvorschriften, darunter so wesentliche Tatbestände wie Brandstiftung, Freiheitsberaubung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Nötigung faktisch zur Disposition stehen, zumindest für einen Teil der Bevölkerung, die manche Deutsche ihre ausländischen Mitbürger nennen.« Hans-Peter Repnik, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zählt nicht dazu. Für ihn sind die Teilnehmer/innen an den Protesten gegen das Kidnapping des PKK-Chefs schlicht »Subjekte«. Ihre Aburteilung in Schnellverfahren wird von Heribert Prantl, ansonsten immer für einen kritischen Beitrag in der »Süddeutschen Zeitung« gut, als Beweis für die Funktionstüchtigkeit des »wehrhaften Rechtsstaats« gelobt. Bayerns Innenminister Günther Beckstein will nicht kurzen Prozeß, sondern die Abschiebung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten ohne juristische Prozedur. Ihm Schützenhilfe leistet Erwin Marschweski, innenpolitischer Sprecher der christlichen Opposition im Bonn, der Gerhard Schröder mit dessen Parole aus dem Wahlkampf zitiert: »Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Er muß raus, und zwar schnell.« Während der Bundeskanzler dem »Stern« heute staatsmännisch diktiert: »Das Völkerrecht setzt hier Grenzen. Aber kein Rechtsbrecher sollte glauben, daß er sich dahinter verstecken kann. Wir werden prüfen, ob wir an der Abschiebepraxis etwas ändern müssen. Hier besteht Handlungsbedarf.«

Einen solchen sah bereits die Regierung Kohl gegeben, als sie im Sommer 1997 die Bestimmungen zur Abschiebung straffälliger Ausländer/innen verschärfte. Zwingend aus dem Land zu verweisen ist seitdem, wer wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt und wessen Strafe – unabhängig von der Höhe – nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Gleiche gilt für jene Personen, die sich laut Richterspruch des einfachen Landfriedensbruchs im Rahmen einer nicht erlaubten Demonstration schuldig gemacht haben. Und selbst einfache Teilnehmer/innen einer solchen Versammlung unterliegen nach den jüngsten Vorschriften im Regelfall der Ausweisung. Einzige Voraussetzung ist, daß aus dem »Aufzug« heraus »Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen« verübt wurden, also etwa Farbbeutel oder Steine flogen. Ob die Betroffenen persönlich daran beteiligt waren, spielt genauso wenig eine Rolle wie die Frage, ob ein entsprechender Gerichtsbescheid vorliegt. D. h. die Möglichkeit, Ausländer/innen »wegen besonderer Gefährlichkeit« sogar dann aus der Bundesrepublik zu verbannen, wenn kein Strafurteil gegen sie ergangen ist, ist schon seit zwei Jahren im Ausländergesetz verankert. Ähnlich wie die übrigen Änderungen wurde sie damals in Reaktion auf die Autobahn-

Blockaden und andere politische Aktionen kurdischer Flüchtlinge in Deutschland geschaffen. Doch wenngleich zunächst auf diese Gruppe gezielt und bis dato auch fast ausschließlich gegen sie eingesetzt – grundsätzlich anwenden lassen sich die erleichterten Regelungen zur Ausweisung von »kriminellen Ausländern« auf sämtliche »Nicht-Deutsche«. Es sei denn, sie können spezielle Umstände für sich geltend machen.

Zu nennen sind hier in erster Linie die Anerkennung als politisch Verfolgte/r, ein noch schwebendes Asylverfahren oder das Vorliegen eines Abschiebungshindernisses nach Paragraph 53 Ausländergesetz. Hierzu zählt vor allem die konkrete Gefahr, im Herkunftsland der Folter unterworfen oder mit der Todesstrafe bedroht zu werden. Und schließlich stehen in bestimmten Situationen internationale Abkommen wie die »Genfer Flüchtlingskonvention« und die »Europäische Menschenrechtskonvention« einer Ausweisung entgegen. Letzteres allerdings eher theoretisch. Denn beide Vertragswerke hat die Bundesrepublik in entscheidenden Punkten bereits früher negiert. So gilt – anders etwa als in Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Dänemark und den Niederlanden – hierzulande nach wie vor lediglich die Verfolgung durch eine staatliche oder staatsähnliche Ordnungsmacht als Asylgrund. Wohingegen Flüchtlinge aus Ländern wie Afghanistan oder Somalia, in denen die staatliche Hoheitsgewalt zusammengebrochen ist, grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl genießen – was u. a. nach Auffassung des UNHCR, des »Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen«, einen klaren Verstoß gegen die Genfer Konvention darstellt, da ihr zufolge die Schutzbedürftigkeit eines Menschen und nicht die Funktion des Verfolgers entscheidend ist. Ähnliche Überlegungen liegen den Bestimmungen zum Abschiebeschutz für Folteropfer nach der »Europäischen Menschenrechtskonvention« zugrunde. Doch auch diese werden hierzulande schlichtweg ignoriert. »Als unmenschliche Behandlung gemäß Art. 3 EMRK«, hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, »sind grundsätzlich nur Mißhandlungen durch staatliche Organe anzusehen«.

Die Flüchtlingshilfsorganisation »Pro Asyl« kämpft seit Jahren gegen die krasse Mißachtung des Völkerrechts durch die deutschen Behörden an und forciert entsprechende Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Nicht ohne Erfolg, wie das Beispiel der kurdischen Familie Sarialtun zeigt, die im April vergangenen Jahres aufgrund eines Bescheides aus Straßburg in letzter Minute vor der Abschiebung bewahrt wurde und eine Aufenthaltsbefugnis erhielt. Aus welchen Gründen die zuständigen Innenbehörden in Rheinland-Pfalz und Bonn entgegen sämtlichen zuvor getroffenen Entscheidungen einlenkten und auf ein weiteres Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof verzichteten, liegt auf der Hand. Doch nutzt ein solches Nachgeben in Ausnahmefällen den vielen namenlosen Flüchtlingen wenig. Für sie gilt generell: »Wo kein Kläger, da kein Richter«. Ganz abgesehen davon, daß sich die neuen Verantwortlichen in Bonn keineswegs auf der Arbeit ihrer Vorgänger ausruhen, sondern mit rot-grünem Selbstbewußtsein darangehen, die letzten Tabus zu brechen.

Einen ersten Schritt dazu tat die Konferenz der Innen- und Justizminister am 25. Februar in Bonn, indem sie den noch bestehenden Abschiebeschutz für Personen in laufenden Asylverfahren angriff und beschloß: »Auch bei Asylbewerbern soll versucht werden, eine Ausweisung aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erreichen.« Im Klartext heißt das: Wer sich an Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligt, hat kein Recht mehr auf abschließende Prüfung eines Asylbegehrens. Er oder sie muß damit rechnen, außer Landes geschafft zu werden, politische Verfolgung im Herkunftsland hin oder her. Und die genannte Runde ließ sich – als sei es damit noch nicht genug – ein Zweites einfallen. Sie machte den bereits von Manfred Kanther vorgezeichneten Weg, auf dem das Abschiebeverbot für von Folter und Todesstrafe Bedrohte auszuhebeln wäre, grundsätzlich frei. Mittel zum Zweck ist hierbei die Effektivierung des sogenannten »Konsultationsverfahrens«, hinter dem sich nichts anderes verbirgt, als den Verfolgerstaat versprechen zu lassen, seinen zur »Rückführung« vorgesehenen Opfern keine »besonderen Maßnahmen« angedeihen zu lassen, sie also nicht den üblichen Mißhandlungen zu unterziehen.

In der Vergangenheit erprobt wurde das zynische Prozedere per brieflicher Anfrage im Einzelfall, häufig ohne bzw. mit unbefriedigender Antwort und – wie zu erwarten – mit der türkischen Regierung. Im Ergebnis sollen seit 1995 zwischen zwei und drei Dutzend Personen an das Regime in Ankara ausgeliefert worden sein. Eine Bilanz, mit der die neuen Machthaber in Bonn bei weitem nicht zufrieden sind. »Praktische Probleme« – so die gängige Umschreibung – müßten bei der weiteren Umsetzung des Verfahrens gelöst werden. Sie im Rahmen von exemplarischen Verhandlungen mit den Bündnisgenossen am Bosporus anzupacken, wurde Bundesinnenminister Otto Schily beauftragt. Wieweit der vielzitierte »Terroristenanwalt« damit gekommen ist, ist der Öffentlichkeit zur Zeit noch ein Geheimnis. Zu erwarten allerdings steht, daß ähnlich dem Prinzip verfahren wird, mit dem sich die Bundesrepublik auch die bisherigen »Rückführungsabkommen« erkauft hat. Nur daß es beim aktuellen Machwerk nicht um die massenweise Verschickung von Menschen in Hunger, Not und Bürgerkrieg geht, sondern um eine Auslieferung an Folter und Tod, für einen »Rechtsstaat« akzeptabel gemacht durch eine diplomatische Erklärung eines Mörderregimes.

Von »Besonnenheit« der Verantwortlichen ist folgerichtig in den Medien zu hören und zu lesen. Stammtischparolen à la »PKK-Terroristen raus aus Deutschland« wolle man aus gutem Grund nicht folgen. »Schnellschüsse«, so heißt es ungeachtet der Berliner Ereignisse, führten nicht weiter. Vielmehr laute das Gebot der Stunde, Prinzipien zu bewahren und die noch vorhandene Lücke zwischen Ausweiseverfügung und Vollzug der Abschiebung auf zivilisierte Art zu schließen. Will sagen: die Betroffenen, anders als der Volkswille es wünscht, nicht auf der Stelle, sondern erst dann der Gewalt ihrer

Peiniger auszuliefern, wenn die sich bereit erklärt haben, die weitere Verantwortung zu übernehmen.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 12/98 über die rot-grünen Pläne zum Staatsbürgerschaftsrecht

Konkret 04/99, S. 36

Oliver Tolmein

Völker, rührt euch!

PKK und UCK: Anmerkungen zum taktischen Umgang der deutschen Politik mit dem »Selbstbestimmungsrecht des Volkes«

»Ich halte das Reisen, gleich welcher Ursache wegen und wie auch immer betrieben, mittlerweile für Unfug (im Sinne meiner antiimperialistischen Reise).«
Joschka Fischer, Februar 1979

»Warum gelten für Kurden keine Menschenrechte?« fragte aus gegebenem Anlaß die »junge Welt« den Hamburger Rechtswissenschaftler Norman Paech Ende Februar. Noch bevor Paech aber antworten konnte, setzte die Autorin nach und konkretisierte, worum es ihr tatsächlich ging: »Wäre es das legitime Recht der Kurden, einen kurdischen Staat zu gründen?« Und dabei blieb es dann auch: Statt der Menschenrechte wurden in dem länglichen Interview die Rechte des Volkes verhandelt. Ähnlich wurden die Akzente auch in anderen Blättern gesetzt: Das nationale Selbstbestimmungsrecht der Kurden, mal mehr, mal weniger elegant aus Artikel 1, Abs. 2 der UN-Charta abgeleitet, rangierte auf der Liste der zu debattierenden Themen weit oben.

Ziemlich weit, aber doch nicht ganz oben, denn erheblich mehr Bedeutung als dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden messen die in der Welt tonangebenden Staaten des Westens, wie die Kommentatoren und Analytikerinnen teils erbittert, teils ratlos feststellen, dem Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner bei. Für sie werden derzeit Nato-Einsatztruppen im Zehntausenderpack bereitgestellt, für die Kurden fallen gerade mal ein paar diplomatische Floskeln ab. Während die Kosovo-Albaner ihren Platz am Verhandlungstisch längst eingenommen haben, müssen die Kurden mal wieder ein paar Warteschleifen um den Block laufen: So lange, bis sie drinnen im Konferenzsaal vergessen sind und als Ergebnis des Räsonnements zu ihren Gunsten nur rauskommt, was sowieso und aus ganz anderen Gründen schon längst beschlossene Sache ist – daß die Türkei mal wieder nicht in die EU aufgenommen wird.

So weit, so schlecht, so unergiebig. Denn was schert die deutsche (liberale, linke, grüne) Öffentlichkeit eigentlich das Selbstbestimmungsrecht der »kurdischen Nation«? Und was soll dieses Selbstbestimmungsrecht eigentlich umfassen? Das Recht auf Abspaltung? Das Recht, auch weiterhin politische Kontakte mit dem CDU-Deutschnationalen Heinrich Lummer zu pflegen? Oder doch nur das Zugeständnis, nicht bloß als Bergtürken Südostanatoliens bezeichnet zu werden und künftig Bücher in kurdischer Sprache veröffentlichen zu dürfen? Den Artikeln, Aufsätzen und Interviews ist das allenfalls andeutungsweise zu entnehmen. Die einen scheinen das Selbstbestimmungsrecht der Kurden aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit zu fordern: Was die UCK darf, kann der PKK nicht verwehrt bleiben. Offen läßt diese Position im allgemeinen allerdings, was denn nun dafür spricht, daß die UCK dürfen soll. Diese Frage drängt sich vor allem dann auf, wenn die, die sich mit Inbrunst, aber ohne weitere Argumente für die »Rechte des kurdischen Volkes« in die Bresche werfen, ihrerseits die UCK als »bewaffnete Dorflumpen« beschimpfen. Demnach scheint es also doch gute und schlechte Völker zu geben: Gut, so kann man zwischen Till Meyers Zeilen in der »jungen Welt« lesen, ist das Volk, dessen Kämpfer nicht im »Solde des Imperialismus« stehen (wie die »Dorflumpen der UCK«). Diese schlichte, deswegen aber nicht unbedingt unsympathische Haltung verliert allerdings erheblich an Überzeugungskraft, wenn im gleichen Text noch der Ruhm des unbestechlichen Kämpfers Öcalan auf Kosten der »von der CIA ausgehaltenen Barsani-Kurden« gemehrt werden soll: Gibt es ein auf die guten, mit der PKK sympathisierenden Kurden begrenztes »Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes«?

Andere, geläuterte Linke vor allem, haben andere Probleme. Die evidente Ungleichbehandlung von Kurden und Kosovo-Albanern durch das neuerdings so beliebte Kollektiv »internationale Gemeinschaft« könnte der Durchschlagskraft ihrer über die Jahre unaufhaltsam gewachsenen Sympathien für Nato-Angriffe und Bundeswehreinsätze nachhaltig schaden. Also werden gewachsene Überzeugungen kritisch hinterfragt, Tabus, z. B. in der »Taz«, durch nachhaltige Denk- und Formulierungsarbeit wieder einmal endgültig gebrochen. Muß »wer A sagt«, wirklich B sagen? Ein bißchen schon, aber nicht ganz, lautet die würdevoll und mit Pathos vorgetragene Antwort: »Wer strikt auf der Befolgung des Buchstabens des Völkerrechts besteht, muß sich fragen lassen, wieviel Tote ihm das notfalls wert ist.« Und eben wieviel nicht ... »Man darf nicht erst dann irgendwo eingreifen, wenn man überall einzugreifen bereit ist.« Andererseits soll, »wer das Völkerrecht derart strapaziert«, durch Bestehen auf dem Wortlaut nämlich, »auch alle Energien darauf verwenden, dieses dem gesteigerten Interventionsbedarf anzupassen«. Wer autonom sagt, muß neuerdings auch Nato wollen. So richtig glücklich wären diese nicht mehr antiimperialistischen Internationalisten erst, wenn deutsche Truppen nicht nur im Kosovo, sondern auch am Bosporus klar Volk machen und ein bißchen Selbstbestimmungsrecht herbeischießen dürften. Das wirft immerhin die Frage auf, ob die vielfach kritisierte Politik der »double standards« in der Weltpolitik, die US-amerikanische »Kanonenbootpolitik« also, letztlich nicht doch einer konsequenten Durchsetzung des völkischen Selbstbestimmungsrechts nach deutschem Maßstab vorzuziehen wäre. Eine Antwort auf diese Frage kann es selbstverständlich nicht geben. Die US-

amerikanische Politik, deren wichtigstes Ziel es ist, den eigenen Einfluß in der Welt durch kontrollierte Eskalation und Befriedung zu optimieren, ist genauso wenig ein kleineres Übel wie der neue deutsche Idealismus, der den »erbarmungslosen Pazifismus« (»Taz«) längst aus dem Feld geschlagen hat.

Die Debatte über die Frage, ob die Kosovo-Intervention schon mal vorab stattfinden soll oder ob das nur akzeptabel ist, wenn die Bundeswehr gleichzeitig auch anderswo noch »Leoparden« einsetzen kann, der Wettstreit um das richtige, fürs umfassende Selbstbestimmungsrecht angemessene Volk, die in der linksliberalen Öffentlichkeit gerade mal wieder aufflackern, sind noch beeindruckender, verfolgt man sie z. B. von Großbritannien aus: In den dortigen Kontroversen spielt weder beim Thema Kurdistan noch beim Thema Kosovo das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« eine wesentliche Rolle – und das nicht nur, weil der Blick der Bewohner des Vereinigten Königreiches überhaupt gern über den Kontinent hinweg in transatlantische, volksfremde Fernen schweift. Es werden andere Akzente gesetzt: Die Kosovo-Auseinandersetzung wird als eine geführt, in der es um Macht- und Einflußsphären des Westens geht; das Interesse an der Situation in der Türkei und im türkischen Kurdistan wird durch die Frage nach der Gewährleistung von Menschenrechten zentriert. Die Verhaftung Öcalans hat dort im allgemeinen nicht die Frage nach dem »Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes« aufgeworfen, sondern die näherliegende nach der Situation der Menschenrechte in der Türkei, nach der Möglichkeit eines »fairen Prozesses« für Öcalan und die Gefahr der Folter für den prominenten Gefangenen.

Der Blick von außen auf die deutsche Debatte läßt diese aber noch aus einem weiteren Grund in einem fahlen Licht erscheinen: Deutschland, das Land, in dem die christlichen Kirchturmglocken dauerläuten dürfen, der Muezzin-Ruf aber als Verstoß gegen das Bundesimmissionsgesetz gewertet wird, in der die Entfernung des Kreuzes aus dem Klassenzimmer eine mittlere Verfassungskrise auslöst, Lehrerinnen aber keine Kopftücher tragen dürfen, das Land, in dem Schwarze auf der Straße dauerkontrolliert werden können, in dem die Existenz einer chassidischen jüdischen Gemeinde kaum vorstellbar ist und Minderheiten am ehesten noch als Volkstanzgruppen geduldet werden, hat mehr als jedes andere Land in Westeuropa eine ausgeprägte Monokultur: Während die deutschen Meinungsführer lauthals und unbedingt das Selbstbestimmungsrecht jeder nur erdenklichen völkischen Gruppe auf der Welt einfordern, ist das Klima bei ihnen daheim geprägt durch Repressalien gegen nicht-deutsche Minoritäten.

Eindrucksvoll demonstrierten die Deutschen ihren selbstbestimmten Rigorismus gerade angesichts der prostestierenden Kurdinnen und Kurden nach der Verhaftung des PKK-Chefs Öcalan. Daß Menschen, die seit Jahren hier leben, auch hier ihren Protest zur Geltung bringen wollen, daß sie dabei politische Mittel wählen, die die außerparlamentarische deutsche Oppositionsbewegung jahrzehntelang kultivierte, hat einen Sturm der Entrüstung und Empörung ausgelöst, in dem die heimatschützende Behauptung, Deutschland sei »die falsche Front«, noch moderat erschien. Der gesellschaftliche Mainstream zielte auf »Kurden raus!«, weil als selbstverständlich gilt, daß hierzulande ein Recht auf Aufenthalt nur Blut-Deutsche haben, andere dagegen ihr Bleiben-Dürfen als besondere Gunst verstehen müssen, die jederzeit versagt werden kann.

Aus historischem Blickwinkel entfaltet die gegenwärtige deutsche Debatte um die wirkungsvollste und gerechteste Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts von welchen Völkern auch immer allerdings ihre ganze Pracht und Schönheit: Genau zwanzig Jahr ist es her, daß Joschka Fischer im Frankfurter Sponti-Blatt »Pflasterstrand« zur Generalabrechnung mit dem marxistisch geprägten Antiimperialismus der neuen deutschen Linken blies. Die Befreiungsbewegungen hätten stets autoritäre Arbeiter- und Bauernstaaten an die Macht gebracht, die dem Ideal der westlichen hochindustrialisierten Welt mit ihren modernen Staatsapparaten nur auf eine andere Weise huldigten als die imperialistischen Staaten selbst. Statt »offener Ablehnung und Zurückweisung des alleinseligmachenden technischen Fortschritts« machte Fischer auf der Seite des Antiimperialismus nur einen »absoluten Glauben an die Machbarkeit des Diesseits« aus. Und statt wahrer revolutionärer Solidarität mit dem »Volk« fand er bei sich und seinen Genossen, daß sie nur einer »neulinken Projektion« aufgesessen waren: »›Das Volk‹ verkörperte, was wir daran mit unserer Identität in Einklang bringen können.«

Hintergrund der plötzlichen Erkenntnis Fischers war die Revolution im Iran, in der sich ihm ein ganz anderes, ein wahres Volk zeigte, »das nein sagt zur atheistischen Kultur des Westens« und mit den »alten, religiösen Werten des Islam im Zentrum der Revolution ... den Widerstand gegen die weiße Entwicklungsdiktatur organisierte«. Als Konsequenz auf seinen Abgesang auf den marxistischen Antiimperialismus engagierte sich Fischer für das »Volk, auch wenn es meinetwegen ein reaktionäres ist wie das unsere«, und plädierte zwar nicht stringent, aber vehement für ein Bekenntnis zum »politischen Interessenegoismus« und gegen das Ansinnen, »die Kämpfe schon im Vorfeld möglicher Siege« zu verlassen, um so »gefahrlos unsere Identität« wahren zu können.

Jetzt endlich, zwanzig Jahre später, zeigen er und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Welt, wie es gehen kann: Volksnah und identisch mit sich selbst schrecken sie auch vor dem Sieg im Krieg nicht mehr zurück. Der islamische Fundamentalismus ist zwar aus der Liste der liebsten Bündnispartner wieder gestrichen, aber Tibet, dessen grundsätzliche Bedeutung Fischer bereits 1979 pries, steht immer noch obenan. Daß einige, die Fischers Weg nicht gehen wollten, heute dafür noch immer, so, als wäre nichts gewesen, die alten Reden vom unterdrückten Volk und seiner anzustrebenden

Selbstbestimmung bzw., was immer das auch sein soll, Befreiung runterleiern, macht die Lage nicht gerade besser, aber übersichtlicher.

Weiteren Streit, sicher auch in den eigenen Reihen, könnte eine Auseinandersetzung darüber erzeugen, was Selbstbestimmungsrechte für Individuen und Kollektive (welcher Art auch immer) heute tatsächlich bedeuten können, wieso sie so leicht zu instrumentalisieren sind und in welchem Verhältnis sie zu den von Linken oft dilatorisch behandelten Menschenrechten stehen. Dem Gefangenen Öcalan und den von der türkischen Armee gerade wieder mit Angriffen überzogenen kurdischen Dörfern und Lagern nutzt diese Kontroverse wenig. Für den taktischen tagespolitischen Nutzen ist ein auf Haftbedingungen, fairen Prozeß und Befolgung wenigstens der Buchstaben des Völkerrechts zielendes Engagement allerdings ohnehin wirkungsvoller als wie auch immer akzentuierte politische Grundsatzerklärungen.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 1/99 über die Karriere Otto Schilys

Konkret 04/99, S. 38

Rayk Wieland

Wiese der Wurtigkeiten Seriös und ostgemacht

Was die □ Sozialistische Tageszeitung□ , die sich □ Neues Deutschland□ nennt, ihren Lesern versprichtwas diese sich vom Zentralorgan a. D. versprechen. Marginalien von Rayk Wieland und Stefan Wirner

»Dummheit, die man bei andern sieht, / wirkt meist belebend aufs Gemüt«, reimte Wilhelm Busch vor Zeiten griffig, doch auf die »Sozialistische Tageszeitung«, die sich »Neues Deutschland« nennt, paßt dieser Trostspruch leider nicht. Von belebender Wirkung kann bei der Lektüre des zähen PDS-Anzeigers wahrlich nicht die Rede sein. Wer das Blatt hin und wieder liest, wird festgestellt haben, daß hier die redaktionellen Beiträge die stilistische Brillanz der Agenturmeldungen nur selten erreichen. Einst respektierliches Verlautbarungszentralorgan der SED, ist die Zeitung mittlerweile zu einer Wiese der Wurstigkeiten verkommen und somit für Leser, welche sich am täglichen Stilblütenausstoß nicht erfreuen mögen, eine Strafe geblieben. Seitdem die Gedanken »offiziell« frei sind, ist die Redaktion auch weitgehend frei von Gedanken, und seitdem die Fürbitte um Mitmenschlichkeit die realsozialistische Dogmatik ersetzt hat, wirkt das Blatt nicht nur im ganzen indifferent, sondern stellenweise geradezu infam.

Wie sonst hätte hier Anfang 1997 ein Foto, das ein totes Rind kopfüber am Greifarm eines Kranes hängend zeigt, mit der Bildunterschrift versehen werden können: »Trauriges Ende einer Rinderkarriere: per Kran ab in den Abfallcontainer«? Das, meinte wohl der zuständige Redakteur, sollte ein relativ salopper und ansprechender Kommentar zur nebenstehenden ADN-Meldung sein, in welcher der Tötung BSE-gefährdeter Rinder notfalls unter Polizeischutz das Wort geredet wurde. Freilich wäre »In die Kiste: keine Gnade für Kühe mit Karriereknick« noch salopper gewesen, doch die gewählte Version hat einiges für sich. Allein die knappe Wendung »per Kran ab in den Abfallcontainer« läßt einen Sarkasmus von seltener Solidität zutage treten, dem man die Trauer über das vorzeitige Finale der Karriere eines Rindviehs, die womöglich vielversprechend begann und die besten Aussichten hatte, nicht abnehmen möchte. Das Bravourstück der Bildzeile ist allerdings der Doppelpunkt, der Laufbahn-Ende des Schlachtopfers und Entsorgung des nutzlosen Kadavers mit einer scheinbaren Folgerichtigkeit versieht, die lautet: Versagt, also wertlos – weg damit. So reden Linke und Sozialisten normalerweise nicht. So reden, wenn sie reden, Abdecker. So redet, beiläufig, das »Neue Deutschland«.

Dergleichen Top-Bildunterschriftsleistungen gelingen nicht immer. Auffällt allerdings der ehrfurchtsvolle, gläubige und durchweg devote Umgang, den die Zeitung mit dem Fotomaterial pflegt, das vorwiegend als dokumentarischer Wahrheitsbeleg oder aber als reichlich betulicher Alltagsschnappschuß herhalten muß. Ähnlich verfahren ansonsten Regionalzeitungen, die einerseits ihre Leserschaft mit Bildern von der Neueröffnung des Friseurgeschäfts am Markt, dem verschneiten Seeufer oder einem Verkehrsunfall auf der Umgehungsstraße zu bedienen und andrerseits, meist auf der ersten und letzten Seite, Reize und Schrecken der großen weiten Welt da draußen blitzlichtartig zu erhellen haben, etwa mit Fotos von Vorgängen in der Uno, Naturkatastrophen oder Hollywoodschauspielern an der Reling auslaufender Schiffe.

Im Dezember des vergangenen Jahres – die Titelseite brachte einen Kommentar zum »Abenteuer Großfusion« – bildete die Redaktion »Wirtschaft und Soziales« einen von Tannenzapfen umsäumten, bebrillten und schnauzbärtigen Männerkopf ab und informierte die Leserschaft über einen unerhörten Vorgang: »Zapfenstieg. Im Wipfel einer Fichte erntet Baumpfleger Jonas Guckuck Zapfen zur Gewinnung von Saatgut. Wie hier in den Thüringer Wäldern bei Tabarz sind derzeit in ganz Deutschland Zapfensteiger mit der Ernte beschäftigt. Zu DDR-Zeiten gehörte Guckuck zu den wenigen professionellen Zapfensteigern des Forstes. Heute steigt er vorwiegend im Auftrag von privaten Waldbesitzern auf die Bäume.« Mit einer Auflage von ca. 70.000 Stück ging diese brisante Bild-Nachricht in die Welt des ominösen Zonendödels, der mit derlei offenbar nach wie vor behelligt werden kann.

Daß Bilder in Zeitungen etwas bedeuten und gar für Authentizität, Wahrheit, Zusammenhänge einstehen können, glaubt in moderneren Presseerzeugnissen niemand mehr. Fotos dienen hier in der Regel dazu, Kontexte zu komplettieren, zu kommentieren, das Layout zu ordnen, und weil sie nichts anderes mehr verbürgen als den Zweck ihrer Inszenierung, sind sie nicht selten mit despektierlichen oder ironischen Bildzeilen bestückt. Die letzten Fotos, deren Nachrichtenwert unbestritten war, stammen etwa aus dem Vietnamkrieg, und seither liefert ausschließlich das Fernsehen elementare Bilder vom Geschehen – mit auch schon rasant abnehmender Glaubwürdigkeit. Der Rodney-King-Film, Auslöser der *riots* in Los Angeles, dürfte die vielleicht letzte Bildfolge gewesen sein, die ein Ereignis zu beglaubigen vermochte. Die kaum zu leugnende Entwertung des Bildes durch das Fernsehen sollte auch für eine Zeitung, die laut Eigenwerbung »täglich niveauvoll-kritischen Journalismus« abliefern will, nicht ganz unerheblich sein. Ihr zu begegnen gäbe es verschiedene, durchaus marktgängige Möglichkeiten der Skandalisierung (»Bild«, Boulevard), Ironisierung (»Spiegel«) oder Dekontextualisierung (»Taz«) – das »ND« hat sich entschlossen, sie wie nichts Gutes zu ignorieren und weiterhin die

Sehgewohnheiten eines Publikums zu bedienen, dessen Sehnsucht nach einer heilen Welt durch die Inkongruenz von Bildern und Texten nicht beschädigt werden soll. Im Januar dieses Jahres brachte die Zeitung neben der leicht mirakulösen Überschrift »Eulen obdachlos. Inzucht und fehlende Brutmöglichkeiten« eine dreispaltige Großaufnahme eines Uhus mit der Bildunterschrift: »Dieser Uhu wurde in der Vogelschutzwarte Seebach nahe Mühlhausen (Thüringen) abgelichtet.« Es handelt sich hier um ein Ideal-Arrangement: Ein ostdeutscher Vogel, der natürlich nicht bloß fotografiert, sondern »abgelichtet« wurde, neben einem ihm gewidmeten Text, der ergreifend die Alltagssorgen des Landsmannes schildert. Zudem legt der eher im kommunalen Bereich beheimatete Terminus »obdachlos« die allseits fürsorgliche Bereitschaft von Zeitung und Leserschaft nahe, sich Kreaturen anzunehmen, die andernorts unbeachtet durchs soziale Netz fallen – ostdeutschen Kreaturen wohlgemerkt. Ihnen gilt die ganze Aufmerksamkeit der Redaktion, sie durch die Fährnisse und Beuteleien des ostdeutschen Alltags zu begleiten ist dieses Blattes Sinn und Auftrag. Das Motto der Zeitung heißt deshalb treffend: »Weltoffen und ostgemacht, / seriös und für Denker gedacht.« Gereimt wird auch ostdeutsch.

Trotz des mittlerweile modernisierten und allseitige Pluralität signalisierenden Layouts – allein die Titelseite bietet vierzehn verschiedene Schrifttypen und -größen auf – besteht die Mehrzahl der über die Seiten verstreuten Fotografien aus quasi paßbildgerechten und kreuzbraven Aufnahmen, respektvollen Porträts von Leuten, deren Autorität durch die Darstellung wenn nicht bekräftigt, so doch partout nicht unterminiert werden soll, seien sie nun Rechtsradikale, Vertreter der Atomwirtschaft oder neugewählte »geschlechtsoffene« dritte Stellvertreter des PDS-Vorsitzenden. Die Zeile unter allen diesen Bildchen könnte lauten: »Menschen wie wir / Menschen unter uns«. Der Führer immerhin, im November vergangenen Jahres aus Anlaß des Hitler-Ludendorff-Putsches in schon Mitleid erheischender Rednerpose »abgelichtet«, verlangt eine etwas ausführlichere Bildzeile: »Einsam hält Hitler auf dem Marsfeld in München eine Rede; zehn Jahre später strömten Massen herbei, wenn der ›Führer‹ sprach. Wie wäre die deutsche und europäische Geschichte verlaufen, hätte man in Weimarer Zeit das Gebot ›Wehret den Anfängen!‹ beherzigt?« Es gibt Fragen, die ihre geistige Bedürftigkeit mit weniger Vehemenz ausstellen.

Daß die Geschichte bei Befolgung entsprechender Spruchweisheiten anders verlaufen wäre, daran glauben die Macher der Zeitung ebenso fest wie an das Bild. Eine Rubrik, genannt »moment«, ist ausschließlich der scharfsichtigen Bildbeschreibung und -auslegung gewidmet. Hier kommen Fotos »mit Anspruch« zum Einsatz, mal einen Clown auf einem Rummel, mal einen Asphaltflecken, mal eine Spaziergängerin im Park zeigend, Kunstgewerbe-Aufnahmen, die der zuständige Redakteur Hans-Dieter Schütt (Kürzel: »Hades«) mit tieflotenden, ausgreifenden Texten versieht, Mini-Essays, die es nicht bei der einfachen Bildinterpretation belassen, sondern sich zu regelrechten Spruchdichtungen aufgipfeln. Der erwähnte Straßenfleck animierte Schütt zu einem furiosen, jede Kaffeesatzleserei, die Prophezeiung der Creek-Indianer und *Die Ästhetik des Widerstandes* weit hinter sich lassenden Mahnschreiben. »Dieses Foto nimmt die Zukunft vorweg. Nur ein Flecken Asphalt erinnert, und dies gewiß zufällig, an einen Baum. Vielleicht rief wegen solcher Perspektiven die UNESCO einen ›Tag des Stadtbaumes‹ aus. Bäume: unbegründetes Dasein. Sie strahlen eine Kraft aus, die anders ist als jene der Tiere oder der Steine. Da ist nicht diese mineralische Bewußtlosigkeit, da ist aber auch nicht jenes tierische Schweigen, dem der sprechende Mensch verwandt und zugleich fremd gegenübertritt. Bei keinem Wesen sind Leben, Dauer und räumliche Ausdehnung so offensichtlich Gestalt geworden. Ihre Beständigkeit ist illusionslos, daher wahr. Sie bilden ihre Körper aus, unbekümmert darum, wen sie dann eines Tages beschirmen. Weil sie lange vor uns da waren, übernahmen wir ihre Sprache. Von ihnen wissen wir, daß Menschen Wurzeln schlagen, aufblühen, entwurzelt werden. Lediglich in den Städten teilen sie unmittelbar das Schicksal der Menschen: Sie sind meist schüttere Wipfelchen über mannshohen Eisengittern, die den Stamm umschließen. Aus Bäumen wurden Schatten von Bäumen. Nur weil sie sich duckten, brachten sie ihre Wahrheit durch ... Alt wie ein Baum möchte ich werden? Was der Mensch in Liedern träumt – selbst Bäume laufen Gefahr, es nicht zu erreichen. Es sei denn, wir lernen doch noch das Aufbäumen.« Dann wäre wieder alles paletti.

Schütts Sermon verwandt, aber noch eine Spur serviler in der Auslegung und appellativer in der moralischen Pointe, ist der Besinnungsstuß seiner Kollegin Christina Matte, die am 10. Dezember 1998 auf der Titelseite (!) neben der aufrüttelnden Headline »Menschenrechte: Welt ist noch weit entfernt von Idealen« zur Bildbeschreibung aufläuft. »Der Fotograf sah sie auf dem Markt von Phnom Penh: zwei Menschen. Einer hat Beine, der andere nicht. Der mit Beinen ist Ausländer. Der ohne Beine heißt Bour Chann, 1987 trat er auf eine Landmine. Er schaut den Mann, der noch Beine hat, an. Er lächelt. Der andere, der möglicherweise aus dem Land kommt, das die Mine legte, fühlt sich belästigt. Er benutzt seine Beine, um schneller zu gehen. Zwei Menschen. Zufällig fotografiert an einem beliebigen Tag dieses Jahres. Heute ist kein beliebiger Tag: Vor 50 Jahren verabschiedeten die UN ihre Menschenrechtserklärung, wir begehen den Tag der Menschenrechte. An diesem Tag hätte der Mann mit Beinen jenem, der seine Beine verlor, vielleicht einen Dollar gegeben. Welch eine Welt, die uns kalendarisch an Gewissen erinnern muß.«

Abgesehen von der Frage, was gewonnen wäre, wenn der »Mann mit Beinen« dem »ohne Beine« jeden Tag einen Dollar spendierte, und abgesehen davon, daß der »Mann mit Beinen« Arzt sein, fünfzig Kinderpatenschaften in Afrika unterhalten oder als ehemaliger »ND«-Korrespondent in Kambodscha weilen könnte, überrascht die Schlußwendung doch. Denn eine Welt, die »uns« an Gewissen erinnert, kann so schlecht eigentlich nicht sein. Dekonstruiert man diese Kommentare und die

übrigen, den Uhu-Text, die Tannenzapfenpartie oder Schütts Anmutungen, stößt man auf die erbärmliche Welt des ostdeutschen Gefühlssozialisten und Wendeopfers, die bedroht ist und in der, nur wenige Spezialisten ausgenommen, Ausländer das Sagen haben, eine Welt, in der er, wie die Natur wegen Inzucht und fehlender Brutmöglichkeiten, wie der Baum wegen mangelnden Aufbäumens, auf der Strecke bleiben und nur hoffen kann, daß das erbärmliche Bild, das er abgibt, ein bißchen mehr Zuwendung zu erreichen vermöchte.

Daher verzichtet die Redaktion selbst auf einfache Formen der Bildbearbeitung – etwa die Fixierung von Details, Anschnitte, Ausschnitte; von Retuschen, im alten Zentralorgan hin und wieder vorgenommen, ganz zu schweigen – , als wären diese nicht statthaft, als könnte damit die Reinheit ihrer Fürbitten befleckt werden. Sonderbare Wende: Als die Bilder noch etwas bedeuteten, retuschierte man sie ohne Skrupel, und jetzt, da Verfahren der Bildbearbeitung gang und gäbe sind, scheut man davor zurück.

Allein, der Widerspruch zwischen der mönchischen Zurückhaltung heute und der propagandistischen Laubsägenarbeit damals ist nur ein scheinbarer. Der unerschütterliche Glaube ans Bild und an seine Wirkmächtigkeit hat sich, den Wendewirren und dem Abhandenkommen des zuständigen Staates zum Trotz, akkurat erhalten. Erhoben die kühnen Manipulationen das SED-Zentralorgan seinerzeit zur »Waffe im politischen Kampf«, so macht der jetzige Kinderglaube an die Kraft des »Objektiven«, an die Authentizität eines gleichsam zu jedem sprechenden Ausschnitts der Wirklichkeit, das »ND« zu einer Verheißung für seine Leser. Sie verspricht Erkenntnis statt Ideologie, Angemessenheit statt Anmaßung, Gerechtigkeit statt Recht. »ND«-Autoren und Leser sind Aufrechte, in den Kämpfen der Zeit aufrecht Gebliebene, Unbeugsame, welche die Wahrheit ausgerechnet in einer, ihrer Zeitung zu finden hoffen. Am Tag der Revolution werden sie wegen Sentimentalität erschossen werden.

Die Kehrseite der Devotion gegenüber dem Bild ist der völlige Verzicht auf Humor, Witz, Ironie. Komik hat die Zeitung nicht zu bieten, jedenfalls keine freiwillige. Ende Dezember illustrierte die Redaktion Anmerkungen von Gregor Gysi zur »Jahreswende« mit dem nachdenklichen Porträt des Autors neben Herta Däubler-Gmelin. Bildzeile: »Bundesbürger aus zwei Staaten: Gregor Gysi und Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD)«. Wer sagt, das »Neue Deutschland« sei so interessant wie die Zeitung von gestern, irrt. Das »ND« ist allem Anschein nach so interessant wie die Zeitung aus einem schon länger zurückliegenden Jahrzehnt.

Vorabdruck aus dem von Klaus Bittermann und Jürgen Roth herausgegebenen Buch *Journalismus als Eiertanz* (Edition Tiamat), das in diesen Tagen erscheint

---

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 3/99 über das Jüdische Museum in Berlin

Konkret 04/99, S. 40

Rayk Wieland

Osch- vs. Spickermann

Daß es im Leben Alternativen gäbe, wird meist von Leuten behauptet, die auch wählen gehen und finden, daß kein Ei dem andern gleicht. Ob sie Bier aus grünen oder braunen Flaschen trinken, Schach mit dem Turm oder der Dame geben, zuletzt erschossen werden oder aufgehängt, ist für sie tatsächlich eine Alternative, eine Frage der Entscheidung. Wie Morgenstern und Abendstern halten sich derlei Skrupulositäten in der Welt, dabei sind es nur die wenigsten dieser Entscheidungen, die mit Bedacht und Verantwortung getroffen sein wollen, weil sie merkliche, gravierende Folgen etwa für Lebensqualität oder Erkenntnisvermögen haben.

Eine dieser sog. Alternativen, die keine genannt zu werden verdienten, steckt in der Frage, ob Rainer Oschmann oder aber Wolfgang Spickermann an der Spitze der Redaktion des »Neuen Deutschland« stehen soll. Das Blatt steckt in der Krise, die Auflage

(z. Z. 63.000) geht zurück, in der Redaktion herrscht, einem internen Papier zufolge, »Reformstau«. Anfang März sind Chefredakteur Oschmann und seine Stellvertreter, Brigitte Zimmermann und Gerd Prokot, zurückgetreten, und seither hat Spickermann, der allerdings zuvor schon seine Kündigung als Geschäftsführer des Verlages eingereicht hatte, kommissarisch die Leitung der Redaktion inne. In der tobt, allem Anschein nach, ein »Kampf zweier Linien« (»Taz«). Spickermann will die Zeitung wieder näher an die Leser rücken, das »ND« solle sich mehr auf die Politik (der PDS) konzentrieren, da die Unterhaltungsseiten kaum gelesen würden. Dagegen sperrt sich Oschmann, der für ein »linkes, aber pluralistisches Blatt« (Oschmann) einsteht und weiter Debatten darüber, »wie national die Linke sein muß«, abhalten möchte. Sieh an, eine ehemalige kommunistische Parteizeitung muß nicht unbedingt auf den Hund kommen. Sie kann auch auf zwei Hunde kommen.

Die Wahl zwischen den beiden obliegt der PDS, die Gesellschafterin der Zeitung ist und sie in erheblichem Umfang bezuschußt, ansonsten aber peinlich Wert darauf legt, keinerlei Einfluß auf das Zentralorgan zu nehmen. »Wir benennen«, sagt Parteisprecher Hanno Harnisch, lediglich »Geschäftsführung und Chefredaktion«. Man kann sich eine leichtere und angenehmere Nichteinflußnahme vorstellen. Entscheiden tut weh.

Konkret 04/99, S. 40

Stefan Wirner

Wiese der Wurtigkeiten »Ossis, kauft nicht bei Wessis!«

Was die »Sozialistische Tageszeitung«, die sich »Neues Deutschland« nennt, ihren Lesern verspricht und was diese sich vom Zentralorgan a. D. versprechen. Marginalien von Rayk Wieland und Stefan Wirner

»Er stigmatisiert die Ostdeutschen in einer Weise, wie es andere bayerische Politiker vor einem Dreivierteljahrhundert mit den Juden begannen.« So äußerte sich Rolf Kutzmutz, Bundestagsabgeordneter der PDS, über den bayerischen Staatsminister Erwin Huber (CSU), der gefordert hatte, keine Transfergelder mehr in jene ostdeutschen Bundesländer zu überweisen, in denen die SPD zusammen mit der PDS den neuen Sozialismus aufbaue. So populistisch und absurd Hubers Forderung auch klingt, die Äußerung von Kutzmutz steht ihr in nichts nach. Kutzmutz meint, was er sagt. Er bedient exakt jenen Identitätswahn, der in Ostdeutschland schon seit längerem um sich greift und von der PDS politisch benützt und unterstützt wird.

Im Osten fühlt man sich gerne als Opfer. Schon kurz nach dem Mauerfall war die Stupidität dieses imaginierten Opfer-Seins offenkundig, wenn 35jährige meinten: »Vierzig Jahre sind wir betrogen worden.« Inzwischen fühlt man sich als Opfer der Wiedervereinigungspolitik, eines ungezügelten Kapitalismus und westlicher Arroganz und Bevormundung. Die Äußerung von Kutzmutz stellt einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar: Die Ossis als die Juden des wiedervereinigten Deutschlands. Dieses Bild bekommt jedoch einige Risse, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie 1996 ein ganzes brandenburgisches Dorf, Gollwitz, sich gegen den Zuzug jüdischer Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion zur Wehr setzte – zusammen mit der PDS, die in einer Kreistagsresolution das »berechtigte Verlangen der Gollwitzer Gemeindevertreter, bei der Nutzung des sogenannten Herrenhauses ihre Interessen mit zu wahren«, unterstützte. Geschändete jüdische Friedhöfe, ein Brandanschlag auf das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, Übergriffe gegen Ausländer, brennende Asylbewerberheime – verhalten sich so Opfer?

Wer wissen will, wie ein nicht geringer Teil von Ostdeutschen – nämlich die PDS-Wähler und -Sympathisanten – denkt, muß die Leserbriefe im »Neuen Deutschland« lesen. Hier äußert sich das Spektrum rund um die PDS zu aktuellen politischen Fragen und vor allem zum Thema Osten. Im Dezember 1998 waren es folgende Themen, die von den »ND«-Leserinnen und -lesern bevorzugt aufgegriffen wurden: Es ging um das Fernsehspiel »Der dritte Weltkrieg« von Guido Knopp im ZDF ebenso wie um den Fall Daniela Dahn, um die Walser-Debatte und um den Osten im allgemeinen.

Beherrschendes Thema aber war die Bombardierung des Irak durch die USA und Großbritannien, Briefe hierzu füllten die tägliche Leserbriefspalte und eine Leserbrief-Sonderseite am 23.12.98 unter dem Motto: »›Hier zeigt sich Imperialismus pur‹ – ›ND‹-Leser verurteilen Aggressionsakt der USA und Großbritanniens gegen Irak«. Es verwundert kaum, daß zu diesem Thema die meisten Zuschriften eingegangen sind, schließlich legen die PDS und ihre Wählerschaft Wert auf Antimilitarismus. Auffällig an den Leserbriefen ist die anti-amerikanische Haltung und der Versuch, über die Kritik des Bombardements die deutsche Geschichte zu relativieren. So werden vor allem die USA, aber auch Großbritannien als »Kriegsbrandstifter« und »Verbrecherclique« bezeichnet , es ist die Rede von »internationalem Terrorismus«, und mit dem Begriff »Völkermord« wirft man nur so um sich. Schlecht weg kommen auch der »Minenhund Butler« und die »Blutgrätsche von Fischer«.

Verschwörungstheoretische Konnotationen erhält das Ganze im Verweis auf unbestimmte »Hintermänner«. Ein Leserbriefschreiber fordert: »Wir Deutschen sollten nicht noch einmal zu willigen Vollstreckern einer Verbrecherclique werden.« Das Wort von den »willigen Vollstreckern« stammt, wie bekannt, von Daniel Goldhagen. Er meinte damit die deutschen Mörder, die im »Dritten Reich« an Folterungen, Erschießungen und Vergasungen von Juden beteiligt waren. So werden das amerikanische Militär und seine politische Führung mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt, ungeachtet der antisemitischen Propaganda, die Saddam Hussein während des Bombardements entfaltete. Noch klarer wird der Wunsch, die deutsche Geschichte zu relativieren, in Zeilen wie diesen: »Protest gegen diesen Akt internationalen Terrorismus. Als Kind habe ich selbst erlebt, was Bombenangriffe für Zivilisten bedeuten. Ich stamme aus Dresden.« Oder an anderer Stelle: »Die Deutschen und auch die Initiatoren des zweiten ›Golfkrieges‹ sollten sich an die über 100.000 Toten von Coventry, Dresden, Hamburg, Köln und Stuttgart erinnern. Auch diese waren so unschuldig wie jetzt die irakische Bevölkerung.« Unabhängig davon, wie man zur US-amerikanischen Irak-Politik stehen mag, die Bevölkerung von Dresden, Hamburg, Köln und Stuttgart als so unschuldig wie die irakische Bevölkerung zu bezeichnen, ist Geschichtsrevisionismus. Auch aus den oben genannten deutschen Städten fuhren Soldaten los, um Europa zu erobern und den Weg freizumachen für die Durchführung des Holocausts. Diese Städte sind bombardiert worden, um Hitler-Deutschland zu besiegen, indes die Vernichtung Coventrys Teil des deutschen Angriffskrieges war.

Dresden aber ist inzwischen zu einer Art »Mahnmal für die Verbrechen der Alliierten« geworden. Daß weder die deutsche Führung noch das deutsche Volk zur Kapitulation bereit war, vielmehr bis zum Ende auf ein Wunder gehofft und selbst Berlin noch Straße für Straße verteidigt hatte, wird unterschlagen. Die ehemaligen Befreier werden nun zur Bedrohung für »unser Land«: »Ich fordere, daß Deutschland unverzüglich aus der Nato austritt und den Abzug aller amerikanischen und britischen Militärs und Waffen veranlaßt, da sie für unser Land eine Bedrohung sind.« Teilweise wird die Argumentation völkisch geführt: Durchweg ist die Rede vom unschuldigen irakischen Volk, von wehrlosen Frauen und Kindern, die Opfer eines verbrecherischen Krieges werden. Auf der anderen Seite: »Die Geschichte der USA ist mit Verbrechen verbunden, für deren Ausübung der deutsche faschistische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg durch ein Völkertribunal rechtmäßig verurteilt wurde.« Soll heißen: Die Amis sind die Faschisten von heute und müßten in einer Art »Nürnberger Prozeß« abgeurteilt werden. Verschämt-obszöne Anspielungen auf die Clinton-Lewinsky-Affäre runden das Bild ab: Dieser Krieg »wird vielmehr als erster Monica-Lewinsky-Bums-Krieg in die Geschichte eingehen«; »nicht wegen dummen Samenspuren – wegen Blutspuren soll man ihn absetzen!«

Was hier deutlich wird, ist der gewohnte Anti-Amerikanismus von Teilen der deutschen Linken. In der Kritik und Verurteilung der USA befestigt der PDS-Sympathisant aus dem Osten seine Identität, das nebulöse Konstrukt aus Vergangenheitsverklärung und Ressentiments gegen eine westliche Kultur, die eine völlige Teilhabe nicht gestatte. Dieser Wunsch nach Herstellung von Identität wird in Zuschriften zu allen oben genannten Themen offensichtlich. So in einem Brief von Hermann Kant zum Thema Walser. Kant kritisiert zwar einen antisemitischen Augstein-Kommentar aus dem »Spiegel«, verwahrt sich aber am Ende des Briefes gegen eine Kritik am Antifaschismus der DDR. Die »ND«-Redakteurin Irmtraud Gutschke hatte geschrieben: »Wir im Osten haben es uns sowieso leicht gemacht, indem wir uns als Erben der Antifaschisten fühlten.« Kant geht das zu weit: »Von dieser Generalbehauptung bis zur Zwecklegende vom ›verordneten Antifaschismus‹ ist es nur ein paar Wörtchen weit.« Sicher ist die Rede vom »verordneten Antifaschismus« zurückzuweisen, aber Kritik an einem antifaschistischen Selbstverständnis, das häufig über sein identitätsstiftendes Moment nicht hinaus gelangte, muß möglich sein.

Sein Identitätsgefühl ermuntert an anderer Stelle einen Leser, den Vorwurf antisemitischer Tendenzen im Osten (anläßlich der Sprengung des Grabes von Heinz Galinski) mit folgenden Worten zu kontern: »Nun heult die Betroffenheitsmeute wieder auf ... Sie haben die Fährten der latenten Antisemiten und geistigen Brandstifter aufgenommen. Und wo finden sie die schlimmsten Ausländerfeinde, Rechtsradikalen, Neonazis ... usw.? Natürlich in den Ländern der ehemaligen DDR.« In der Folge macht er die Diskussion über den gegenwärtigen Antisemitismus für den Antisemitismus verantwortlich: »Eine kritische Öffentlichkeit hat gerade angesichts permanenter Manipulation und Volksverdummung die nicht leichte Aufgabe, dem unreflektierten Vorwurf des ›Antisemitismus‹ sachlich entgegenzutreten, damit vorhandene antijüdische Ressentiments nicht zu einer politikmächtigen Stimmung in unserem Lande aufgerührt werden.« Als Argumentationshilfe dient ihm ein antisemitisches Zitat von Karl Marx: »›Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.‹« Der »ND-Leser schließt: »Darüber müssen wir frei und offen reden dürfen.« Eine Betroffenheitsmeute mit unreflektierten Vorwürfen hindert »uns« also daran, frei und offen zu reden. Und zwar darüber, daß der Westen und die Juden schuld sind am Antisemitismus im Osten.

Egal bei welchem Thema, der ostdeutsche Opfermythos, der letztlich nur eine Spielart des alldeutschen Opfermythos darstellt, dringt immer wieder durch. Auch der Fall Dahn wird mit der Nazizeit verglichen. Die Schriftstellerin Daniela Dahn war von der PDS als Verfassungsrichterin im Lande Brandenburg vorgeschlagen worden, von der SPD allerdings abgelehnt worden. Ein Leser meint dazu: »Oder soll erneut ein Volk von naiven Mitläufern widerspruchslos Ungerechtigkeiten abnicken? Unerträglich ist ohnehin die unerbetene Rolle bestimmter Wessis als Moralapostel.« Die Ost-Identität immunisiert gegen jede Form von Kritik. Was bedeutet es, daß »erneut« Ungerechtigkeiten abgenickt werden sollen? Heute Dahn, damals Auschwitz? Bautzen? Oder was? Ein anderer Leserbriefschreiber spricht gleich von der »Gleichschaltungsformel vom DDR-Unrecht«. Ein Dritter meint kurz und bündig zum Thema: »Das hatten wir schon.«

Bereits auf sprachlicher Ebene wird in vielen Briefen die Sehnsucht nach Identität sichtbar im Gebrauch des alle vereinenden »wir« und »uns«, in so fantastischen Formulierungen wie: »uns Ost-Volk«, »wir Sachsen«, »unser Oberbürgermeister«, »unsere Landesfürsten« usw. Die Hierarchie gestaltet sich dabei so: Ganz unten angefangen bei »uns im Osten«, ist auf der nächsten Stufe die Rede vom (deutschen) »Volk« allgemein, an der Spitze steht der »obere Teil des Volkes«. In keiner der drei Kategorien allerdings sind ausländische Bürger mitgedacht. So viel vom Antifaschismus die Rede ist, so wenig vom Antirassismus. Die Identitätskategorien dienen der Befestigung des Wir-Gefühls und der Ausgrenzung des Anderen. Dabei gibt es sogar schlechte Deutsche, die kein deutsch sprechen, zumindest für einen Leser, der sich über neueste Tendenzen in der deutschen Sprache aufregt: »Ob diese Deutschen je deutsch in Schule oder Uni hatten? Schenkt ihnen Weihnachten einen *Duden*.« Solche Bewahrer der deutschen Sprache wenden sich des öfteren ans »ND«, meist polemisieren sie gegen den Gebrauch von Anglizismen.

Am schönsten und traurigsten kommt der Wunsch, ganz deutscher Ostler zu sein, in einem Leserbrief zum Ausdruck, den das »ND« am 24.12.98 veröffentlicht hat: »Einen ganz wichtigen Wunsch habe ich für das nächste Jahr. Schreibt, daß wir,

wer denn sonst, viel mehr Ostprodukte kaufen sollten. Beschämend zu sehen, was meine alten Freunde in ihren Einkaufskörben nach Hause tragen.« Damit hat sich der Identitätskreis geschlossen. Hieß es 1990 noch: »Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr«, so heißt es jetzt: »Ossis, kauft nicht bei Wessis!« Und beim türkischen Lebensmittelhändler sowieso nicht.

Stefan Wirner lebt als freier Autor in Berlin

Konkret 04/99, S. 43

J□ rgen Els□ sser

Latten und Pr□ gel

□ ber Klaus Theweleits kurzen Lehrgang zur Massenpsychologie des hilflosen Antifaschismus

Irgendwann im Sommer 1997 wurde der Klassenfeind möglicherweise entscheidend geschlagen. Die Gefechte, die sich wochenlang quer durch autonome Wohngemeinschaften und Kampfkollektive zogen, hatten sich an einem »unschönen und wohl auch sexistisch zu nennenden Übergriff« entzündet – oder was der durchschnittliche Autonome dafür hält. In diesem Fall hatte die Gewalttat darin bestanden, daß ein Genosse seine Morgenerektion versuchsweise am Schenkel seiner Lebensabschnittsgefährtin gerieben und alsdann bei dieser höflich (»Jetzt wird nicht mehr geschlafen!«) um Fortsetzung der Aktivität nachgesucht hatte. Er erhielt abschlägigen Bescheid und rollte sich dann füglich wieder auf die Seite. Das nützte ihm aber nichts: Die Anklageschrift, veröffentlicht im Berliner Szene-Blatt »Interim«, sprach dennoch wechselweise von »sexueller Attacke auf eine Schlafende« bzw. von »Vergewaltigung«. Die Verurteilung durch das autonome Kiezgericht war dann nur noch Formsache.

Klaus Theweleits »leicht inkorrekte Vorträge« würden vor diesen Tugendwächtern wohl schwerlich Gnade finden. Immerhin hat er dort von den positiven Wirkungen einer »lustvollen Sexualität« geschrieben, »die nicht leugnet, auf dem Grad zur gewalttätigen zu balancieren. Die Gewalt muß hervorgeholt werden, um verwandelt werden zu können.« Dieser Befund ist Teil einer ziemlich anregenden Anamnese der Neuen Linken, die immer wieder um das Thema kreist, das Theweleit seit den »Männerphantasien« beschäftigt: Wie die Zurichtung der Körper die Individuen auch politisch formt und wie ein Aufbrechen der physischen Panzerungen neben dem Fühlen auch das Denken befreit. Die Verkümmerung des antiautoritären Aufbruches von 1967/68 in den K-Gruppen der siebziger Jahre konzentriert sich für ihn im unterschiedlichen Verhältnis zum eigenen Körper und dessen (Ent-)Spannungen.

Den Nationalsozialismus interpretiert Theweleit unter anderem als Kampf gegen die sexuelle Libertinage. Den Nazis sei es darum gegangen, »das Land von der □falschen Sexualität□, mit der es spätestens seit den 20ern überzogen war, zu befreien, anstelle der □jüdischen□ eine andere Form von Sexualität, die deutsche, zu setzen, diesen ganzen Komplex von aufstrebender Weltmacht, Herrenrasse, die Durchdringung ihrer Körper mit aufgegeilter Welteroberungserwartung ...« Die tendenzielle Ersetzung von Sexualität durch Gewalt sowie die Anschmiegung an Macht als Quelle von Lustgefühlen prägten das Unbewußte der NS-Generation – selbstverständlich über den 8. Mai 1945 hinaus. Gegen diese »Codierung« rebellierten die Teenager der sechziger Jahre – den »Muff der tausend Jahre« rochen sie zuerst in der Unterwäsche der Eltern. »Das kriegte man mit als Heranwachsender in den 50er/60er Jahren, und man wollte unter allen Umständen, das war überhaupt das Lebensziel Nummer 1, eine andere Sexualität entwickeln. ... Und man würde nicht so werden wie diese Alten, verklemmt, bösartig in ihrer Mischung aus Sauberkeitsmoral und politischem Dreck, den sie überall auf der Welt angerichtet sahen durch alle und jeden, bloß nicht durch sie selber.«

In den siebziger Jahren kam der Backlash: »Nicht mehr die Annäherungen liefen jetzt über das Sexuelle, sondern die Kräche. ... Im populär gewordenen Schreck-Begriff des □Penetrierens□ steckt dies genau. Er wehrt ja nicht einfach □das Sexuelle□ ab, sondern den (Hetero-)Sexualakt als nicht abtrennbar von Gewaltakten.« Was war die Ursache dieses Paradigmenwechsels? Warum wurde (Hetero-)Sexualität, in den sechziger Jahren noch zum Abbau der vom Faschismus ererbten Gewaltpotentiale im Körper funktionalisiert, nun selbst mit Gewalt, teilweise gar mit Faschismus in Zusammenhang gebracht? Theweleit liefert zwei Erklärungsansätze: Zum einen war die sexuelle Befreiung von vielen »grobianisiert« worden. Zum zweiten und im Zusammenhang damit wurde sie schließlich auch von genau denen entdeckt, gegen die sie ursprünglich gerichtet war: Die Spießer fanden mit Oswalt Kolle und den Schulmädchenreports eine neue Möglichkeit, das Nachdenken über ihre verbrecherischen Biographien zu verdrängen.

Wie die Sexualität alle zehn bis fünfzehn Jahre neu definiert wurde, so wechselten auch die Aggregatformen der politischen und kulturellen Bewegungen: Die »Massen« der sechziger Jahre boten das ideale Milieu zur Zerstörung der Körpergefängnisse, in den eher soldatisch-disziplinierten »Blöcken« der K-Gruppen wurden sie in den siebziger Jahren von neuem errichtet. Als dritter Weg zwischen sexueller Revolution und Konterrevolution ist seit einigen Jahren eine narzißtische Tele-, Internet- und Autoerotik en vogue, für die Intimität mit anderen Menschen nicht mehr erforderlich ist. Die Millionen, die sich in Sehnsucht nach Diana Spencer oder Verona Feldbusch verzehren, kommen nicht in der Realität zusammen, sondern zelebrieren ihre Gemeinsamkeit via TV. Die »Serien-Menschen« bilden keine Massen, sondern virtuelle »Ketten« – für Theweleit eher beruhigend, da dies »Entleerung vom Ideologie-Schrott, vom Partei-Schrott, vom Individual-Schrott« bedeute, ergo »gewaltfrei« sei.

Gibt es also auch in der Körperpolitik ein glückliches »Ende der Geschichte« (Fukuyama)? Hier hat Theweleit seinen Ansatz nicht konsequent zu Ende gedacht. Wenn denn seine von Deleuze/Guattari übernommene These stimmt, daß faschistische Organisationsformen ihre Kraft aus einer »Übercodierung« verfallender Codes beziehen, und wenn weiterhin

seine eigene Beobachtung stimmt, daß die tradierten deutschen Codes von Körper und Sex durch die Libertinage seit den sechziger Jahren ganz entscheidend geschwächt worden sind, dann muß man genau auf diesem Gebiet mit einem Gegenangriff von rechts rechnen. In der Tat haben rechtsradikale Orientierungen den stärksten Anhang in einer Bevölkerungsgruppe, die mit Sexualität große Probleme hat – die Jugendlichen in den neuen Bundesländern. So macht eine im Sommer 1998 veröffentliche Untersuchung der »Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung« – befragt wurden 1.800 Jugendliche in den alten und 1.200 in den neuen Bundesländern – deutlich, daß bei den Teenagern im Osten sexuelle Ängste weitaus stärker verbreitet sind als im Westen. Auf allen Gebieten – Lustempfinden beim Onanieren und beim Petting, Durchschnittsalter und Genußfähigkeit beim »ersten Mal«, Partnerwechsel und Schuldgefühle – fallen die Ost-Kids »um mehr oder weniger Prozentpunkte« (BzgA) hinter ihre Altersgenossen im Westen zurück. Was in dieser Konstellation passiert, hat Theweleit glänzend – wenn auch leider nicht mit Bezug auf die aktuelle (ost-)deutsche Situation – beschrieben: »Um Energieströme geht es ... hier, aber um behinderte, gestaute, die sich ihr Bett ohne Rücksicht auf Zerstörung suchen. ... So stehen □auflösenden□ Massen, deren Entladung auf eine Befreiung zusteuert, ausradierende Massenformationen, die sich in ihrer Entladung (das ist meist: die Tötung anderer) selber unterdrücken, gegenüber.« Der tendenzielle Fall der Orgasmusrate und die steigende Zahl von aggressiv eingesetzten Ersatz-Phalli in Form von Baseballschlägern gehören also zusammen – es geht um die faschistische Übercodierung verfallender Codes. Gegen die sexuelle Konterrevolution wäre Theweleits Hinweis, »daß es in der Politik der Körper allein die Wiederaufnahme der von den Nazis unterbrochenen sexuellen Emanzipation ist, die den Nazismus auslöschen kann«, produktiv zu machen. Leider haben, wie eingangs gezeigt, gerade die aktivsten Teile der Antifa-Bewegung eher das Gegenteil im Sinn.

Klaus Theweleit: *Ghosts. Drei leicht inkorrekte Vorträge.* Stroemfeld, Frankfurt a.M./Basel 1998, 255 Seiten, 39,80 Mark

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): *Sexualität und Kontrazeption aus der Sicht der Jugendlichen und ihrer Eltern: eine repräsentative Studie im Auftrag der BzgA.* Köln 1998, 394 Seiten

---

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 3/99 über die Geburt der UCK aus der albanischen Mafia

Konkret 04/99, S. 44

Rolf Surmann

»... zum Schweigen gebracht«

Wie die Bundesrepublik mit Entschädigungsforderungen von NS-Opfern umspringt. Das Beispiel Griechenland

»Die Initiative der Unternehmen verfolgt drei Ziele: Eine Antwort auf moralische Verantwortung deutscher Unternehmen aus den Bereichen der Zwangsarbeiter-Beschäftigung, der Arisierung und anderen Unrechts aus der Zeit der NS-Herrschaft zu geben, aus diesem Verständnis der NS-Vergangenheit humanitäre und zukunftsweisende Projekte zu fördern und dadurch eine Grundlage zu schaffen, um Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen.« So lauten die Kernsätze einer gemeinsamen Erklärung von zehn Industriekonzernen, Dresdner und Deutscher Bank, der Allianz sowie dem Bundeskanzler. Wichtig ist bekanntlich vor allem der letzte Punkt: Den finanziell schwer kalkulierbaren Sammelklagen soll begegnet und freie Bahn für die Fusion von Deutscher Bank und Bankers Trust geschaffen werden. Denn am 21. Januar hatte die Deutsche Bank einen Antrag auf Übernahme der amerikanischen Anlagegesellschaft bei den US-Behörden eingereicht, der New Yorker Stadtkämmerer Hevesi als Kopf einer einflußreichen Gruppe von staatlichen Wirtschaftsfachleuten jedoch ein akzeptables Entschädigungsabkommen als Bedingung hierfür genannt.

Das war exakt eine Reprise des »Schweizer Problems«. Sammelklagen und ein möglicher Einspruch gegen die Zulassung der gerade durch Zusammenschluß entstandenen UBS in den USA hatten bei den Eidgenossen mehr Einsicht in ihre Entschädigungspflicht bewirkt als alle von ihnen gegründeten Untersuchungskommissionen zusammen. Schnell lernfähig zeigte sich auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Breuer, der sich Schröders Troubleshooter Hombach auf dessen US-Trip anschloß, um die Probleme seines Finanzinstituts gleich selbst zu regeln. Mit auf die Reise hatte das hauseigene Archiv seinem obersten Chef noch gegeben, was sonst wohl von dritter Seite enthüllt worden wäre: die Verstrickung der Deutschen Bank in die Finanzierung des Vernichtungslagers Auschwitz.

Nicht um die Entschädigung der NS-Verfolgten ging es also, sondern um die Beseitigung von Hindernissen und finanziellen Unwägbarkeiten auf einem wichtigen Auslandsmarkt. Rechtssicherheit wurde offen als Hauptziel genannt. Gemeint war damit jedoch nicht Sicherheit für die Opfer, sondern für die Geschäfte der Täter und ihrer Nachfahren. Doch auch persönliche Anteilnahme fehlte nicht. Bundeskanzler Schröder hatte sie schon vor Wochen in einer Talkshow klar formuliert, als er die Einrichtung eines Entschädigungsfonds vor allem mit dem Schutz deutscher Arbeiter und deutscher Unternehmen vor Begehrlichkeiten aus dem Ausland begründete. Wie wichtig den Deutschen diese Sichtweise nach wie vor ist, wird in der »Gemeinsamen Erklärung« an der Formulierung erkennbar, man wolle mit diesem Abkommen »Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden ... entziehen«. Angesichts des Umstands, daß diese Wirtschaft seit über 50 Jahren die Anerkennung ihrer Schuld und die Übernahme von Verantwortung verweigert und sich jetzt nur aufgrund des wirtschaftlichen Drucks zu Teilzugeständnissen bereit erklärt hat, sind solche Opferposen in regierungsoffiziellen Dokumenten durchaus bemerkenswert. Offensichtlich hat sich diesbezüglich seit Adenauers Erklärung der Deutschen zu Kriegs-, Vertreibungs- und Entnazifizierungsopfern nichts Grundsätzliches geändert.

Natürlich wurden die Ergebnisse der Hombachschen USA-Reise hierzulande positiv aufgenommen. Auch Wohlmeinende äußerten die Ansicht, es sei im Grunde gleichgültig, aus welchen Motiven gezahlt werde, Hauptsache, es werde gezahlt. Dabei wird nicht nur übersehen, daß der aktuelle Verhandlungsstand der historischen Aufgabe keineswegs genügt, sondern stillschweigend auch unterstellt, daß sich alle wesentlichen Entschädigungsfragen erledigt haben. Geht man jedoch davon aus, daß weiterhin etliche Punkte offen sind, dann zeigt sich in dieser Haltung nur die Fortdauer der alten Malaise, die kaum Gutes für die Zukunft erwarten läßt.

Die Auswirkungen sind bereits für die jetzt zur Verhandlung stehende Stiftung absehbar. Selbst auf den ersten Blick positive Formulierungen erweisen sich schnell als Versuch, der Verantwortung zu entgehen. So kommt in der zitierten »moralischen Verantwortung deutscher Unternehmen« gerade nicht die Bereitschaft zum Ausdruck, in angemessener Weise Entschädigungsleistungen für die vernutzte Zwangsarbeit zu erbringen. Denn lediglich moralische Verantwortung übernehmen zu wollen, bedeutet in diesem Zusammenhang, eine Pflicht zur Entschädigung auf juristischer Grundlage zu leugnen. Die Auswirkungen sind klar: Ein objektiver Maßstab für die Zahlungen wird nicht anerkannt. Die Leistungen bleiben dem Belieben der Nutznießer der NS-Verbrechen und ihrer Sachwalter überlassen. Wofür, wieviel, an wen, nach welchen Regeln gezahlt wird, unterliegt im Prinzip ihrem Gutdünken.

Die Verweigerung juristisch festgeschriebener Folgeleistungen ist auch unter historischem Gesichtspunkt ein besonderer Affront. Denn bei den Nürnberger Prozessen war Zwangsarbeit ein zentraler Anklagepunkt: Zwei verbrecherische Ziele des »Sklavenarbeitsprogramms« standen im Mittelpunkt: »Erfüllung der Arbeitsanforderungen der Nazi-Kriegsmaschinerie« und »Vernichtung und Schwächung der Völker, die von den Vertretern der Nazi-Rassenlehre als minderwertig oder von den die Weltherrschaft anstrebenden Nazis als mögliche Feinde betrachtet wurden«. Krupp mußte deswegen für einige Jahre ins

Gefängnis. Jetzt wird das Thema, der Konjunktur für internationale Gerichtshöfe zum Trotz, erneut zur Gewissensfrage erklärt und damit bagatellisiert.

Daraus folgt nicht nur, daß die Opfer in jenem Land besonders beachtet werden, in dem die Sammelklagen eingereicht wurden, während Verfolgte in Osteuropa, wo mit Abstand die meisten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter leben, zunächst gar nicht berücksichtigt werden sollten. Auch die Höhe der Zahlungen ist völlig offen. Selbst wenn die willkürlich festgelegte Summe von 10.000 Mark pro Person nach dem VW-Modell zugrunde gelegt würde, müßte die bisher gesprächsweise genannte Fondsausstattung verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden. Selbstverständlich wäre auch die Frage zu stellen, warum bisher lediglich die Größen der Exportindustrie eine »moralische Verpflichtung« spüren, nicht aber die übrigen Unternehmen, ganz zu schweigen von Landwirtschaft, Kommunen und staatlichen Betrieben. Es ist zudem nicht plausibel, daß die Fondssumme noch einmal in Entschädigungsleistungen und Ausgaben für »zukunftsweisende Projekte« geteilt werden soll. Damit sei nichts gegen Erinnerungsvorhaben und andere nützliche Projekte gesagt, wohl aber die Frage aufgeworfen, warum NS-Opfer die Erinnerung der Täter-Erben finanzieren sollen.

Die Liste der Einwände ließe sich verlängern. Doch kann durchaus darauf vertraut werden, daß internationaler Druck noch einiges richten wird. Weniger Optimismus ist bei Entschädigungsfällen angebracht, die diese Unterstützung nicht haben. Denn mit dem »Versöhnungsfonds« – so sein zeitweiliger Namen – wird die Schlußstrich-Formel aktualisiert. So sprach der deutsche Verhandlungsleiter Hombach noch in den USA von einem materiellen Schlußstrich, der jetzt gezogen werde, und die deutsche Presse vermerkte beifällig, es habe hiergegen keinen Widerspruch gegeben. Schlecht sieht es deshalb für die Verfolgten abseits des aktuellen Interesses aus, zum Beispiel für die Forderungen, die von griechischer Seite erhoben werden.

Im Juni 1944 zogen Soldaten einer SS-Division in das griechische Dorf Distomo ein. Zwölf junge Männer, mit Feldarbeit beschäftigt, wurden von ihnen sofort umgebracht. Danach erschossen und erschlugen sie weitere 218 Menschen, ungefähr die Hälfte der Dorfbevölkerung. Die Toten dieser »Vergeltungsaktion« sind wohl den fast 39.000 Personen zuzuzählen, die von den Deutschen in Griechenland »hingerichtet« wurden. 12.000 verloren im Laufe indirekter kriegerischer Auseinandersetzungen, 70.000 durch direkte Kriegshandlungen ihr Leben. 100.000 Griechinnen und Griechen wurden in Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt und ermordet. Unter den Toten waren zirka 80.000 Jüdinnen und Juden. Mehr als 300.000 Menschen verhungerten während der deutschen Besatzung.

Seit einigen Jahren gibt es in Griechenland verstärkte Anstrengungen, auf Entschädigung für diese Verbrechen zu drängen. Im Zentrum steht dabei ein Prozeß, der beim Landgericht von Livadia von den Nachfahren der Opfer des Massakers in Distomo geführt wurde. Zirka 55 Millionen Mark Entschädigung sprach das Gericht den Angehörigen im letzten Jahr zu. Es heißt, das Urteil sei mittlerweile rechtskräftig geworden, weil die Bundesregierung das Gericht nicht als zuständig anerkannte und deshalb keinen Widerspruch einlegte.

Allerdings gibt es noch weitere Forderungen von griechischer Seite. Hierzu gehören: deutsche Entschädigungsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg – 80 Millionen Mark; deutsche Schulden aus dem Handel zwischen den Weltkriegen – 523.873.000 US-Dollar; Rückzahlung einer Zwangsanleihe, zu der die Bank von Griechenland 1942 gezwungen worden war – 3,5 Milliarden Dollar. Außerdem wird auf Berechnungen der Pariser Reparationskonferenz von 1946 verwiesen, nach denen die deutschen Verpflichtungen gegenüber Griechenland für Beschlagnahme von Privat- und Staatseigentum, Plünderung und Zerstörung sich auf 7,1 Milliarden US-Dollar beliefen. Alle Zahlenangaben beruhen im übrigen auf den Preisen von 1938. Allein die Reparationsforderungen machen heute mehr als 50 Milliarden Mark aus. Finanzielle Verpflichtungen in dieser Höhe können offensichtlich heute noch deutsches Wohlbefinden beeinträchtigen (obwohl sie nur die Hälfte der Summe ausmachen, die zur Zeit jährlich für den »Aufbau Ost« ausgegeben wird). Umgekehrt machen die Zahlen deutlich, daß die systematische Mißachtung solcher Forderungen nach 1945 eine wichtige Voraussetzung für das »Wirtschaftswunder« und die Konsolidierung des westdeutschen Staates war.

Wie hat man hierzulande auf die griechischen Forderungen, die in keiner Weise spektakulär sind, sondern lediglich das durchschnittliche Schicksal der von Deutschen heimgesuchten Menschen zum Ausdruck bringen, reagiert? Sie sind, kaum überraschend, abgelehnt worden. »Erinnerungspolitischer« Alltag also. Doch genau deshalb lohnt sich ein zweites Hinsehen – ein Blick auf deutsche »Erinnerungskultur« abseits großer Debattenplätze, auf die ganz gewöhnliche Haltung den Opfern deutscher Geschichte gegenüber. Denn der griechischen Regierung stehen keine besonderen Druckmittel zur Verfügung, um ihre Forderungen zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Die Verbrechen, die gegenüber den Menschen hier begangen wurden, sind auch nicht »spektakulär« – übliche deutsche Verbrechen eben. Deutsche Normalität von gestern trifft also auf deutsche Normalität von heute.

Die Rechtfertigung dieser Normalität ist aufschlußreich. Am Anfang steht natürlich stets der Hinweis auf das Ergebnis der Londoner Schuldenkonferenz von 1953. Dort waren die Reparationsforderungen der von Deutschland überfallenen Staaten bis zum Abschluß eines Friedensvertrags zurückgestellt worden. Hierzu wurden auch die privaten Schäden der in diesen Ländern lebenden NS-Opfer gerechnet. Sie konnten deshalb diesem Rechtsverständnis zufolge ihre Interessen, etwa

Entschädigung für KZ-Haft oder Zwangsarbeit, erst im Kontext künftiger zwischenstaatlicher Verhandlungen geltend machen, ein zwar formal korrekter Rückbezug, der jedoch hinsichtlich der Bereitschaft, Verantwortung für die NS-Verbrechen zu übernehmen, ein Offenbarungseid ist. Denn mit dieser Argumentation wird zugleich ein Grundzug der Entschädigungskonzeption verschwiegen: Die Interessen der Täter rangieren vor den Interessen der Opfer. Entschädigungszahlungen wurden lediglich in dem Maße geleistet, wie die Täter zu Leistungen bereit waren bzw. sich hierzu in der Lage sahen. Diesen »Spielraum« verdankten die westdeutschen Regierungen ihrer Rolle im »Kalten Krieg«. Eine innenpolitisch befriedete und außenpolitisch als starkes »Bollwerk« gegen die UdSSR einsetzbare Bundesrepublik war in jener weltpolitischen Lage der Fixpunkt, dem alle anderen Entscheidungen nachgeordnet wurden. Ihre »Überlastung« durch Entschädigungs- und Reparationszahlungen galt es deshalb zu vermeiden.

Diese Maxime galt im übrigen nicht nur für Auslandsverpflichtungen, sondern auch für die Konzeption des Bundesentschädigungsgesetzes. Denn die Übernahme der ursprünglich zivilrechtlich begründeten Schadensersatzpflicht durch den Staat wandelte die privatrechtliche Schuld in eine öffentlich-rechtliche Entschädigungsverpflichtung um. Eine solche Konstruktion gab den politisch Verantwortlichen Definitionsmacht über die Schäden, für die sie Ausgleichszahlungen leisten sollten, über die Menschen, die sie in den Kreis der Berechtigten aufnahmen, und nicht zuletzt über das Entschädigungsverfahren selbst. Einen »unentschuldbaren Fehler« nannte der ehemalige Verfassungsrichter Martin Hirsch diese politische Entscheidungsermächtigung der Täternation über die Opfer und ihre Ansprüche.

Genau so aber erläutert das Bundesfinanzministerium noch immer die Logik des Ausschlusses von Opfern und der Abstufung von Ansprüchen durch die deutsche Administration. Zwar weiterhin ohne den geringsten Selbstzweifel, den Gesetzgeber aber durch die Gesetze legitimierend, skizziert es etwa am Beispiel der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter diese Vorgehensweise: »Angesichts der Vielzahl und des großen Umfangs der Schäden haben der Gesetzgeber und ihm folgend alle Bundesregierungen allerdings die Entschädigungen für NS-Unrecht bewußt auf die gesetzlich bestimmten Entschädigungstatbestände und -folgen konzentrieren müssen. Das System der Wiedergutmachung ist sorgfältig aufeinander abgestimmt und berücksichtigt jeweils die Schwere des Eingriffs und seiner Folgen. Eine Entschädigung für Zwangsarbeit als solche sehen die bestehenden Regelungen nicht vor ...«

Natürlich erlaubte diese Position auch, die Höhe der Entschädigungsleistungen festzulegen. Wenn eigene Interessen im Spiel waren, zum Beispiel die Stationierung von Militär, förderten diese allerdings manchmal die Entschädigungsbereitschaft. So wurde auch mit Griechenland trotz des Londoner Abkommens 1960 ein Vertrag »über Leistungen zugunsten griechischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind«, abgeschlossen. 115 Millionen Mark zahlte man. Sie sind heute der zweite Vorwand, um Forderungen abzulehnen. Denn die Bundesregierung behauptet jetzt, dieser Vertrag habe die Ansprüche Griechenlands »abschließend« geregelt.

Dabei müßte sie es besser wissen. Denn in der vom Bundesfinanzminister herausgegeben Schriftenreihe zum Entschädigungs- und Rückerstattungsrecht hieß es vor 15 Jahren bezüglich der »Erledigungsklausel« dieser Verträge noch recht offen: »Die deutsche Seite bringt darin zum Ausdruck, die deutsche Regierung gehe davon aus, daß die Regierung des Vertragspartners künftig nicht mehr eine Regelung weiterer Fragen verlange, die aus nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen herrühren. Die andere Seite stimmt dieser Auffassung zu, behält sich jedoch vor, dann eine Regelung weiterer Forderungen aus nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen zu verlangen, wenn es zu einer allgemeinen Prüfung der im Londoner Schuldenabkommen zurückgestellten Forderungen – dies sind die aus dem Kriege herrührenden Ansprüche – kommen sollte« (Bd. 3, S. 277). Mit dieser Kompromißformel wollte die Bundesregierung damals erreichen, wie es im Hinblick auf einen ähnlichen Vertrag mit Polen heißt, daß die »erhobenen Wiedergutmachungsforderungen ... auf indirektem Wege ... zum Schweigen gebracht, ohne juristisch erfüllt zu werden«.

Selbst der damalige Bundeskanzler Erhard hatte in den 60er Jahren durchaus noch eine Verpflichtung zum Handeln gesehen. Denn laut »Frankfurter Rundschau« (22.11.95) »versicherte (er) noch 1965 dem damals in Bonn vorsprechenden Koordinierungsminister Andreas Papandreou ..., sobald die deutsche Wiedervereinigung unter Dach und Fach sei, werde man die Zwangsanleihe zurückzahlen«. Entweder war er noch besseren Sinnes, oder er hat den Eintritt dieses Ereignisses nicht für möglich gehalten. Die rotgrüne Bundesregierung bestreitet jetzt aber sogar die unterschiedliche Auslegung des Vertrags und lehnt alle anderen Forderungen ebenfalls strikt ab. Auch dies ist eine politisch und nicht – wie sie glauben machen will – juristisch begründete Entscheidung.

Allerdings kommt sie hinsichtlich der Reparationsforderungen um eine zusätzliche Begründung nicht herum. Denn nach dem Zwei-plus-Vier-Abkommen, das allgemein als Äquivalent für einen Friedensvertrag angesehen wird, ist der Londoner Aufschub seit 1990 hinfällig. Auch die politisch-strategischen Motive für die Täterschonung sind mittlerweile entfallen. Mit einem Dankeschön für die Jahrzehnte währende Nachsicht hätte sich die Bundesregierung den internationalen Forderungen also stellen müssen. Statt dessen versuchte sie es »naßforsch«. So antwortete sie auf eine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke: »Nach Ablauf von 50 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft hat die

Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren.« Auf eine weitere Anfrage vom 22. Januar 1998 wies sie hinsichtlich Griechenlands auf bilaterale Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, Verteidigungshilfe, Materialhilfe, Rüstungssonderhilfe und dergleichen hin. Ihr Ziel sei eine »zukunftsorientierte Zusammenarbeit«.

Nach mehr als 50jährigem Aufschub zugunsten ihres Wohlergehens haben die Deutschen damit einseitig alle bestehenden Ansprüche für erledigt erklärt. Dabei setzen sie mit dem Postulat einer solchen Normalität gestrige voraus. Denn: »Im übrigen wären Reparationen 50 Jahre nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in der völkerrechtlichen Praxis ein Sonderfall ohne jede Präzedenz.«

Was eben nicht bedeuten kann, daß damit alle Vermögensfragen gelöst sind. Denn noch 1995 hatte Bundesaußenminister Kinkel im Hinblick auf Polen geäußert, er halte die Klärung dieses Punktes weiterhin für notwendig. Diese Bemerkung war jedoch mitnichten eine Ankündigung, von deutscher Seite werde für polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter endlich eine zufriedenstellende Regelung angestrebt. Gemeint waren vielmehr Entschädigungszahlungen für die nach dem Krieg aus Polen ausgewiesenen Deutschen. Auf die Frage, wie die Bundesregierung dieses rechtlich und politisch unterschiedliche Verhalten gegenüber griechischen NS-Opfern auf der einen und deutschen »Heimatvertriebenen« auf der anderen Seite beurteile, antwortete sie 1996 dem Wortlaut nach korrekt, gleichwohl aber verdrehten Sinnes: »Die Sachverhalte sind nicht vergleichbar.« Nicht nur NS-Opfer haben von dieser Normalität wohl noch einiges zu erwarten.

Der griechische Premier Simitis konnte bei seinem Besuch in Bonn Ende letzten Jahres auch bei der neuen Regierung kein Entgegenkommen erreichen. Die politische Haltung der Bundesregierungen in Fragen der Entschädigung von NS-Opfern hat sich in den letzten Jahrzehnten offensichtlich nicht verändert. Zwar läßt man sich gern beklatschen, wenn unter internationalem Druck – wie jetzt bei der Entschädigung von Zwangsarbeit – einige Zugeständnisse gemacht werden, die ein Menschenalter zu spät kommen. Doch denjenigen, die auf eine »zukunftsorientierte Zusammenarbeit« mit Deutschland angewiesen sind, wird der Dialog zur Aufarbeitung deutscher Verbrechen verweigert. Auf eine Änderung dieser Form von »Erinnerungspolitik« hofft auch die griechische Regierung nicht mehr länger. Sie versucht statt dessen nun, auf das Urteil von Livadia beim Europäischen Gerichtshof einen Rechtstitel zu bekommen und die ausstehende Entschädigungssumme im Einklang mit den Römischen Verträgen zu pfänden.

Rolf Surmann schrieb in KONKRET 11/98 über die deutsche Maxime »Almosen vor Entschädigung«

Konkret 04/99, S. 50

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Claudia, Sacco und Vanzetti

Soll keiner sagen, die Grünen hätten die Ideale und Mythen der 68er verraten! Beispielsweise das Ideal Antifaschismus, den Mythos Spanischer Bürgerkrieg: War es nicht beeindruckend, wie der spätere Außenminister bereits 1995 dem neuen Hitler an der Drna ein zünftiges »No pasaran!« entgegenschleuderte und – »Bosniens Himmel breitet seine Sterne ...« – für die Entsendung Internationaler Brigaden zur Verteidigung der Republik warb? Seit die Volksfront nun auch in Deutschland regiert, korrigiert Joschka Fischer sogar den historischen Fehler von Leon Blum, die Nichteinmischung, und schickt nicht nur Brigadisten, sondern endlich auch Panzer zur Verteidigung der eingeschlossenen Freiheitskämpfer. »Vor Pristina auf Barrikaden, in der Stunde der Gefahr«: Wird unser Durruti dann den feinen Zwirn von Cerruti wieder ablegen? Wird er, wenn die Stunde schlägt, seine alte Lederjacke hervorholen – oder leiht ihm Ziege eine Bomberjacke aus dem Tornado-Spind?

»Die Internationale erkämpft das Menschenrecht« – und selbstverständlich ist da auch La Pasionara in Gestalt der Bundestagsabgeordneten Claudia Roth nicht weit. Nachdem sie schon vor einigen Jahren den bosnischen Frauen dabei geholfen hatte, sich von Izetbegovic' Mudjahedins vor serbischen Vergewaltiger schützen zu lassen, legte sie sich nun mit der Internationalen Völkermordzentrale direkt an und forderte eine »scharfe Auseinandersetzung« mit den USA. Anlaß war die Hinrichtung zweier amerikanischer Arbeiterführer, Karl und Walter LaGrand, die mit der Umverteilung des Reichtums ernst gemacht und dabei, in Selbstverteidigung, versteht sich, auch vor Mord nicht halt gemacht hatten. »Laßt Sacco und Vanzetti frei!«, tönte die antifaschistische Presse von Emden bis zum Erzgebirge, denn die Gebrüder LaGrand hatten deutsches Blut und damit die deutsche Staatsbürgerschaft, und das Vaterland der Werktätigen läßt die Seinen nicht im Stich, egal ob sie in Gleiwitz oder in Arizona von Mordbuben bedroht sind. Die internationalistische »Taz« hat den Todeskampf von Walter LaGrand auf einer ganzen Titelseite minutiös dokumentiert – »03.03.99 19:30:06 Uhr – Letztes Mahl: Steak und Spiegeleier« – und dies hat auch die kampferprobte Frau gerührt. »Vielleicht ist er jetzt schon ein Stern und schaut auf uns herab«, sagte sie kurz nach dem Strafvollzug vor laufenden Kameras, und in ihren großen Augen glitzerte es verdächtig. Könnte der »Bundestagsausschuß für Menschenrechte« eine bessere Vorsitzende haben als Claudia Roth?

Vielleicht Frau Däubler-Gmelin, die rote Herta. Tiefe Betroffenheit verband die Justizministerin mit glasklarer Analyse: Durch die »abstoßende Zelebrierung« der Exekution der zwei Deutschen habe Washington »Völkerrecht gebrochen«. Mit Sicherheit wird sie den Fall vor das nächste Plenum des Exekutivkomitees der Internationale bringen, und der Genosse Vorsitzende Khofi Annan wird sie hoffentlich erhören. Als Strafe für die Grand- und Massenmörder schlage ich vor: Sofortige Arisierung von Bankers Trust ohne jede Entschädigung für Zwangsarbeiter und andere Erpresser! Keine Mark und kein Euro diesem System!

Konkret 04/99, S. 50

Otto Köhler

In diesem Sinne - ... den bestraft das Leben

In der Unabhängigkeit, die ihnen geblieben ist, in Independence/Missouri, haben sie unterzeichnet. Damit huldigten sie dem »Sieger der Geschichte« (ZDF), jenem Harry S. Truman, der als Roosevelts Nachfolger den Kalten Krieg eröffnete. Die Historie hat sich damit vollendet, der »Triumph der Gerechtigkeit über die Geschichte« ist erreicht. So hegelt Javier Solana, nein, nicht über die Krönung aller Zeiten durch den preußischen Staat, sondern über den Anschluß Tschechiens, Polens und Ungarns an die Nato, deren Generalsekretär der Spanier nach dem Tod des Wehrmachtspropagandisten Manfred Wörner geworden ist.

Was der 2+4-Vertrag untersagte, die Ausdehnung der Nato über die Oder hinaus, ist nun erreicht. Das Protektorat Böhmen und Mähren, das Generalgouvernement und das Pfeilkreuzlerland sind heimgekehrt ins Reich. Alles ist gut, wenn es auch ganz gerecht dabei nicht zuging. Gorbatschow klagt angesichts dieses vollen Erfolgs seiner Perestroika, das sei eine Demütigung Rußlands, vergleichbar der Demütigung Deutschlands durch den Versailler Vertrag. Nun, wer in Deutschland am lautesten gegen die Schande von Versailles schrie, das waren die Staatsleute und Generäle, die das deutsche Reich in den Krieg und damit in die Niederlage geführt hatten. Warum also brüllt Gorbatschow »Haltet den Dieb!«? Sinken seine Vortragshonorare? Mag ihn keiner mehr hören?

Sparen ist angesagt. Den drei neuen Natokolonien, die wir Gorbatschow verdanken, hat man zum Einstand versichert: Nö, finanzielle Hilfe habt ihr nicht zu erwarten, dafür müßt ihr euer heruntergekommenes Waffenarsenal erneuern, eure Panzer ersetzen durch Einkäufe bei den Rüstungskonzernen des Westens. Die »Welt« hat den Triumph der Gerechtigkeit am schönsten erfaßt: Die Russen seien nur »aus wirtschaftlichen Gründen« gegen die »Osterweiterung«, wußte sie, »fallen doch wichtige Märkte für« – Treffer! – »Rüstungsgüter jetzt an westliche Konzerne«. Das isses, und das ist die neue Independence: Bundeswehroffiziere lehren an der Warschauer Führungsakademie richtiges Denken, und Deutsche in Polen genießen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Konkret 04/99, S. 50

Michael Schilling

In diesem Sinne - Krieg und Frieden

Früher, in den schlechten alten Zeiten, war Krieg oder Frieden. Wollte man Krieg, schloß man Militärbündnisse, machte mobil, überfiel die Feinde, beschoß und bombardierte sie, zwang sie zur Kapitulation, besetzte ihr Land. Was für eine Barbarei! Heute, in den guten neuen Zeiten, bildet man eine Staatengemeinschaft, entwirft einen Friedensplan, ergreift friedenschaffende Maßnahmen, unternimmt eine Friedensmission, stationiert Friedenstruppen, die den Frieden erzwingen. Krieg ist Frieden. Fortschritt ist schön.

Stänkerer, sie sind fast ausgestorben, mögen nörgeln, ein Minister, der seine Soldaten auf einen Staat in Afrika oder weit hinten, nämlich kurz vor der Türkei, losläßt, sollte nicht ein Minister der Verteidigung heißen, und ein Verein von einem Dutzend Staaten müßte sich nur darum, weil er für seine Kriege in der Versammlung der Vereinten Nationen keine Mehrheit findet, nicht geradezu »die internationale Staatengemeinschaft« nennen. Aber solange die nationale Mediengemeinschaft strikt nach den jüngsten Sprachregeln verfährt, kann der deutsche Kriegsminister ruhig Frieden schaffen, das heißt Bomben schmeißen lassen.

Kurz nach den ganz schlechten und vor den ganz guten gab es Zeiten des Übergangs. Da wurden Särge zu Erdmöbeln und Atommülldeponien zu Entsorgungsparks. Und Schwerter zu Pflugscharen. Aber wer das noch weiß, will es schon lange nicht mehr wissen.

Konkret 04/99, S. 51

Rayk Wieland

Dekalog, Artikel fünf, Absatz eins

»Einen Fehler hat seine Idee freilich doch: Sie ist zu gut. Es fällt einem nicht so schnell ein Gegenargument ein.« Hannes Stein, »Berliner Zeitung«

Die Zeit der Witze sollte, namentlich in der seit ca. vier Jahren sich hinziehenden sog. Mahnmalsdebatte, vorbei sein. Man lachte noch über den amtierenden Bundeskanzler, der wünschte, die Gedenkstätte solle ein Ort sein, wo die Leute »gerne« hinlatschen. Man lachte über den ernstgemeinten Einfall von Klaus von Dohnanyi, der einen leeren Raum errichten lassen wollte, dessen Fenster auf die »Topographie des Grauens« blicken, einen Raum, in dem zu schweigen sei und dessen Bau gleichfalls stumm zu erfolgen habe. Man lachte schon nur mehr schwach über György Konráds Einlage, auf dem reservierten Platz einen »Garten der Freuden« anzulegen, ein »Geschenk der ermordeten Juden an die Berliner«. Es war dies Lachen kein willkommenes Amüsement, sondern ein ungläubiges Kichern über die Impertinenz und Frivolität von dergleichen Anmutungen sowie über einen Akklamationsraum, der im Deutschen zu Unrecht das Wort Öffentlichkeit trägt.

Über Walser und seine Rotte lachte man nicht mehr. Und auch angesichts des neuesten Vorschlags des aus der ehemaligen Zonenpfaffengarde der DDR in die SPD delegierten Theologie-Professors Richard Schröder fällt das Lachen schwer. Schröder hat sich für eine Neuausschreibung des Wettbewerbs für das Holocaustmahnmal ausgesprochen und gleich den eigenen Beitrag favorisiert. Er nennt den Eisenman-Entwurf einen »Empathiepark« und dessen Absicht, »mit der Vereinzelung beim Gang durch diesen Stelenhain etwas vom KZ-Erlebnis erfahrbar zu machen«, verwegen. Ein Mahnmal ohne Worte kommt für ihn nicht in Frage. »Wenn wir keine Worte gefunden haben«, sagt er, »sind wir noch nicht weit genug, um mit dem Bau zu beginnen.« Er habe in der Bibel nachgesehen und die Worte parat. Sein Vorschlag: Das fünfte Gebot Mose aus dem Alten Testament. »Das Mahnmal sollte tatsächlich mahnen, nämlich mit den beiden Worten: □Nicht morden□!, und zwar in großen hebräischen Buchstaben. Der Satz könnte außerdem wiederholt werden in allen Sprachen, die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung gesprochen haben.« Das würde das Problem der »Hierarchisierung der Opfer« lösen und dem Einwand, ein Holocaustmahnmal privilegiere die jüdischen vor den anderen Opfern, wirkungsvoll begegnen.

Wie ein solches Mahnmal gestaltet sein sollte, »als Stele, als großer Granitquader, in frei stehenden Bronzelettern«, will Schröder nicht vorgeben. Es ist auch ganz gleichgültig, man kann es sich vorstellen. Althebräisch – weil aus der althebräischen Bibel stammend; warum eigentlich nicht aramäisch oder phönikisch? – stünde da »Lo Tirzach!«, französisch »Tu ne turas pas!«, englisch »Do not murder!«, russisch »Nje ubiwai!«, spanisch »¡No materas!« usw., in allen übrigen Sprachen, wie auf dem Flughafenklo. Ob auch ein deutscher Schriftzug dabei wäre, sagt Schröder nicht. Doch ließe er sich wohl nicht vermeiden. Vielleicht könnte die Aufforderung, das Morden zu unterlassen, auch noch über Lautsprecher verbreitet werden.

Dieser betörende Irrwitz hat begeisterte Fürsprecher und einige Aussicht, realisiert zu werden. Wenn das geschähe, könnte Deutschland dem Rest der Welt endlich wieder sagen, wo□s langgeht, und als Rechtsnachfolger der Täter den Opfern und ihren Nachkommen einschärfen, daß sie nicht zu morden haben. Nur an sie und nicht an polyglotte Deutsche richtete sich nämlich die absurde Mahnung – wenn sie denn eine wäre. Schröder liegt nicht falsch mit dem Hinweis, ein Mahnmal habe in erster Linie zu mahnen. Aber »Nicht morden!«, in welcher Sprache auch immer, ist keine Mahnung, sondern ein Gebot, ein Verbot, eine Regel, die, wie die bekannte Übersetzung Luthers deutlich macht, in die Zukunft weist. Sie lautet ja nicht »Du sollst nicht getötet haben!«, sondern eben »Du sollst nicht töten!« Es dürfte selbst unter theologischen Trotteln kaum zwei geben, die das nicht wissen.

Das Mahnmal mit seinem hebräischen Zitat, führt Schröder aus, sei »eine Referenz an den fundamentalen Beitrag des Volkes Israel zu unserer europäischen Kultur. Für Juden und Christen ist das ein göttliches Gebot. Für den, der an Gott nicht glaubt, ist es dennoch, was es jedenfalls auch ist, ein Gebot der Vernunft. Keiner der Täter konnte behaupten, er habe von diesem Gebot noch nie etwas gehört.« Gewiß. Ob die europäische »Kultur« noch auf anderem fußt als auf Gewalt, Mord und Totschlag, bleibe dahingestellt. Das Alte Testament ist jedenfalls voll davon, und auch im Namen der Vernunft wurden nicht nur Backenstreiche verabreicht. Seitdem die zehn Gebote in die Welt kamen, wurden sie gebrochen – es gäbe keine Kirche, wäre es anders. Nun sind aber, wie nicht ausgeführt werden muß, hinreichend Gründe vorhanden, die Verbrechen der Nazis von denen abzugrenzen, die Mose im Auge hatte. Mose war weitsichtig, zweifellos. Und vielleicht hatte Martin Luther unrecht und Martin Buber recht, als er das Gebot mit »Du sollst nicht morden!« übersetzte. Schröder jedoch erntet, wo Mose nicht säte: »Du sollst keine Wannseekonferenz abhalten!«

Indem er dies tut, stellt er den Holocaust in eine historische Reihe, in die er durchaus nicht gehört. Nicht einmal der Vatikan ist auf die kindische Idee gekommen, die Deutschen zu zeihen, daß sie auf ihrem Vernichtungs- und Ausrottungsfeldzug sich nicht an die mosaischen Gesetzestafeln und andere Redensarten hielten. Gemordet haben außerdem die Alliierten auch. Schröder wird ein ernstes Wort mit ihnen reden müssen. Vielleicht haben sie ein Einsehen und bekennen sich zu ihrer Kriegsschuld. Das wird allerdings die deutschen Wehrmachtsangehörigen nicht davon abhalten, weiter jede Verantwortung für den Massenmord zurückzuweisen. An sie, die nur ihre Pflicht getan haben, kann Schröders »Mahnung« sich nicht richten, ebensowenig an die gegenwärtige deutsche Regierung, die sich anschickt, Flugzeuge und Bodentruppen ins Kosovo zu entsenden: Sie handelt »auf Geheiß« der internationalen Staatengemeinschaft. Bleiben: die anderen. Hat GOtt Jahwe seinen Sitz nicht auf dem Berge Sinai? Na, dann weiß man ja, wer gemeint ist.

»Das Mahnmal selbst«, sagt Schröder, »sagt etwas sehr Einfaches. Niemand kann behaupten, daß es ihn in unzumutbare Gefühlsakrobatik stürze.« Das ist bekanntlich eine der Stärken des Christentums. Anderen das Morden madig machen, aber heimlich Feldgottesdienste abhalten! Wenn in der bisherigen Mahnmalsdebatte auch vieles erörtert wurde, eines noch nicht: Welche »Gefühlsakrobatik« überhaupt die Deutschen *berechtigt*, den Millionen von ihnen Ermordeten ein Mahnmal zu setzen. Wie kommen sie dazu? Die älteren von ihnen haben mit dem Holocaust sowieso nichts zu schaffen, und die jüngeren geht er nun wirklich nichts mehr an. Nichts sei gewonnen, schreibt der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk, ein Befürworter des Schröder-Vorschlags, in der »Welt«, »wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung diesem Mahnmal – aus welchen Gründen auch immer – ablehnend gegenübersteht«. Diese Gefahr droht den althebräischen Lettern aber nicht. Im Gegenteil, die Zustimmung ist ungeteilt. Der Rat der evangelischen Kirchen in Deutschland hat schon seine nachdrückliche Unterstützung signalisiert. Ebenso Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen sowie, ohne Ausnahme, die Presse.

»Nicht morden!« Wir alle sollten diesen Ratschlag beherzigen. Besonders die anderen.

Konkret 04/99, S. 52

Christian Y. Schmidt

Kunst & Gewerbe

Stussmann

»Lies keinen über dreißig!« fordert ein neckischer Zettel im Schaufenster den Passanten auf. Das Fenster gehört zum sog. »KulturKaufhaus« Dussmann in der Berliner Friedrichstraße. Um den Zettel herum hat das Personal zehn Bücher gruppiert, zu denen der generationsbewußte Rezipient statt dessen greifen soll. Und zwar exakt diese: *Trainspotting* von Irvine Welsh, *Celebration* von Rainald Goetz, *Speed Boys* von Nicholas Blincoe, *23* von Hans Christian Schmid und Michael Gutmann, *Umwege erhöhen die Ortskenntnis* von Markus Seidel, *Sommerhaus, später* von Judith Hermann, *Soloalbum* von Benjamin von Stuckrad-Barre, *Knapp daneben* von Giuseppe Culicchia, *Die Tickerlady* von Nancy von Bunker und Eureka Street, *Belfast* von Robert Mc Liam Wilson. Dazu ist folgendes anzumerken: Welsh ist Jahrgang 1958, Goetz 1954, Blincoe 1965, Schmid 1965, Gutman 1956, Seidel 1969, Culicchia 1965 und Mc Liam Wilson 1964. Frau von Bunker hat kein Alter, ihr Name ist ein Pseudonym. Nur Herr von Stuckrad-Barre (1975) und Frau Hermann erfüllen also die Dussmansche Vorgabe, letztere allerdings nur ziemlich knapp (Jahrgang 1970). Vielleicht sollte Kaufhauschef Peter Dussmann seinen Angestellten, statt sie reihenweise

zu Prokuristen zu machen, um so das Ladenschlußgesetz zu unterlaufen, erst einmal das Zählen beibringen.

Back to the roots

Die »Junge Welt« hat das Alternativheftchen »Kölner Volksblatt« gekauft, um aus ihm eine Wochenzeitung zu machen. Der will man gleich zwei Namen geben, nämlich »Kölner Woche« sowie »Neue Rheinische Zeitung – Organ der Demokratie«. Letzteres begründen Redaktion und Verlag so: »Auch inhaltlich setzen wir mit der Wiederbelebung der ›Neuen Rheinischen Zeitung – Organ der Demokratie‹, den wir uns als Zweitnamen gesichert haben, nach 150 Jahren ein wichtiges Zeichen.« Das meint, daß mit der demonstrativen Titelwahl nicht weniger als die direkte journalistische Nachfolge eines gewissen Karl Marx angestrebt ist, der bis zum Mai 1848 Chefredakteur dieser Zeitung war. Fragt sich, was »Junge Welt«-Geschäftsführer Dietmar Koschmieder als nächstes plant. Unser Vorschlag: Die Herausgabe einer Zeitung im Irak. Titel: »Bagdad Weekly – Vereinigt mit Gilgamesch Epos.«

Man liest es gern

Weil sich seine Band Weissglut und seine Plattenfirma von ihm getrennt haben, märt sich der rechtsradikale Sänger Josef Maria Klumb bei der »Jungen Freiheit« aus: »Was Band und Management meinetwegen ertragen und erdulden mußten im Sinne von kollektiver Bestrafung, bereitet mir im Nachhinein erhebliches Kopfzerbrechen. Die Konsequenz, die sie gezogen haben, mußte sein. Ich wünsche Weissglut in jeder Hinsicht den verdienten Erfolg. Es tut nur weh, das neue Liedgut, welches die letzte Veröffentlichung weit in den Schatten stellt, textlich und gesanglich nicht begleiten zu dürfen.« Besonders sauer ist Klumb auf Alfred Schobert, »Schreiberling bei unterschiedlichen linksextremen und orthodox-kommunistischen Zeitungen wie ›Junge Welt‹ (gemeint ist die »Jungle World«, C.Y.S.) oder KONKRET«, der mit einem »Spiegel«-Bericht nicht nur den Karriereknick des braunen Sängers einleitete, sondern – wie Klumb meint – bisher auch erfolgreich alle Comeback-Versuche verhinderte. »Jedes angekündigte Konzert wurde mit Gewaltdrohungen und Erpressungsversuchen gegen die jeweiligen Veranstalter von ›antifaschistischen‹ Widerständlern erfolgreich verhindert. Alfred Schobert vom pseudowissenschaftlichen Institut für Sprach- und Sozialforschung sorgte mit gezielten Radiointerviews und zielgerichteter Hetze über die jeweiligen Stadtradios für ein Aufheizen der Stimmung ... Die Zerstörung meiner künstlerischen Existenz ist wohl berufliches Ziel dieses Herrn Schobert ... Ich bin wirtschaftlich am Ende ...« Ach, doch, manchmal macht sie richtig Spaß, die Lektüre der »Jungen Freiheit«.

Es rettet uns ein höheres Wesen

Man muß diesen Bericht der »Oberhessischen Presse« vom 23. Februar 1999 im Wortlaut zitieren, sonst glaubt's einem wieder keiner: »Über den Köpfen der Zuschauer baumelten zahllose Turnschuhe, mit Fäden an der holzgetäfelten Decke des großen Saals im Haus des Gastes in Gladenbach befestigt. ›Special Service‹, eine noch junge freie christliche Gemeinde aus Gladenbach, hatte zu einem etwas anderen Gottesdienst gerufen, und ungefähr 90, vor allem jugendliche, Besucherinnen und Besucher waren gekommen. Die Turnschuhe sollten ein deutlicher Fingerzeig auf das Thema der Veranstaltung sein. Die Bühne war bereitet, um die Geschichte Joschka Fischers zu erzählen, der immerhin vom Metzgersohn zum Bundesaußenminister aufgestiegen ist. Die zahlreichen Brüche und Veränderungen in seinem Leben wurden über Kurzgespräche, Videoclips und eine Predigt vorgestellt und mit den Wandlungen des Jesus von Nazareth

verglichen ... In einer kurzen Talkshow berichtete Jens Kröcher von seinen Begegnungen mit Fischer. Der Landesgeschäftsführer der Grünen und Gladenbacher Stadtverordnete antwortete dem Moderator Stefan Bieber auf die Frage nach Fischers größter Leidenschaft: ›Laufen, laufen, laufen.‹ In seiner Predigt sah Eduard Neufeld durchaus Zusammenhänge zwischen dem Lebenslauf Fischers und dem Leben Jesu. Beide hätten eine radikalen Wandel vollzogen. Jesus vom Sohn eines Zimmermanns zum Wanderprediger, der seine radikale Friedensbotschaft verkündet. Fischer habe eine Wandlung vom Straßenkämpfer zum Politiker, der die Gesellschaft reformieren will, genommen.«

Sicher! Und beide taten Wunder (Jesus: Wiederauferstehung von den Toten – Fischer: Wiederauferstehung von den Fetten), wurden in Versuchung geführt (Jesus von Satan, Fischer von Marx) und haben einen Vornamen, der mit »J« beginnt.

»Holocausten«

Josef Joffe kritisiert in der »Süddeutschen Zeitung« Dieter Hallervorden; der habe in seiner satirischen Sendung »Spott-Light« »eine Kapriole zuviel« gebracht. Der Rezensent nimmt Anstoß an einem Sketch, in dem sich ein Chef der »Deutschen Bank« und ein Lehrling über die Kredite unterhalten, mit denen ihr Institut den Bau von Auschwitz finanziert hat. Dabei geht es – zugegeben – reichlich zynisch zu. Joffe referiert: »Bei KZ fällt dem DB-Menschen ›Kapitalzins‹ ein, bei Auschwitz eine Sauna ... SS gleich ›Steuersatz‹, SA gleich ›Sozialarbeiter‹, NSDAP gleich ›Nach Saldo der absolute Profit‹: Aber es wird immer besser und feinsinniger. ›Und wenn einer in einem Haus ein paar Vergasungskammern einbaut‹, murrt der Azubi. Chef: ›Als Bank interessiert uns ausschließlich die Tilgung, nicht die Austilgung.‹ Sodann interessiert ihn, ob Auschwitz überhaupt abbezahlt sei. Nein? ›Dann gehört uns Auschwitz eigentlich immer noch‹, dann müßten die Polen Entschädigung zahlen. Und wenn nicht, könnte man das Ding doch absetzen. ›Als Werbungskosten?‹ – ›Nein, als Holocausten.‹«

Was Josef Joffe an diesem Sketch auszusetzen hat, ist zweierlei: Zum einen, daß es hierzulande wohlfeil sei, »auf das Finanzkapital im allgemeinen und die Deutsche Bank im besonderen einzudreschen«, und zum anderen, daß Hallervordens »Kalauer-Panzer nicht die DB überrollt haben, sondern jenen menschlichen Instinkt, der fordert: ›Du sollst nicht mit Entsetzen...‹« (ergänze: »Schindluder, Schabernack o. ä. treiben«.)

Mal abgesehen von seiner Metaphorik: Hat Joffe recht? Ich denke, nicht. Wenn man bedenkt, wie gering und zeitlich begrenzt die Empörung über die jüngst bekanntgewordene Verwicklung der Deutschen Bank in die Auschwitz-Finanzierung war, wie folgenlos auch diese Enthüllungen bleiben werden, dann kann wohl niemand im Ernst behaupten, daß hier in einen allgemeinen Tenor eingestimmt worden sei. Sodann ist Hallervordens Satire ein wahrer Kern nicht abzusprechen. Und schließlich sollte man sich vor Augen führen, daß die Obszönität der hier gebrauchten Kalauer von der Obszönität der Tatsachen bei weitem übertroffen wird. Ja, vielleicht geht es überhaupt nur noch so: Mit miesen Kalauern die noch viel miesere Wirklichkeit zu denunzieren. Ob das auch Hallervordens Absicht war oder ob er nicht doch nur einfach den billigen, schnellen Lacher wollte, ist eine andere Sache. Nur daß seine Satire keine Folgen hat, darf man ihm nicht vorwerfen. Die klassische Form der Aufklärung nutzt ja auch nichts.

Vorauseilende Faszination

Andererseits klingt’s auch nicht besser, wenn Deutsche mit englischen Texten hantieren, wie z. B. die Mitglieder der Heidelberger Pullunderband Liquido. Und klüger sind sie auch nicht. Das stellte Liquido-Bassist Tim Eiermann erst kürzlich unter schlagenden Beweis. Auf die Frage, was er denn mit seinem Anteil an dem vielen Geld zu tun gedächte, das die Band mit ihrem Hit »Narcotic« verdient hat, gab er im Werbeheftchen »Saturn-Szene« zu Protokoll: »Also erstmal legen wir uns ‘ne schöne Anlage für die bevorstehende Tour zu. Dann werde ich richtig Urlaub machen und mit meiner Freundin für ein paar Wochen nach New York fliegen, weil ich dort noch nie war und die Stadt faszinierend finde.« Bitte merken, Herr Eiermann: Normalerweise erzählt man solch ausgelatschten Stuß über »Big Apple« (auch merken, Eiermann!) andersherum, weil – er fällt dann nicht gar so sehr auf.

Deutsche Übersetzung

Wie übersetzt der Karl Blessing Verlag den Buchtitel *Official Secrets – What the Nazis Planned, What the British and American Knew* ins Deutsche?

Genau so: *Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert.* Nur der Führer hat natürlich von allem nichts gewußt.

Unheimliche Begegnung

Neulich großer Schock zu später Abendstunde: Etwas sitzt in der NDR-Talkshow »Herman und Tietjen«. Es hat ganz fusselige Haare im Gesicht, ist so schwer bebrillt wie uffjeschwemmt und hat ’ne Art güldenen Topflappen aufm Kopf. Was

ist es? Fatty Arbuckles Wiedergänger? Otti Fischer, als R.W. Fassbinder verkleidet? Hadayatullah Hübsch nach einer Leberwurst-Diät? Dann spricht's auch noch. Und äußert Verständnis für das »Zweidrittel der Bevölkerung«, das den »Doppelpaß« nicht will. Ach so, ja klar, das Ding, es ist ... Heinz Rudolf Kunze.

Neudeutscher Rundfunk

Apropos Kunze... Sony-Music-Chef Jochen Leuschner und sein BMG-Kollege Thomas Stein mögen kein Radio mehr hören. Für ihren Geschmack legen deutsche Musikredakteure viel zu selten deutschsprachige Rock- und Pop-Platten auf. Die Folge des musikalischen Vaterlandsverrats: Nicht nur von deutschen Pop-Neuerscheinungen will der Käufer kaum mehr etwas wissen, auch die per Knopfdruck jederzeit verfügbaren fremdländischen Stars verkaufen neuerdings weniger Platten und CDs. »Da machen einige Radioleute ihren Job nicht richtig«, zitiert die »SZ« Herrn Leuschner. Dem will die Musikindustrie demnächst abhelfen – mit der Gründung eigener Radio-Stationen. Wie wär's mit Heinz Rudolf Kunze als Programmdirektor für die erste? Wenn ihn das vom Leute-Erschrecken resp. »Musik«-Machen abhielte, wäre wenigstens ein klein wenig gewonnen.

Mikro- und Makrokosmos

Was meinte der neue Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff über den Wert der Anteile, die sein Konzern an dem Pay-TV-Sender Premiere hält, und die er in nächster Zeit loszuwerden trachtet? Für ein Unternehmen mit 30 Milliarden Mark Umsatz sei der ein »kleiner Fliegendreck«. Wie wohl Herr Middelhoff das Honorar nennen würde, das ich mir soeben mit der Fertigstellung dieser Kolumne erschrieben habe? Einen »Mikrobenschiß«? Oder ist das noch zu hoch gegriffen?

Hamburger Anthologie*

Überredungskunst

Morgens soll uns nichts betrüben,
wenn wir heute Beischlaf üben.
Heute ist der letzte Tag,
da ich deine Lippen mag.
Heute kommt ja niemals wieder,
darum zeig mir deine Glieder,
jedes einzeln nackt und bloß
und vor allem deinen Schoß.
Morgen sind wir bloß noch Knochen,
darum, rasch ins Bett gekrochen.
Morgen blüht kein Heute mehr,
nur für eines gibt's Gewähr.
Morgen liegen wir allein
unter einem schweren Stein

Günter Kunert hat sich schon früh entschlossen, sein Talent zum Langweiler zu forcieren und seit ca. 40 Jahren Gedichtband auf Gedichtband auszuliefern, sehr zur Betrübnis eines Publikums, dem Gottfried Benn zuzeiten durchaus genügte und das auf einen Wiedergänger vom Format des nebenstehenden Überredungskünstlers und seine "Nachtvorstellung« (Hanser Verlag, München 1999) gerade noch gewartet hatte. Noch im hohen Alter muß der Wahl-Itzehoer den »Beischlaf üben« und sich zu dem, Behuf »Glieder« zeigen lassen, die nicht bloß »bloß« sind, sondern auch nackicht. Immerhin, das leiernde Metrum und die eiernden Reime passen zum öden Gammel vom Finalfick mit Gevatterin Tod recht

ordentlich. Aber der Mann und sein Betthase stinken schon. Kein Tag vergeht, da sind sie nur »noch Knochen« und liegen allein »unter einem schweren Stein«. Das ist wohl so / in Itzehoe. Sollte es Kunert jemals gelingen, mit einem derartigen Versgemächt zum Poppen zu animieren, dürfte er allerdings mit Freuden abgehen.

*fauler Gedichte

Konkret 04/99, S. 54

Mathias Wedel

Mühdoss Weimar

Events, Sponsoren und Workshops. Kleiner Rundgang durch die »Kulturstadt Europas 1999«

Der Mensch neben mir im Auto, der Satiriker Matthias Biskupek, in dieser Gegend zu Hause, wird zusehends nervöser, je mehr wir uns Weimar nähern. Er weiß aus eigener Erfahrung, daß es mit Schreibern zuweilen durchgeht, wenn sie eine Pointe wittern. Da werden aus braven Leuten rasch komische Vögel gemacht. Und wenn der Mann, den wir gleich treffen werden, so aussieht, wie er heißt – Nikolaus Huhn – , dürfte das nicht zu vermeiden sein. Nein, den Huhn will er mir nicht zum Fraße reichen. Das sei »ein wirklich guter, ein ehrlicher Mann«, sagt Biskupek mit jenem heiligen Ernst, in dem man über leicht verletzliche Leute redet, die durch kleine Marotten auffallen.

Zu dieser Zeit ist Nikolaus Huhn bereits drei Stunden zu Fuß unterwegs. Im Morgengrauen ist er aufgebrochen aus seinem kleinen Dorf bei Jena, dreißig Kilometer von hier. In seinem selbstgenähten jägergrünen Filzmantel, den er sich um den dürren Leib gewickelt hat, verproviantiert mit einem Apfel und einer Stulle und ausgerüstet mit einem mannshohen Stecken, den er sich voranträgt, eilt er wie ein Pilger durch die mildhügelige Landschaft. Von Beruf ist er Tischler, katholisch, und alles in allem also sehr ähnlich dem Erlöser. Und wie der hat auch Huhn kein Auto, nein, ums Verrecken nicht. Huhn ist der Vorsitzende der Jenenser Initiative »autofrei leben« und nutzt seine Erdentage, manchem Verwirrten und Verirrten zu zeigen, wo’s zu Fuß langgeht.

Heute bietet sich ihm Gelegenheit. In Gelmeroda, drei Kilometer vor Weimar, darf er über Gott und die Welt reden. »Reden über Gott und die Welt« ist eine Veranstaltungsreihe der Evangelischen Akademie Thüringen in diesem Jahr, in dem Weimar europäische Kulturstadt ist. Huhn ist einer von 52 Rednern. Der Autofeind ist nach Gelmeroda eingeladen, nicht nur, weil das ein weltberühmtes Gotteshaus ist, die »Feiningerkirche« – Lyonel Feininger hat sie zwischen 1906 und 1964 ungezählte Male porträtiert. Sondern auch weil die Kirchenleitung Witz hat: Hier steht die Autobahnkirche Nr. 8, das einzige Gebetshaus für mehr oder weniger rasende Automobilisten in Ostdeutschland.

Wenn die Kirchenleitung doch auch sonst so locker wäre! Aber nein, weil sie naturgemäß eine ideologische Behörde ist, die über Reinheit und Einheit wacht und – wiederum naturgemäß – vorsichtshalber annimmt, das Kirchenvolk sei dümmer als sie selbst, hat sie für einen ordentlichen Skandal gesorgt: Die Liste der »Gott und die Welt«-Redner war durch Befragungen unter den Schäfchen der Gemeinden zustandegekommen. Sie weist jede Menge emeritierter Bürgerrechtler auf, Minister und Ministerpräsidenten verschiedener Bundesländer, einen Sparkassenvorstand, einen Chefredakteur von »Bild«, Liedermacher, Schriftsteller – Biskupek war auch schon dran – und eben auch einen gewissen Dr. Gregor Gysi.

Der Bischof reagierte flott, verbot sofort alle Reden. Dann ließ er sie wieder zu, verbot aber, sie als Teil des Gottesdienstes zu halten. Nur Gysi bleibt verboten. Mit welchem Argument? Nun, vielleicht mit dem von Freya Klier, »Gott und die Welt«-Rednerin im November: Wer Gysi predigen läßt, soll sie öffentlich geäußert haben, der könne auch einen KZ-Kommandanten predigen lassen. Da war der Bischof freilich in Not: Woher so rasch einen KZ-Kommandanten nehmen? Bis er einen gefunden hat, bleibt Gysi draußen.

Am Abend vor unserer Einreise in Gelmeroda stritten sich in Weimar Wolfgang Ullmann und Vera Lengsfeld vor Publikum darüber, ob das, was der Landesbischof tat, recht getan war. Was Frau Lengsfeld meinte, ist klar. Was Herr Ullmann sagte, dürfte der Kirchenleitung bis zum 12. September, dem Sonntag, an dem Gysi im Weimarer Evangelischen Gemeindezentrum brillieren sollte, noch zu schaffen machen: In der Kirche habe in der DDR vor 1989 kein Redeverbot geherrscht. Hat er gesagt! Es gibt bereits Rücktritte aus kirchlichen Gremien. Der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, der auch reden sollte, hat unter Protest abgesagt.

Doch von all dem läßt sich Huhn sein Thema nicht verderben. Man läuft nicht umsonst von Jena her – das heißt, natürlich umsonst, aber nicht vergeblich. Sein Stecken erweist sich als ein Transparent. Er hat es in den Kirchhof eingespießt: »Liebe Christen, fahrt weniger Auto und tut mehr Busse« – und ganz klein darunter »benutzen«. Es ist der dritte Sonntag in der Passion, der Fastenzeit, und wir singen: »Herr, Deine Liebe ist wie Gras am Ufer«. Huhn spricht leise, lang und einfach. Zwischendurch setzt er sich und läßt die Orgel vor. Weil wir es nicht eilig haben sollen. Dann fragt er, ob jemand wegen der Klöße nach Hause müsse. Jeder von uns, sagt er, beschäftigt soundsoviel Energiesklaven – »Ausbeutung außer Sichtweite« nennt er das. Wenn jeder von uns ein Dutzend Energiesklaven einsparte, hätten wir immer noch den Lebensstandard der Schweiz von 1969. Die Leute scheinen einverstanden. Schweiz 1969 ist immer noch besser als DDR 1989. Aber was machen dann die arbeitslosen Energiesklaven?

Es ist Sonntag, der 7. März. Das Kulturstadt-Jahr ist noch sehr jung. Weimar ist schon sehr alt. Es weiß, was sich sonntags gehört. In einer deutschen Kleinstadt ist sonntags bis zum Nachmittagskaffee keiner auf der Straße. Es sei denn, der Hund muß Gassi. Nur einer war heute schon tätig, wie man ihn kennt. Richard Schröder – Theologe, Politiker, immer knapp an

allerhöchsten Würden vorbei – hielt um elf eine der turnusmäßigen »Weimarer Reden über Deutschland und Europa« im Deutschen Nationaltheater. Ich habe sie verpaßt, weil Huhn uns partout zur Langmut erziehen wollte. Sie muß ein trostloser Vorgang gewesen sein. »Diese Vorstellungen gehen schwer«, sagt die Frau hinterm Kassenfensterchen, »noch schlechter als der *Faust*. Nur gut, daß wir unsere Honoratioren haben. Aber irgendwann kommt der Daniel Cohn-Benedikt! Das soll ein Revolutionär sein!«

Weimar ist die erste Kleinstadt, die zur europäischen Kulturstadt ernannt wurde; den Titel »Kulturhauptstadt« hat sie sympathischerweise nicht angenommen. Die Ernennung war zuviel der Ehre – Weimar ist Kulturstadt. An diesem Sonntag scheint sie mit den von außen auf sie niederkommenden Würden nichts anfangen zu wollen. Richard Schröder war das einzige »Event« heute. Im Kino läuft um 14 Uhr »Das Mädchen auf dem Besenstiel«. Alle Museen sind geöffnet, das KZ Buchenwald bis 17 Uhr. Auf dem Markt ist ein Volksfest aufgebaut, dem das Volk fehlt. Mittelalterdarsteller hängen am Handy und machen die nächste »Mugge« klar. Ich renne durch die Gassen, um festzustellen, daß »Die Zeit« lügt resp. übertrieben hat: »Die Mahnmale der Sponsoren schieben sich« gar nicht »vor erneuerte Häuser und Fassaden«. Jedenfalls nicht mehr, als sich Zigaretten- und Klamottenwerbung vor jeden Vorortbahnhof schiebt. So ein Blatt hat man gern, das dem Kapitalismus, vor allem der Freiheit, auf jeder Seite Poesie abgewinnt, aber es nicht leiden kann, wenn er seine Schildchen überall draufklebt! Der silberblaue »Kulturstadt Beetle« unter dem Goethe-Schiller-Denkmal ist verschwunden. Und daß die Deutsche Bahn sich als »official carrier« geriert, wer will es ihr verdenken, wo fast täglich an ihren Weichen Menschen sterben? Oder genauer: Gehört beides nicht zusammen?

Dieser Sonntag – nein, glanzlos ist er nicht. Wahrscheinlich trägt er für den Bürger sogar den Höhepunkt des Kulturstadtjahres! Er wird Geschichte machen: Zum ersten Mal seit Hitlers Goethefeiern 1932 öffnen sonntags die Geschäfte! Von 13 bis 18 Uhr! Schlag ein Uhr ist die Stadt, die eben noch im Morgenrock herumsaß und sich nicht entschließen konnte, wach zu werden, überfüllt mit Lehramtskandidaten aus Hessen und Vorruheständler-Pärchen aus Erfurt. Als hätte die Bundeswehr die alle abgeworfen. Die Ladenmädchen bei Drospa haben rote Bäckchen und verkaufen mir so exaltiert ein Shampoo und eine Nagelfeile, als sei's das erste Mal.

Die Schaufenster sind dezenter politisiert als noch vor ein paar Jahren, da die Metzger hier Helmut-Kohl-Plakate zwischen ihre Rotwürste hängten. Nur die bunten, zerknautschten Überraschungs-Päckchen mit der dicken Kordel, das offizielle Symbol des Kulturstadtjahres, stehen überall herum. Sie sollen wohl bedeuten, daß es diesmal das ganze Jahr weihnachtet, was ja an sich eine kindische Vorstellung ist. Die Leute sagen zu den Dingern »Westpakete«, weil der Intendant dieses Langzeithappenings, Bernd Kauffmann, ein Bilderbuch-Wessi ist und weil sie noch wissen, was für Aldi-Ramsch immer in den Päckchen war – »Mondamin Soßenbinder!« Aus diesen Wundertüten holt Weimar nach Bedarf nun alles raus. Goethe, Nietzsche, Asche aus dem Krematorium auf dem Ettersberg, Stalin-Opfer vom Ettersberg, ein Japanese Dreamfire, Grönemeyer, Neunte Sinfonie. Ein jubilierendes »Salve«, der schlichte Spruch auf Goethes Eichenschwelle, ist das offizielle Motto.

Wer oder was ist ein Mythos? Zarah Leander ist einer. Und Adolf Hitler und Henecke. Honecker ist keiner; Dachdecker haben keine Mythen. Und Monica Lewinsky auch nicht, dazu wissen wir zuviel. Kann jemand oder etwas Mythos sein? Oder gibt es nur einen Mythos um einen herum – so etwas wie üble Nachrede?

Weimar ist jedenfalls ein Mythos. Zumindest 1999. Was anderes ist den Veranstaltern nicht eingefallen. Wie sie das Mythische (das natürlich immer etwas mystisch ist) hinbiegen, hat ihnen der nationale Schönsprech Roman Herzog vorgesungen. Weimar ist nämlich Deutschland »in nuce«. So deutsch kriegen wir's nicht wieder. Ich finde ja, daß München, Nürnberg, Aachen, das Koblenzer Eck, Eisenach, der Teutoburger Wald und die »national befreite Zone« Eberswalde auch ganz schön dicke deutsche Nüsse sind. Aber streiten wir nicht um die Früchte des Waldes, bleiben wir im Text: »Weimar ist Deutschland in nuce.« Was heißt das aber auch? »Das heißt aber auch, daß es eine Stadt ist, in der nicht nur Kultur und Geist, sondern auch Unkultur und Barbarei zu Hause waren.« Folglich bestimmt nicht mehr zu Hause sind! Da kannste klingeln und gegen die Türe rammeln, wie du willst. Die vier sind unbekannt verzogen und haben neben »schrecklichen Erinnerungen« eine ratlose Kulturstadt GmbH hinterlassen.

Ich habe auf dem Frauenplan Leute gefragt, wo der Mythos ist. Die Weimarer – nicht Weimaraner, das sind Köter! – sind nett. Wie soll man auch sonst sein, mit einem KZ in der Nähe? Sie haben mir vielfältig beschrieben, wie es zum Mythos geht, und sind sich dabei über angebliche Abkürzungen in die Haare geraten. Die einen dachten, der Mythos – sie sprechen ihn »Mühdoss« – sei eine Szenekneipe, andere hatten eine Schmiede mit Schauvorführungen im Sinn. Einige zeigten vage Richtung Ettersberg. Sie übersetzten Mythos mit Sehenswürdigkeit, Ausflugsziel – »salve« – , sei gegrüßt!

»Mythos Weimar« heißt eine Ausstellung im Goethehaus. Was heißt eine! Sie heißen doch alle so, sowie sämtliche Reden, Predigten, Gartenhausverdoppelungen und »Zeitschneisen« auf den Ettersberg hinauf. Eine Wuppertaler Fotografin hat sich mit »wund-offenen Augen« (»Die Zeit«) auf den Weg durch die Stadt gemacht und jede Menge Goethe-Schiller-Masken, ebensolche Friese, Fürstengruften, Goethesche Pflastermuster, Treppenhäuser, KZ-Zäune, Grotten, KZ-Keller, Schlösser, Gartenhäuschen und Gärten zum Gartenhäuschen, Dachgestühle und auch – oh, Gott! – ein »Tor aus der DDR-Zeit«

abgelichtet, aufgerastert und riesig aufgehängt. Zum Schluß hatte sie sicherlich wund-offene Füße. Alles zusammen umfaßt der Mythos nun 120 Fotos. Der offizielle Text zu »Mythos Weimar« nennt die Nazizeit verschämt und kunstgewerblich die »Abseiten der berühmten Stätte der Klassik«.

Die Weimarer reden deutlicher. Die riesige Scheußlichkeit aus jenen Tagen, als die Stadt unter Gauleiter Fritz Sauckel das »Modell der Machtergreifung« für die Nazis war – zuvor hatten sie ihren ersten Minister plaziert, für »Innen, Kultur und Volksbildung« – diesen Platz nennen die Weimarer »humorvoll unverkrampft« weiter Gauforum. Dort hat sich die Ausstellung »Wege nach Weimar. Auf der Suche nach der Einheit von Kunst und Politik« niedergelassen. Das ist so, wie all das, wo das Deutsche Historische Museum die Finger drin hat: gespenstisch, symbolisch und ungenau. Wahrscheinlich nennen die Ausstellungs-Entertainer das »artifiziell«. Plötzlich – gerade hat man noch den schönen Goethespruch »Gott gibt die Nüsse, aber er beißt sie nicht auf« zur Nazi-Goethewoche 1936 gelesen – ist man auch schon wieder draußen. Man rennt zurück, glaubt, sich verlaufen, im Labyrinth der »janusköpfigen Geschichte« eine Koje verpaßt zu haben. Nein – die DDR kommt im Mythos Weimar nicht vor. Aus Pietät, wie mir eine Mitarbeiterin im Gestalterteam sagte, »um keine Gefühle zu verletzen«.

Aber (oder auch ohne aber) der Goetheplatz an der alten Hauptpost wird hübsch! Das Kulturstadtjahr spendiert ihm ein Buswartehäuschen. Er bekam schon Mäuerchen und Treppchen aus einem Stein, den die Weimarer bereits aus Buchenwald kennen. Also, nicht ganz so schön – aber ähnlich. Plötzlich strömen Leute zusammen, steil frisierte junge Damen zwischen kleinen, dicken Rentnern. Die Frisierten werden in den Saal geleitet. Dort hat die Haarschneide-Kette Mason zum Workshop gebeten. Denn der »up down« bei den Folienströhnchen »wird immer noch stiefmütterlich behandelt«.

Die Rentner drängen sich in einen Raum, in dem fast tote Katzen in Käfigen liegen, hinter denen ältere Frauen mit sanften Augen sitzen. Der Tierfreunde und Tierschützer e.V. prämiert heute vom Tode errettete Katzen, um – wie mir der Vereinsvorsitzende Prof. emeritus Gunter Kirchner sagt – »ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu begleiten«. Seine tierquälerische Aktion steht im offiziellen Kulturstadtkalender. Und da gehört sie seiner Meinung nach auch hin, »weil das humanistische Erbe Goethes das Tier als Mitgeschöpf sieht«. Prämiert wird nicht etwa nach Schönheit, sondern nach einem typischen ostdeutschen Bürgerrechtler-Kriterium: Welche Katze hat die schrecklichste Opferbiographie? Es ist Charly – er wurde unter einem Bagger gefunden. Sein Frauchen zerrt ihn raus, und er harnt sofort los. »Charly, nun freue dich!«, ruft es ihm zu.

Weimar, nun freue dich!« – so ein Befehl an die einheimische Wohnbevölkerung kann auch nur einem Westler einfallen! Von Anfang an hat Bernd Kauffmann – »Intendant und Generalbeauftragter« – alles falsch gemacht. Er hat die Kulturstadt als Gegenentwurf zum Weimarer Spießer-Mucker-Täter- und Mitläufertum entworfen. Und zwar nicht heimlich (das hätten sie ihm verziehen), sondern in frecher Offenheit. Selbst Leute, die mit ihm im Geiste sind, wie der Galerist Frank Motz von der »Gruppe der sieben Zwerge«, finden ihn kalt. Kauffmann hätte zum Eröffnungsfeuerwerk was Liebes sagen müssen, findet er – oder sich auf dem Zwiebelmarkt einen Stand mieten sollen und sein Konzept für Krethi und Plethi zur Diskussion stellen. Demokratie eben, statt Adel des Geistes. Er hat das nicht gemacht, sondern die Weimarer wie Weimaraner behandelt. Zum Schluß, als sie schon viele Attraktionen hatten fressen müssen, hat er ihnen noch eine versprochen: Ein französischer Skulpteur – also nicht die einheimische Bauwirtschaft – sollte den ollen Rollplatz mit Stelen bepflastern. Das Maß war voll. Heute hat der Rollplatz die Attraktion, völlig unberührt vom Kulturstadtjahr zu sein. Doch Kauffmann ist ein schlechter Verlierer. Unter der Zeile »Das wäre ihr Preis gewesen« präsentiert er den Entwurf, »der zu niemandes Herz« fand, noch einmal im offiziellen Katalog. Und zur Strafe hat er dieses Buch, das sich die Bürger doch in die Vitrinen stellen wollten, in KZ-Streifen eingebunden.

Was bleibt? Für Michael Bahr, der seit neun Jahren die Lokalnachrichten für die »Thüringer Allgemeine« aus Weimar schreibt, vor allem eins: Endlich wurde die Deutsche Bahn – man entsinne sich: der »official carrier« – genötigt, ein Regionalticket einzurichten und den Regionalverkehr zwischen Jena-Weimar-Erfurt in Schwung zu bringen. Das kann Weimar keiner mehr nehmen. Vorerst jedenfalls nicht.

Und die Bürger sind nicht mehr eingeschnappt, daß man mit ihnen eine Kulturstadt macht. Doch manchmal verzerrt nicht nur der Haß ihre Züge, sondern auch die Heimatliebe. Im lieblichen Ilmtal kann man nicht ruhig spazierengehen. Da kommen einem Weimarer zuhauf entgegen, die unadressiert böse Worte ausstoßen. Familie Vetter, zwei Kinder, ein Hund: Frau Vetter ist kurz, hat aber eine Unterlippe wie ein Michelin-Reifen. Die Kinder dann natürlich auch. »Obfoggeln müßde ma dos!« oder: »Daß dos noch keener obgefoggeld hod!« rufen die Vetters ein übers andere Mal aus. Gemeint ist die Doublette des Goethe-Gartenhauses unter zerfetzter Bauplane. Gemeint ist auch der Schwarze Kubus, ein Theaterhaus an der Ilm. Gemeint ist der ganze Kulturkram, sofern er nicht den Einzelhandel belebt. Wozu einen Mythos haben, wenn man ein KZ hat?

»Goethes Gartenhaus: Dreifach« ist das Sponsoring der Sparkasse. Die erste Kopie ist das neue Häuschen auf alt gemacht. Zur Defloration der Bauplane ist Konrad Kujau geladen. Also ein Witz, oder? Das muß einem Kleinsparer natürlich

aufstoßen. Er kauft sich ja auch nicht eine Schrankwandkopie, wenn er schon eine Schrankwand hat. Er ahnt freilich nicht, wieviel Philosophie darin lauert: das »falsche« Gartenhaus im »richtigen« Leben! Oder ist das richtige nicht eigentlich falsch, wenn es verrammelt bleibt? »Kann man Aura klonen?«, fragt Kulturstadt-Medienpartner 3sat ganz besorgt. Das sollte uns zu denken geben. Die zweite Kopie wird virtuell sein – als »das Unwirkliche im Wirklichen« und umgekehrt, virtuell (ausgerechnet bei der Sparkasse, deren Website im Internet seit Wochen Computerabstürze auslöst!). Wenn der »auratische Raum«, das Original simulierbar sind, hätten wir dann nicht – vorausgesetzt, die Amis hätten Weimar gerechterweise zerbombt – das Kulturstadtjahr auch virtuell begehen können?

Mathias Wedel schrieb in KONKRET 1/99 über die Geschlechtsumwandlung eines Bürgermeisters

Konkret 04/99, S. 60

Kay Sokolowsky

Volles Feuer

Vladimir Nabokov wäre dieser Tage hundert Jahre alt geworden. Er hat beste Chancen, auch am 23. April 2099 eine Huldigung dieser Art zu ernten

»[illegible] ist berühmt, nicht ich. Ich bin ein obskurer, in zweifacher Beziehung obskurer Romanschreiber mit einem unaussprechlichen Namen.«
Vladimir Nabokov

Es ist gewiß albern, wenn nicht gar barbarisch, aus dem Meer von Dichtung, das die Jahrhunderte umspült, die angeblich größten Fische zu ziehen und sie auszustellen wie majestätische Abnormitäten, zoologische Sonderfälle, die mit den Heringsschwärmen, den Plankton- und Krillwolken, von denen Literarhistorien sich mästen, nichts zu schaffen haben als eben dies: nichts mit ihnen zu schaffen zu haben. Da aber die Lektüre artifizieller Literatur in der Regel und übrigens auch zum größeren Vergnügen eine einsame Beschäftigung ist, neigt der Leser gern dazu, seine eigene Isolation zu projizieren auf den Autor; und wenn er, der Leser, überdies pathetisch disponiert ist, werden ihm die Dichter, die sich durch Arroganz, Selbstbewußtsein und Abwesenheit irgendeiner Rücksicht aufs Publikum hervortun, rasch die wichtigsten und liebsten – Masochismus heißt die Tugend des Apostels. Albern und barbarisch, wie gesagt, ist es, Flaubert, Melville und Tolstoj (in dieser Reihenfolge) als die bedeutendsten Romanciers des 19. Jahrhunderts, Vladimir Nabokov, Ror Wolf, Arno Schmidt (dito) als die des 20. auszuschreien (ob man schon weiß, daß da auch Dostojewski, Poe und Gutzkow, hier James Joyce, Leo Perutz und Samuel Beckett ihr Wesen trieben) – aber (ein ABER in Neontönen) ich wüßte wirklich nicht, wer im ablaufenden Säkulum der Kunst und dem Genie Nabokovs außer eben Schmidt und Wolf das Wasser zu reichen vermöchte.

Und dabei kann ich nicht einmal russisch, was objektiv unumgänglich ist, um die Kunst meines Helden, der, als Exilant notgedrungen, die zweite Hälfte seines Œuvres in einer, seiner, Art Englisch verfaßte, wirklich ermessen zu können: [illegible] *[illegible].

Zauberei, Spezialeffekte, falsche Hasen, doppelte Böden, Spiegelkabinette und bengalische Feuer sowie ein monumentales Mißtrauen gegen die »Wahrheit« des »gesunden Menschenverstands« verleihen der Prosa Nabokovs ihre betörende Kraft; sie kennt keine »Botschaften« oder Moral, sie schert sich den Teufel um den Geist der Zeit, sie schillert vor changierenden Bedeutungen, ohne je prononciert etwas bedeuten zu wollen, sie löst sich gänzlich auf in den Dingen, den Gesten, den elektrischen Entladungen der Hirnrinde. [illegible] Das sagte er, um sich die Philister vom Leibe zu halten, die ihm politische Absichten unterstellten, wo er, keine Faser ein Journalist, allein und vielmehr von dem Alb, den Politik ihm bereitete, schrieb, die geborenen Studienräte und Volkshochschuldozenten, die nach autobiographischen Spuren in seiner Prosa suchten, ohne sich um die viel interessantere Konstruktion fiktiver Biographien zu kümmern, die er unendlich kunstvoll darbot. Nabokov ist, im Guten, von Leuten mißverstanden worden, die einem noch als Feinde peinlich sein können: Daß Marcel Reich-Ranicki ihm immer wieder Elogen sang, wäre, heute noch, ein guter Grund, sich über die Reling zu hängen und stundenlang zu reihern. Nabokov freilich ging, ein souveräner Geist auch hierin, lieber Schmetterlinge fangen und riet den Kritikern, die glaubten, schlauer zu sein als er und das auch noch vorführen zu müssen: [illegible].

Der Sprößling einer der reichsten und mächtigsten Familien des zaristischen Rußland blieb ein Kind seiner Klasse durch alle Fährnisse und bis zuletzt: Er, der geborene Aristokrat, dachte gar nicht daran, sich einen falschen Bakuninbart anzukleben oder den Bolschewisten die Genugtuung zu erweisen, sie um die sagenhaften Reichtümer zu verklagen, die ihr Sieg ihm entrissen hatte – meine [illegible] *(*[illegible] *1917* [illegible]*)* [illegible] Seine einzigartige, allenfalls mit Goethes [illegible] vergleichbare Autobiographie [illegible] verschwendet denn auch kein Wort an das, was hätte sein können, wenn Lenin nicht ... Nabokovs Trauer ums alte Rußland, nach einer langen Flucht durch die

Bürgerkriegswirren, von St. Petersburg über die Krim gen England, ist pur ästhetisch, gebrochen durch Ironie: [illegible] Tausendundeiner Nacht. [illegible] In den Memoiren wird die Emigration außerdem mit einer prävirilen Liebesgeschichte überblendet, nicht von Weltpolitik oder gar Philosophie. Das ist der Unterschied zu, zum Beispiel, Thomas Mann, den Nabokov verachtete wie nur je einen Domestiken.

Den aristokratischen Dünkel, die gleichsam eingeborene Überheblichkeit und Frechheit, welche Nabokov unentwegt vor sich herträgt wie ein Herold das Familienbanner, habe ich niemals verabscheut; ich beneide ihn vielmehr um die Selbstverständlichkeit, mit der er sie artikuliert. Der Laie macht sich ja keinen Begriff, wie schwer es dem sekundären Autoren fällt, das feudale Arschloch zu markieren! Nabokov mußte gar nichts markieren. Er war, und wußte es, ein Solitär: [illegible] 98,9 Prozent aller Dichter aller Zeiten wären froh, hätten sie nur einmal roh so zu träumen vermocht wie dieser ekelhafte Don Nabokov. Niemand hat jemals elegantere, irisierendere, byzantinischere Metaphern erdacht als er, und an der opaken Pracht seiner Romanphantasien geht alles zuschanden, was das Feuilleton sich an Besteck aus Weißblech gießen ließ.

[illegible] Dagegen ließen sich viele und gewichtige Einwände erheben. Sie sind mir nur gerade entfallen.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 3/99 über Alice Schwarzer und Leni Riefenstahl

Konkret 04/99, S. 61

Georg Fülberth

Buch & Deckel

Lars Lambrecht, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen. Verlag Jenior und Pressler, Kassel 1998, 280 Seiten, 34 Mark

Eine Autorengruppe um die Soziologen Karl Hermann Tjaden und Margarete Tjaden-Steinhauer in Kassel bemüht sich seit Jahren um eine Reformulierung des Historischen Materialismus nicht gegen den klassischen Marxismus, aber unter Überwindung jener Verengungen, die dieser ihrer Meinung nach unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts, in dem er entstand, von Anfang an aufwies. Gemeint sind zunächst Friedrich Engels' *Der Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates* und seine Überlegungen über den Anteil der Arbeit bei der Menschwerdung des Affen. Jene finde sich auch vorher schon. Beschränke man sich darauf, sei der Mensch zunächst nichts Besonderes gewesen. Sogar die Gesellschaften seien älter als er. Diese werden von Lambrecht, Tjaden

und Tjaden-Steinhauer als der Zusammenhang interpretiert, in dem Lebewesen ihren Unterhalt beschaffen, den Nachwuchs aufziehen und ihr räumliches Umfeld sichern. Subsistenz-Organisation, Reproduktion der Bevölkerung und Politik sind für sie bis heute die drei Funktionen von Gesellschaft. Es fällt auf und ist beabsichtigt, daß die bei Marx und Engels zentral stehende Produktion nicht dazu gehört, sondern nur eine Art Unterfall darstellt. Die Bindung von Politik an Klassenherrschaft sei ein zwischenzeitliches historisches Faktum, habe aber nicht allezeit gegolten.

Die Autorengruppe interessiert sich für die Entstehung der solcherart definierten Gesellschaft, bedient sich dabei der Forschungsergebnisse der Prähistoriker und kommt so glatt auf Anfänge vor 1,8 Millionen Jahren. Das ist sogar eher zufällig, da man auf erhalten gebliebene Funde angewiesen ist: Die ältesten gibt es in Olduvai im heutigen Tansania. Verläßt man sich auf die anderen für das Thema relevanten Ausgrabungsstätten, so gelangt man erst ganz zum Schluß – nämlich vor ca. 5.000 Jahren – dorthin, wo nach überholter Auffassung alles anfing: nach Mesopotamien. Dennoch reicht das Material aus, um den klassischen Kanon des Historischen Materialismus zu behandeln, zum Beispiel die Frage nach den Bewußtseinsformen, die der jeweiligen – eben nicht Produktionsweise, sondern: – Subsistenz-, Nachkommensaufzucht- und Territorialgestaltungs-Strategie entsprechen, und nach der Entstehung von Ungleichheit.

Das Büchlein erweckt den Eindruck, unpolitisch zu sein. Nimmt man ihm das nicht ab, eröffnen sich Ausblicke auf eine Kritik des Kapitalismus, für welche dieser nicht nur deshalb inakzeptabel ist, weil in ihm ausgebeutet wird, sondern weil er Gesellschaft in der Praxis ebenso auf eine Produktionsweise reduziert wie der bisherige Marxismus in der Theorie. Leicht begreift sich, welche Plackerei eine Anwendung des hier vorgestellten Modells auf die schriftlich überlieferte Geschichte bedeuten würde. Insofern kann der hohe Anteil der Kopfarbeit an der Wissenschaft-Werdung des Historischen Materialismus nicht bezweifelt werden.

Konkret 04/99, S. 61

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Moshe Zuckermann: Zweierlei Holocaust. Wallstein Verlag, Göttingen 1998, 182 Seiten, 38 Mark

Vor dem Hintergrund verschiedener ideologischer Formen der Erinnerung in Israel und in der Bundesrepublik gelingt Moshe Zuckermann in seinem Buch *Zweierlei Holocaust* der Entwurf einer nicht instrumentalisierten Wahrnehmung der Ereignisse in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die auf »Schadensabwicklung« und »Wiedergutmachung« ausgerichtete »Materialisierung der Sühne« in der Politik der Bundesrepublik und die seiner Ansicht nach als »Legitimationsideologie« funktionierende, staatskonforme Holocaust-Rezeption in Israel. Generell sei im Bereich staatlicher Ideologie Erinnerung nur in verdinglichter Form möglich. Zuckermann plädiert deshalb für »universal ausgerichtete, ... nicht partikularistisch verengte« oder »heteronom vereinnahmte« Formen der Erinnerung. Der Opfer möge »um ihrer selbst willen« und nicht »als Teil einer nachträglich mit Sinn ausgestatteten ›Opferhandlung‹« gedacht werden. »Gerade wegen seiner einzigartigen Erscheinung in der Weltgeschichte« müsse der Holocaust »zum nie mehr wegzudenkenden historischen Warnsignal werden, das als solches eben nicht als vergleichbares Phänomen ›ausharrt‹, sondern unentwegt auf die Möglichkeit menschlicher Barbarei verweist«.

»Authentisches Andenken« kann sich nach Zuckermann nur im Privaten ereignen. Eine politische Dimension habe dieses Andenken insofern, als es den Individuen sittliche Entscheidungen abfordere. Ob dabei den erinnernden Nachgeborenen tatsächlich nur die Möglichkeit bleibt, in ihrer »Selbstbestimmung zwischen der Identität des Mörders und der des Gemordeten« zu wählen, ist zu bezweifeln. Alle Versuche, sich in Lagersituationen hineinzuversetzen, sich gar nachträglich entweder den Mördern oder den Gemordeten hinzuzuaddieren, entspringen einer nur scheinbar rigorosen Sittlichkeit, deren Reiz wohl darin liegt, ebenso gefühlsaufwühlend wie lebensweltlich fiktiv zu sein. Bei der von identifikatorischen Bedürfnissen motivierten Betrachtung des Verhältnisses von Mördern und Ermordeten gibt es außer den verschiedenen Techniken des Mordens nicht viel zu lernen.

Erinnerung an die Ermordeten ist für Zuckermann undenkbar ohne politisch emanzipatorische Optionen. Die inhaltlichen Bestimmungen dieser Optionen, etwa die Aufforderung zum Schutz von Minoritäten und Menschenrechten, zum Kampf gegen Rassismus und zur »Herstellung von Verhältnissen, die sich ihrem Wesen nach der Gewalt entledigen«, bleiben allerdings so allgemein und kryptisch, wie es sich für zeitgenössische kritische Gesellschaftstheorie anscheinend gehört.

Konkret 04/99, S. 61

Oliver Nagel

Buch & Deckel

Walter Moers: Die 13 1/2 Leben des Käpt'n Blaubär. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 703 Seiten, 49,80 Mark

Wenn Walter Moers ein Kinderbuch schreibt (sic!), dessen Held Käpt'n Blaubär heißt, dann lohnt sich ein genauer Blick allemal. Sollte man meinen. Denn schließlich ist Moers bislang noch immer durch seinen gleichermaßen innovativen wie urkomischen Stil aufgefallen: zuletzt mit *Wenn der Pinguin zweimal klopft ...* und dem in »Titanic« teilweise vorabgedruckten *Adolf*. Moers' überdurchschnittliche Komik machte es möglich, gegenüber dem omnipräsenten *Kleines-Arschloch*-Merchandising Nachsicht walten zu lassen; an den Werbeentgleisungen des »Käpt'n Blaubär« war weniger Moers schuld als der rechtebesitzende WDR.

Die mediale Rückeroberung des Blaubären versucht Moers nun mittels des 700-Seiten-Romans *Die 13 1/2 Leben des Käpt'n Blaubär*. Daß das nicht so recht gelingen will, liegt keineswegs an der Gestaltung des Bandes: Die ist äußerst liebevoll, mit vielen hübschen Illustrationen aus des Meisters Feder, passend in den Text integriert, aufwendig gesetzt. Es liegt an der Fabel, die die halbe Vita des Seebären umfaßt: In die 13 1/2 Episoden kommt kein rechter Schwung – zu disparat stehen die Abenteuer nebeneinander, zu beliebig sind die Figuren und Geschichten, zu schmerzhaft die logischen Brüche, wenn der Käpt'n, der durch das ganze Märchen hindurch nie mit menschlicher Zivilisation in Kontakt kommt, sich plötzlich von einem Geräusch an »eine U-Bahn, die in einen Bahnhof rauscht,« erinnert fühlt. Bei vielen Einfällen Moers' hat man den Eindruck, sie hätten als Comic funktioniert, und möglicherweise überzeugt die geplante Verfilmung mehr als der Roman (was allerdings zu glauben schwerfällt, wenn man sich an den *Kleines-Arschloch*-Film erinnert) – das geschriebene Wort fügt sich jedenfalls Moers' Ideen leider oft nicht. Ob Kinder trotz dieser Mängel Gefallen an den *13 1/2 Leben* finden, ist schwer zu beurteilen – dem Moersfan über Zwölf bleibt ein umfangreiches gezeichnetes Werk. Das hiermit nochmals zu loben völlig überflüssig ist.

Konkret 04/99, S. 62

Frank Schäfer

Der Aufklärer als Selbstbeobachter

Erstmals ins moderne Deutsch übersetzt, stellt sich ein Philosoph vor, der 200 Jahre zu früh kam - Michel de Montaigne

Kurz vor seinem Tod hat sich der große Essayist Jean Amery in seiner Lessing-Rede noch einmal programmatisch zur klassischen Aufklärung bekannt, genauer: »zu einer Philosophia perennis, die in sich alle ihre Korrektive birgt, so daß es müßiges Spiel ist, sie dialektisch zu dislozieren«. Gegen Theodor W Adorno und Max Horkheimer behauptete er, »daß nicht, wie man es uns seit der ersten Welle romantischer Gegenaufklärung versichert, die Aufklärung versagt hat, sondern jene, die man zu ihren Hütern bestellte«. Aufklärung, wie Amery sie verstand, bedient sich zwar kühler analytischer Vernunft, stellt diese aber in den Dienst der Menschlichkeit. Vor einem sich absolut setzenden Rationalismus, der sein humanistisches Erbe verrät und sehr wohl zum Werkzeug der Barbarei taugt, ist eine Aufklärung, die diesen Namen verdient, durch ein ihr immanentes »Korrektiv« geschützt - ihren empirischen Skeptizismus. Der nämlich mißtraut allzu abstrakten Gedankengebäuden und versucht, zwischen Bücher- und Erfahrungswissen zu vermitteln. In diesem Sinne war Michel Eyquem, Seigneur de Montaigne, der gascognische Gutsherr und Edelmann, der erfolgreiche Renaissance-Politiker, der 38jährig sein Parlamentsamt verkaufte, um sich im Bibliotheksturm seines Schlosses über der Dordogne »in den Schoß der gelehrten Jungfrauen« zurückzuziehen und an seinen Abhandlungen, Kommentaren und Glossen, seinen *Essais* zu feilen - in Amerys Sinne war Montaigne ein echter Aufklärer. Und das immerhin zwei Jahrhunderte vor dem Anbruch der so benannten Epoche.

»Die philosophischen Untersuchungen und Spekulationen«, dekretiert Montaigne in seinem letzten, als eine Art Bilanz ans Ende seiner Sammlung gestellten Essay »Über die Erfahrung«, »dienen lediglich unsrer Neugier zur Nahrung. Die Philosophen verweisen uns zwar mit vollem Recht auf die Gesetze der Natur, machen sie aber durch ihre abgehobnen Erkenntnisse keineswegs klarer - im Gegenteil: Sie verfälschen sie und führen uns das Erscheinungsbild der Natur mit zu grell übermalten und verzerrten Zügen vor Augen. Hieraus entstehn all die völlig uneinheitlichen Darstellungen eines derart einheitlichen Gegenstands.«

In einer von .Glaubens- und Bürgerkriegen zerrütteten Welt, in der die weltlichen und religiösen Ordnungssysteme zur Disposition stehen, wird das Denken in objektiven; Ausschließlichkeit beanspruchenden Systemen fragwürdig. Angesichts von Zerfall und zunehmender Disparatheit individueller Erfahrungen ist die einzige große Wahrheit nicht mehr zu haben. Der redliche Geist stellt sich der Vielfalt der empirischen Phänomene und bescheidet sich mit partiellen, nicht zuletzt auch vorläufigen Erkenntnissen. Er beschränkt sich auf das subjektiv Verantwortbare: »Ich studiere mich mehr als irgend etwas anderes -.das ist meine Metaphysik, das ist meine Physik«, bemerkt Montaigne im selben Essay. , Und: »Ich möchte lieber mich selber recht verstehen als den Cicero. An meiner eignen Erfahrung fände ich genug, um weiser zu werden.« Deshalb bezieht er all die Gegenstände, denen er seine Aufmerksamkeit widmet - Einsamkeit, Trunksucht, Knabenerziehung, Alter, Tod oder der Daumen usw. -, stets auf seine Person. Seine Versuche sind zugleich Rechenschaftsbericht und Selbstanalyse: »Ich selber, Leser, bin also der Inhalt meines Buchs: Es gibt keinen vernünftigen Grund, daß du deine Muße auf einen so unbedeutenden, so nichtigen Gegenstand verwendest.«

Diese Captatio benevolentiae der Vorrede ist nicht bloß Rhetorik, sondern in besonderem Maße triftig. Für Montaignes Zeitgenossen müssen solche Worte unerhört gewesen sein. So etwas wie Selbstaussprache gab es zwar auch zuvor schon, aber ausschließlich von Mystikern, selbsternannten Propheten und anderen in religiösem Wahn schier vergehenden Obskuranten. Und deren exaltiertes Ich sprach auch nicht eigentlich von sich, sondern von dem ganz anderen. Die egozentrische Rede dieser Frömmler und Glaubensekstatiker war legitimiert durch ihre Funktion als Medium und Stellvertreter einer wie auch immer gearteten metaphysischen Größe. Montaigne dagegen kommt völlig ohne Transzendenz aus, besitzt auch keine sonstige »dritte« Legitimationsinstanz. Seine gänzlich profanisierte Selbstoffenbarung setzt ein modernes Subjekt voraus, das Privatheit und Individualität für sich einfordern kann.

Das wird zwar erst 200 Jahre später geboren, erlebt bei Montaigne aber seine erkenntnistheoretisch fundierte Antizipation. Das heißt nicht, daß Montaigne in der konkreten, subjektiven Erkenntnis einen festen Grund gefunden hätte: »Es ist eine gefährliche und folgenschwere Anmaßung - und zeugt obendrein von absurder Dummdreistigkeit -, alles, was unsere Vorstellung übersteigt, für nichts zu achten; denn habt ihr erst einmal nach Maßgabe eures ach so großartigen Verstandes die Grenzen von Wahrheit und Lüge festgelegt, und es findet sich, daß ihr plötzlich an Dinge zu glauben gezwungen seid, die an Befremdlichkeit die von euch geleugneten noch übertreffen, bleibt euch nichts anderes übrig, als eure ganze Grenzziehung wieder aufzugeben.«

Was folgt daraus? Zurückhaltung und Skepsis. Die Notwendigkeit einer ständigen Revision der Wissensbestände (so läßt Montaigne eine Münze prägen mit der Frage: »Was wissen wir?«). Aufgeschlossenheit gegenüber den Meinungen anderer (die könnten durchaus ja auch mal richtig liegen). Ein vorsichtiger Pragmatismus mit durchaus stoizistischen Zügen im

Lebensweltlichen, der zur Affirmation der bestehenden Verhältnisse neigt (was ihm Max Horkheimer in seinem Montaigne-Aufsatz dann ja auch vorgeworfen hat). Wenn nichts mehr gewiß scheint, hält man an den noch vorhandenen Rudimenten der Ordnung eben doch beharrlicher fest: den Glaubenstraditionen etwa, den überlieferten Sitten und Gebräuchen - und nicht zuletzt den Herrschaftsstrukturen, wie grausam und ungerecht sie auch sein mögen. Daß Montaigne sich ihrer Unzulänglichkeit gleichwohl bewußt war, zeigt die im Essay »Über die Menschenfresser« mitgeteilte Anekdote vom Zusammentreffen König Karls IX. mit drei Indianerhäuptlingen in Rouen. Der Regent führt den Exoten »unsere Lebensweise, unsre Prachtentfaltung und das Erscheinungsbild dieser schönen Stadt« vor und fragt, »was ihnen am meisten aufgefallen sei«. Die Indianer antworten, sie hätten bemerkt, »daß es Menschen unter uns gebe, die alles besäßen und mit guten Dingen jeder Art geradezu vollgestopft seien«, während andere »bettelnd an deren Türen stünden, von Armut und Hunger ausgemergelt; und sie fänden es verwunderlich, daß diese, notleidend, wie sie seien, eine derartige Ungerechtigkeit geduldig hinnähmen, statt die Reichen an der Gurgel zu packen und ihre Häuser in Brand zu stecken«. Montaigne benutzt die fremde Perspektive zur Decouvrierung der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft. Von einem camouflierten »Krieg den Palästen!«-Aufruf kann bei diesem Pragmatiker und dezidierten Realisten allerdings keine Rede sein. Zumal er selbst in einem wohnte.

Montaignes Pragmatismus greift auch in Fragen der Ethik. Er plädiert für Nachsicht gegenüber menschlichen Schwächen und Verfehlungen sowie für eine nachgerade kosmopolitische Brüderlichkeit. Wer immer mit dem eigenen moralischen Ausrutscher rechnet, wird sich nicht voreilig über den der anderen erheben. Und schon gar nicht wird er fremde Kulturen mit seinen eigenen, doch so unzulänglichen sittlichen Maßstäben messen wollen. Deshalb auch Montaignes rigide Parteinahme für die »Menschenfresser«: »Was mich ärgert, ist keineswegs, daß wir mit Fingern auf die barbarische Grausamkeit solcher Handlungen zeigen, sehr wohl aber, daß wir bei einem derartigen Scharfblick für die Fehler der Menschenfresser unseren eignen gegenüber so blind sind. Ich meine, es ist barbarischer, sich an den Todesqualen eines lebendigen Menschen zu weiden, als ihn tot zu fressen: barbarischer, einen noch als fühlenden Körper auf der Folterbank auseinanderzureißen, ihn stückchenweise zu rösten, ihn von Hunden und Schweinen zerbeißen und zerfleischen zu lassen (wie wir es nicht nur gelesen haben, sondern in frischer Erinnerung noch vor uns sehen: keineswegs zwischen alten Feinden, sondern zwischen Nachbarn und Mitbürgern und, was noch schlimmer ist, unter dem Vorwand von Frömmigkeit und Glaubenstreue), als ihn zu braten und sich einzuverleiben, nachdem er sein Leben ausgehaucht hat.«

Der so bescheidene wie weltliche Denker Montaigne, der sich seitenlang und gänzlich unlarmoyant über sein Nierenstein-Leiden ausläßt und ebenso offen über seine Gepflogenheiten beim »Scheißen« spricht, ist nun erstmals nach mehr als 200 Jahren in einer deutschen Gesamtübersetzung erschienen, und das in einer Ausgabe, die prächtig zu nennen fast schon untertrieben ist: respektheischendes Folioformat, zweispaltig gesetzt, mit barocken Initialen und vielen Faksimiles getrüffelt. Die *Essais* umgibt in dieser Ausgabe allerdings eine preziöse Aura, die der forcierten Profanität des Autors gänzlich zuwiderläuft, Distanz schafft, wo so oft - den dazwischenliegenden Jahrhunderten zum Trotz - keine zu existieren scheint, und die vermutlich das Lesen eher verhindert denn befördert, sie jedenfalls, im Wortsinne, erschwert, wiewohl der Eichborn Verlag doch gerade verspricht, Montaigne popularisieren zu wollen. Hier wird mit Pfunden gewuchert, und man braucht schon ein stabiles Lesepult, um diesen Folianten halbwegs komfortabel zu handhaben. Keine Bettlektüre also. Dabei eignen sich die *Essais* gerade dazu: zur unzusammenhängenden Lektüre, zum Lesen mit Unterbrechungen, zur Wiederaufnahme und Wiederholung. Montaignes unsystematischer Schreibart, seiner zwischen Anekdote, lockerer Plauderei, Klassikerexegese und philosophischer Rabulistik mäandernden Schreibweise folgt man nicht von Deckel zu Deckel. So ein Buch verlangt einen Leser, der ähnlich unsystematisch verfährt wie der Autor - auch weil dessen bisweilen durchaus enervierende Geschwätzigkeit mitunter zu einer längeren Pause nötigt. Kurzum: Eine handliche Dünndruckausgabe, am besten als Taschenbuch, wäre die Montaigne adäquate Präsentationsform gewesen. Mit ihr hätte man sich die halbe Stunde Wartezeit beim Zahnarzt durch Lektüre des Artikels »Über die Furcht« resp. »Über die Grausamkeit« versüßen oder zwischen zwei Badegängen am Strand etwas »Über den Müßiggang« lernen können, bevor der dann tatsächlich zerlesene Wälzer wieder auf den Nachtschrank zurückgewandert wäre.

Die Chance, die *Essais* als »Bibel der Skeptiker«, als wirkliches Hausbuch zu etablieren, ist vorerst also vertan worden. An der Übersetzung liegt das nicht. Hans Stiletts Deutsch ist zwar bisweilen etwas altväterlich, er fügt im Text Erklärungen ein, die in die gelehrten Anmerkungen gehört hätten, welche allerdings erst in zwei Jahren nachgereicht werden sollen, und er bietet alle Klassikerzitate in gereimten Jamben (wie kommt man nur auf, eine solch absurde Idee?), die noch dazu bisweilen arg an den Knittelverseschuster Hans Sachs gemahnen. Gleichwohl ist dabei ein gut lesbarer moderner Montaigne herausgekommen. Ein vollständiger überdies, zu dem es im übrigen keine wirkliche Alternative gibt. Die einzige sonst verfügbare Gesamtausgabe, erschienen bei Diogenes, die noch auf die erste, bisweilen etwas hölzerne deutsche Übersetzung von Johann Daniel Tietz zurückgreift, ist mehr als doppelt so teuer - und bildet eben den Sprachstand von 1753 ab. Und Mathias Greffraths freiere, elegantere Übertragung einiger ausgewählter Texte, die er seinen kompetenten Versuchen über Montaigne beigibt, können (und wollen) nicht mehr sein als ein Appetizer.

Michel de Montaigne: Essais. Erste moderne deutsche Gesamtübersetzung von Hans Stilett. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1998, Großformat, 576 Seiten, Subskriptionspreis bis 1.4.1999 99 Mark; danach 148 Mark

Mathias Greffrath: *Montaigne heute. Leben in Zwischenzeiten.* Diogenes Verlag, Zürich 1998, 412 Seiten, 49 Mark

---

Frank Schäfer schrieb in KONKRET 2/99 über Eugen Egners Mozart-Tagebücher

Konkret 04/99, S. 66

Günther Jacob

»Da kommt der Russe!«

Die Täter auf der Couch: Neue deutsche Trauma-Forschung. Stille Post III

In der internationalen Fachliteratur wird das Brandmal, das die Lager bei den Überlebenden hinterlassen haben, auf seine verschiedenen somatischen und psychischen Krankheitssyndrome und Persönlichkeitsstörungen hin untersucht. Tiefe und Verlauf der posttraumatischen Belastungsstörungen hängen demnach vor allem davon ab, in welchem Alter die Einzelnen deportiert wurden, wie lange sie inhaftiert waren, welchen konkreten Quälereien sie ausgesetzt waren, wie viele Angehörige sie verloren und in welcher sozialen und politischen Umgebung sie nach der Befreiung leben konnten. Besonders nachhaltig geschädigt wurden Kinder und minderjährige Häftlinge. Eine Untersuchung in Polen im Jahr 1985 zeigte, daß 97 Prozent von ihnen eine Invaliditätsrente bezogen, weil sie an vielfältigen körperlichen und seelischen Krankheiten litten. Viele Jahre dachten ehemalige Häftlinge in den Kategorien des Lagers und behielten auch hinsichtlich ihrer Eßgewohnheiten (viel Brot, hastiges Essen) oder Schlafgewohnheiten (Angst vor dem Gewecktwerden) ihre damalige Routine bei. Nach wie vor reagieren ehemalige Häftlinge übersensibel auf Befehle und Kommandos, auf Verbrennungsgestank oder die Ausdünstungen verschwitzter Körper.

Bis heute, das zeigen auch die aktuellen Untersuchungen von Dina Wardi, Ilany Kogan und anderen Psychotherapeuten, fassen die Patienten das, was sie mitteilen, oft sehr dinghaft auf, nicht als Vorgestelltes oder Erinnertes. Das Symptom dieser Einschränkung ist ihr Konkretismus, d. h. die Fähigkeit zum Gebrauch und zur Bildung von Metaphern ist als Folge einer Ich-Schädigung stark eingeschränkt. Unter der permanenten Morddrohung mußte alles Verhalten eindeutig sein, weil kein Platz war für Phantasien, Probehandeln und Metaphorisierungen. Weil die Fähigkeit, Emotionen verbal auszudrücken, blockiert war, kam es zur Verminderung oder gar zur Zerstörung der Fähigkeit zur Symbolisierung: »Als ich das Echo des Gewehrschusses hörte, der meine Mutter tötete, die auf diesem Todesmarsch hinter mir ging, wurde ich stumm. Über einen Monat lang konnte ich nicht sprechen.«

Die Konfrontation mit solchen Extrem-Traumatisierungen zwang die Psychoanalyse zum Umdenken. Für Freud produzierte noch ein innerer Konflikt zwischen Triebwunsch und Kulturanforderung die Neurose. Die traumatischen Erfahrungen der Holocaust-Opfer sind hingegen nicht das Ergebnis des Zusammenbruchs einer inneren Realität, wie beim psychotischen Menschen, sondern des Ausgeliefertseins an ein apokalyptisches äußeres Geschehen.

Daß das Trauma des Konzentrationslagers jenseits des Vergleichbaren und Erfahrbaren steht, bemerkten die Analytiker an den heftigen Gegenübertragungen. Die Behandlungen waren oftmals so belastend für die Therapeuten, daß viele von ihnen selbst schwer traumatisiert wurden. Die Therapeuten mußten erkennen, daß ihre Patienten in einer besonderen Realität leben, die sie nicht mit anderen teilen. »Einfühlung als klassische Technik zur Herstellung einer Relation zwischen Betroffenem und Gutachter fällt nach Lage der Dinge aus, da der Gutachter sich in das, was der Patient erlebt hat, infolge der fehlenden Vermittelbarkeit nicht einfühlen kann« (Eissler, 1963). Damit ist die an rekonstruierbaren und sinnvollen Kausalzusammenhängen orientierte Psychiatrie an eine absolute Grenze gestoßen, weil sie nicht über Wirkungen einer Wirklichkeit befinden kann, die sie nicht kennt.

Auch die Vorstellung von einer Heilbarkeit solcher Traumen mußte aufgegeben werden. Wenn eine Linderung gelingt, dann nicht in erster Linie als Folge der einen oder anderen Therapiemethode, sondern des Zusammenwirkens von privaten, psychotherapeutischen und politischen Faktoren. Wer z. B. die Folge-Traumen der »Wiedergutmachung« beurteilen will, muß sich vergegenwärtigen, daß viele der damit befaßten deutschen Beamten (Ärzte, Richter) die gleichen waren, die auch vor 1945 in diesen Behörden für Zwangssterilisationen und Deportationen zuständig waren. In Israel wiederum, wo das *post-concentration camp syndrome* seit 1967 anerkannt ist, bietet sich (seit dem Eichmann-Prozeß) ein günstiger Rahmen. Als jedoch im Golfkrieg eine Scud-Rakete in Tel Aviv einschlug, kam es zur Wiederholung des Traumas.

Das griechische Wort Trauma bedeutet Verletzung und gab zunächst der chirurgischen Traumatologie, die sich mit schweren Verwundungen beschäftigt, ihren Namen. Das psychische Trauma ist demzufolge eine seelische Verletzung, die jemandem durch natürliche (Erdbeben, Krankheit) oder durch menschliche Einwirkung (körperliche oder seelische Gewalt) zugefügt wird. Vom »Trauma der Geburt« (ein psychoanalytischer Klassiker) bis zur Prüfungsangst werden heute sehr disparate Ereignisse unter diesen Begriff subsumiert. Vieles, was einmal nur als lästig, frustrierend oder stressig galt, gilt heute oft als traumatisierend. Bei aller Kritik an solchen Trends, ist jedoch zu bedenken, daß dadurch, daß das Holocaust-Trauma zur Metapher für die Realitäten anderer Katastrophen wurde, deren Existenz häufig erstmals anerkannt wurde. Das Erschrecken über den Holocaust hat auch anderen Diskursen einen Raum geschaffen, denn die Bereitschaft, traumatische Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen, ist noch immer eingeschränkt.

Ohne das Wissen über das Holocaust-Trauma würden die Folgen von Folter oder Vergewaltigung weiterhin nicht richtig ernst genommen werden, gäbe es keine Flüchtlingskinderambulanzen und bliebe Derridas Mitteilung unverständlich,

derzufolge der Untergang der Sowjetunion weltweit Millionen Menschen traumatisiert habe. Die neuen Trauma-Lehrbücher führen unter Rubrik »spezielle Psychotraumatologie« sogar die Marxsche Kritik an ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen auf. Zugleich wird dort deutlich, daß die Wissenschaft mit dem Trauma und den entsprechenden Symptomen nicht eine Lösung, sondern ein ganzheitliches Objekt anbietet, das nun besetzt wird und politisch umkämpft ist. Denn es gibt auch Stimmen, die die Französische Revolution und die Berliner Mauer als traumatisierend bezeichnen. In Teilen der neuen deutschen Traumaforschung denkt man vor allem an die Dreieinigkeit von Front, Bombennächten und Fluchtundvertreibung: »Jahrelang lastete eine düstere Stimmung auf der Familie. Die Lebenslust war den Eltern abhanden gekommen. Der Vater kehrte körperlich unversehrt aus dem Krieg zurück, aber sein Weltvertrauen war dahin. Bei Streitigkeiten zog sich er sich stumm ins Nebenzimmer zurück. Für ihn sind Vergangenheit und Zukunft belanglos geworden. Mißmut und Schweigen machen ihn unfähig zur Empathie. ... Die Mutter wiederum verlagerte ihre Wünsche auf die Kinder, was ihnen die Ablösung während der Pubertät erschwerte. Das Trauma des Vaters durchdrang das Familienklima. Trotz Wirtschaftswunder dauerten die Wirkungen des Krieges an. Die verleugneten psychischen Verletzungen wirken fort bis hin zu den Kindern und Enkeln.«

So etwa beschreiben deutsche Psychoanalytiker heute die »traumatisierenden Folgeschäden der Kriegsereignisse« für die Tätergeneration. Die stilistische Diktion ist deutlich an der Holocaust-Literatur orientiert. Die umfangreiche und inzwischen vielfach in deutscher Übersetzung vorliegende internationale Literatur zur Erforschung der durch den Holocaust bedingten Traumen trifft seit etwa zehn Jahren auf ein wachsendes Interesse deutscher Psychoanalytiker, Psychologen und Geschichtsprofessoren, allerdings auf ein recht eigenartiges. Der Umfang der Buchveröffentlichungen über »die Wiederkehr des Dritten Reiches in der Psychotherapie« und die Möglichkeiten einer psychoanalytischen Konstruktion des Historischen hat deutlich zugenommen. Herausragende Rollen in diesem Genre spielen der Psychoanalytiker Tilmann Moser, Jahrgang 1938, sowie Wolfgang Schmidtbauer, Jahrgang 1941, bekannt durch seine Bestseller im Markt der Ratgeber-Literatur. Beide haben nach eigenen Angaben das Thema »erst seit der Wende 1989« entdeckt. Moser gilt heute als der eigenwillige Star dieser Richtung, was unter anderem dazu führt, daß er im Auftrag der Verlage die ins Deutsche übersetzte israelische und US-amerikanische Traumaliteratur mit Vorworten versieht, in denen er den Nutzen dieser Literatur für die Täterberatung propagiert. Eine Autorin, die im Jüdischen Verlag veröffentlicht, hat sich dagegen verwahrt. Etwas andere Akzente im Feld der deutschen Traumaforschung setzt eine Forschungsgruppe am Frankfurter Sigmund-Freud-Institut um Christian Schneider. Zwar deutlich differenzierter als Moser, geht die Gruppe jedoch ebenfalls davon aus, daß die deutsche Tätergeneration ihr psychisches Trauma auf ihre Nachkommen überträgt. In diese Richtung geht offenbar auch die seit 1995 existierende Arbeitsgruppe »Trauma, Gewalt und Genozid« am Hamburger Institut für Sozialforschung, die im November 1998 eine internationale Konferenz von Traumaforschern in Hamburg durchführte (Veröffentlichungen vor allem im »Mittelweg 36«).

Nun wissen natürlich alle, daß das Trauma im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zuallererst das der Verfolgten ist. Den Deportierten war jegliche Kontrolle über ihre Umwelt entzogen, aus ihrer Sprache waren fast alle Konnotationen aktiver Ermächtigung beseitigt – freier Wille, geistige Optionen, Erwartungssicherheit, Überlegenheit, die Rhetoriken des »Machens« und der Problemlösung. Selbst wenn man in Erwägung zieht, daß auch deutsche Täter nicht unbeschädigt geblieben sind, so ist doch nur in den Lagern ein traumatischer Kosmos *realisiert* worden, d. h. wirklich und konkret erlitten worden. Darin besteht der Unterschied zu eventuellen Psychosen von Tätern, die sich als Herren der Situation fühlen konnten und deshalb auch heute mit einem heroischen Gedächtnis ausgestattet sind.

Tilmann Moser behauptet demgegenüber, die Traumatisierungen in Täter- und Opferfamilien seien vergleichbar: »Der ›Pakt des Schweigens‹ hat in beiden Familien Leerstellen hinterlassen, die von bedrohten Phantasien und seelischen Verbiegungen ausgefüllt sind.« Zwar könne nicht »Einebnung und Angleichung das Ziel sein«, anzustreben sei aber »ein Verstehen, das die Wahrheit des anderen aushält.« Welche Wahrheit? Überlebende schweigen oftmals, aber ihr Schweigen ist, anders als bei den Tätern, kein Verschweigen. Sie produzieren durch ihr Schweigen keine Unwahrheit. Im Unterschied zu den Kinder der Überlebenden wissen die Nachkommen der Tätergeneration mehrheitlich nicht, was ihre Vorfahren in der Zeit des Nationalsozialismus genau taten.

Zusammen mit dem Vorwurf ei-

ner fehlenden »Vergangenheitsbewältigung« (deren juristische Dimension ohnehin keine Rolle mehr spielt), ist die These von der Traumatisierung der Täter vor allem eine freundliche Rückprojektion ihrer Nachkommen, die sich ihnen nun als Therapeuten anbieten und mit ihnen die Bedeutung der Ereignisse neu aushandeln wollen. Auffallend wohlwollend wird unterstellt, die Bevölkerungsmehrheit habe damals an einem getrübten Bewußtsein gelitten, habe sich selbst belogen, ihre »eigentlich« gute Gesinnung unterdrückt und sei gedankenlos hinter den Nazis hergelaufen. Dabei zeigen alle Aussagen von »Zeitzeugen« seit 1945, daß sie, abgesehen von einigen allgemeinen Konzessionen an die Vorgaben des jeweiligen Bundespräsidenten, sofort glänzende Augen bekommen, wenn sie sich erinnern dürfen, wie sie »es« damals wirklich empfunden haben. Diese anhaltende affektive Bindung an diesen Abschnitt ihrer Lebensgeschichte hat damit zu tun, daß sie wirkliche materielle Vorteile aus der Verfolgung und der imperialistischen Expansion zogen und sich dabei als Herren fühlen konnten. Diese Erfahrungen waren keineswegs traumatisch.

Sicher: Einige schreien im Schlaf (»›Da kommt der Russe!‹ Mein Mann schrie nachts im Traum, und wenn ich ihn dann mal angerührt habe: ›Ja, was ist?‹«; zit. bei Dörr), manche haben sich umgebracht (meistens aber aus Angst vor dem Strick), manche wurden Alkoholiker, andere terrorisierten nach 1945 einfach ihre Familienangehörigen. Doch krank sind deswegen nur wenige. Auch in den 60er Jahren konnte, wie eine Untersuchung von Alexander und Margarete Mitscherlich nachwies, eine psychische Traumatisierung nicht klinisch verifiziert werden: »Erstaunlicherweise kam es keineswegs zu einer massiven Vermehrung von Versagenszuständen, die bis zur klinisch faßbaren Krankheit geführt hätten. Aus den Aufzeichnungen über rund 4.000 Patienten geht hervor, daß sich nur extrem wenige Anhaltspunkte für den Zusammenhang ihrer gegenwärtigen Symptome mit Erlebnissen der Nazizeit fanden.«

Zu den schon auf den ersten Blick auffallenden Merkmalen der neuen deutschen Traumaforschung gehört jedoch, daß man die Resultate der Holocaust-Forschung einfach schöpferisch auf die Tätergeneration »anwendet« und dabei die Unterschiede ausblendet: »Auf extreme Belastungen – an der Front, auf der Flucht, im KZ – reagieren Erwachsene durch psychische Zentralisation« (Schmidtbauer). Diese in den ersten Jahren noch mit Entschuldigungen verzierte Bezugnahme auf jüdische Patienten (»Die am besten untersuchte Gruppe von extrem Traumatisierten«) und auf die Forschungsarbeiten jüdischer Therapeuten ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden: »Die stete Präsenz des Traumas in der Arbeit mit jüdischen Analysanden hat meine Aufmerksamkeit für die traumatischen Prozesse in den Familien der Kriegsheimkehrer geweckt und geschärft« (Schmidtbauer).

Nun würde keiner dieser Autoren solche Vergleiche wagen, wenn sich ihre Unzulässigkeit noch von selbst verstehen würde. Doch das ist längst nicht mehr der Fall. Da gibt es zum einen das Buch *Die Last des Schweigens* des in Israel lebenden Dan Bar-On (USA 1989, BRD 1993). Dieser Autor führte als einer der ersten Interviews mit den älteren Jahrgängen der Söhne und Töchter mehr oder weniger bekannter Nazi-Funktionäre durch. Obwohl sich dieses (in Israel umstrittene) Buch durch das wachsame Mißtrauen des Autors von den Texten der deutschen Traumaforscher deutlich unterscheidet, wird es von ihnen als Legitimationsinstanz instrumentalisiert.

Dazu dient auch das »Kampftrauma« der Vietnamkriegsliteratur, das sich zur Parallelisierung mit dem Zweiten Weltkrieg eignet. Seit in den 80er Jahren Traumen als Kriegsverletzung anerkannt wurden und seit Robert McNamara sein Buch *Vietnam: Das Trauma einer Weltmacht* (1996) geschrieben hat, scheint dies eine leichte Beweisführung zu sein. Jonathan Shays *Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust* (Hamburger Edition 1998) erinnerte Katharina Rutschky in der »FAZ« an deutsche Kriegstraumen: »Erst heute, mehr als fünfzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, scheint die Zeit gekommen, daß wir über die Kosten nachdenken können, die auch Generationen später noch bezahlt werden müssen, wenn Krieg geführt worden ist.« Auch Bernd Greiner denkt im »Mittelweg 36« (1/97) über verpaßte Gelegenheiten nach: »Man hat Jonathan Shay vorgehalten, daß er sich allzu emphatisch auf die Schicksale seiner Patienten einläßt: Immerhin habe er es in manchen Fällen mit Kriegsverbrechern zu tun, die nur als Opfer ihrer Traumatisierung zu sehen nicht unproblematisch sei.« Manche Kritiker fragen auch, ob es ihm nicht »vorrangig um eine Optimierung der Kriegspsychiatrie ginge«. Greiner weist diese Einwände nicht nur zurück, sondern empfiehlt dem »deutschen Publikum«, sich folgende naheliegende Fragen zu stellen: »Kam es in den Reihen der Wehrmacht zu vergleichbaren Traumatisierungen? Und wenn ja, wie ging die deutsche Nachkriegsgesellschaft damit um? Je länger man sich mit Shay auseinandersetzt, desto deutlicher wird, daß das kollektive Beschweigen von Kriegserfahrungen in den 50er und 60er Jahren eine empirisch fundierte Diskussion solcher Fragen ungemein erschwert.«

Es fehlt hier der Platz, um auf die Geschichte der imperialistischen »Bewältigung« solcher »nationalen Traumen« einzugehen. Die entsprechenden Phantasien bebilderte Sylvester Stallones »Rambo«. Schon Freud wußte, daß der Konflikt zwischen »Friedens-Ich« und »Soldaten-Ich« entfällt, wenn die ganze Gesellschaft militarisiert ist. Nach der Idealisierung des imperialistischen »Traumas« durch Ernst Jünger (»Gehämmerte und Gemeißelte sind wir, aber auch solche, die den Hammer schwingen«) und Adolf Hitler (»Versailles«, oder: »Händler siegten über Helden«) sollte man mit dem entlastenden Angebot von Opferrollen ebenso vorsichtig sein wie mit einer Pathologisierung der Täter (Eichmanns traumatische Kindheit etc.). Schon die Nationalsozialisten verstanden sich durchaus als Therapeuten der Deutschen.

Tilman Moser: *Dämonische Figuren. Die Wiederkehr des Dritten Reiches in der Psychotherapie*, Suhrkamp, Frankfurt 1996, 330 S., 48 Mark

Dina Wardi: *Siegel der Erinnerung. Das Trauma des Holocaust.* Mit einem Vorwort von Tilmann Moser. Klett-Cotta, Stuttgart 1998, 348 S., 48 Mark

Jörn Rüssen/Jürgen Straun : *Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein*, Suhrkamp, Frankfurt 1998, 450 Seiten, 29,80 Mark

Michel de Certeau: *Theoretische Fiktionen. Geschichte und Psychoanalyse*, Turia + Kant, Wien 1997, 200 Seiten, 42 Mark

Gottfried Fischer/Peter Riedesser: *Lehrbuch der Psychotraumatologie*, UTB Wissenschaft, München1998, 383 S., 78 Mark

wird fortgesetzt

Günther Jacob schrieb in KONKRET 3/99 über oral-historische Täterforschung

Konkret 04/99, S. 68

Michael Scharang

Ein Satz, zypressengleich

Zum hundertsten Geburtstag der »Fackel« am 1. April 1999

Ich sehe das zukünftige Ereignis vor mir. Ich werde gestorben sein, und man wird sich meinen Tod nicht erklären können. Also wird eine Untersuchung angeordnet. Schädel und Leib werden aufgeschnitten – und heraus purzeln Sätze. Einer davon lautet: Ich bin an einem Wort erstickt. – Um welches es sich gehandelt haben wird, würde ich selbst gern wissen.

Wie aber kamen die Sätze in den Körper? Ganz einfach. Seit meiner Jugend wirkt Literatur auf mich unmittelbar: wie Nahrungsmittel. Ich verdanke ihr, im Guten wie im Schlechten, alles. Wenn das Leben mich vor eine Frage stellt, die ich beantworten soll, fällt mir als erstes ein, wie diese Frage in einem bestimmten Roman, in einem bestimmten Essay bereits gestellt worden ist, ehe ich mich zum Reden oder zum Handeln aufraffe.

Wer so veranlagt ist, darf nicht zu viel lesen, sonst ginge ihm so viel Literatur durch den Kopf, daß er verrückt würde, ehe auch nur ein Schritt vor den anderen gesetzt wäre. Das wenige aber, das er liest, genießt er bis zur Besessenheit, so daß er mitunter nicht unterscheiden kann, was Literatur, was Leben ist.

Dieses wenige nun wird von einem Satz überragt; nicht dominiert, sondern anmutig, freundlich, selbstverständlich überragt, gleich einer Zypresse, die neben anderen Pflanzen wächst und doch sich arglos über diese erhebt – dieses wenige also wird überragt von dem folgendem Satz, der aus zwei Sätzen besteht: »Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll, Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung und Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selbst.« Erstmals zu lesen in der »Fackel« 315-316 des Jahres 1911.

Im Hintergrund steht die Propaganda von Wien als einer gemütlichen Stadt. Karl Kraus rettet diese Stadt mitsamt allem, was sie an Inventar hat und haben sollte, er rettet sie vor den inventarisierten Menschen, welche der Stadt menschliche Eigenschaften oktroyieren, die ihnen selbst längst nicht mehr eignen.

1919 merkt Kraus, daß der Aufzählung »Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung und Warmwasserleitung« durch das »und« selbst etwas Gemütliches anhaftet. Er streicht es und setzt vor »Asphalt« einen Doppelpunkt. Doppelt ungemütlich. Genial.

Konkret 04/99, S. 69

Marit Hofmann

Filmtheater

Celebrity

Regie: Woody Allen; mit Kenneth Branagh, Judy Davis u.v.a. Stars, Stars, Stars; USA 1998 (Arthaus); 113 Minuten; ab 8.4. im Kino

Dieses unaufhörliche Geplapper und Geschrei – furchtbar! VIP-Partys, Modenschauen, schöngeistige Dinnerabende – wer den Klatschreporter und Möchtegern-Autor Lee (Branagh), der seit einem Klassentreffen mit sichtlich gealterten Schulkameraden unter Torschlußpanik leidet, auf seiner Suche nach Glück und Glamour in der Welt der Schönen, Reichen und Berühmten begleitet, braucht starke Nerven. Nicht daß es nicht amüsant wäre, dabei zuzusehen, wie ihm seine leicht hysterische Ex (Davis) während der Preview einer großkotzigen Filmkoryphäe (Sie wissen schon, »einer von den Spinnern, die am liebsten in Schwarz-Weiß drehen«) eine Szene macht, wie der »New York Times«-Kritiker auf einer Cocktailparty seinen Roman-Erstling runtermacht, wie er der attraktiven Aktrice (Melanie Griffith als perfekte Personifikation der Dummheit) anbietet, die männliche Hauptrolle aus seinem Drehbuch für sie umzuschreiben, oder angesichts des Perücken tragenden Supermodels (Charlize Theron) auf dem Beifahrersitz nur noch Unsinn stammelt (»Sie sind plötzlich so langhaarig«) und den neuen Wagen zielsicher ins nächstbeste Schaufenster lenkt.

Aber als offensichtliche (in stilvollem Schwarzweiß gehaltene) Hommage an Fellinis »La Dolce Vita« hinterläßt »Celebrity« gleichzeitig ein tiefes Unbehagen an der starproduzierenden Kulturindustrie, auch wenn Branagh (dem bereits der Fluch anhaftet, Allens »Alter ego« zu sein, da doch dem Regisseur diesmal nicht unterstellt werden kann, er würde sich selbst spielen) in seiner tapsigen Unbeholfenheit inmitten der gestylten Coolness zweifellos eine komischere Figur abgibt als der smarte Mastroianni in Fellinis Vorlage.

Der Gegensatz zu Dietls Medienkritik heuchelnder, aber in jeder Hinsicht belangloser Nichtmal-Satire »Late Show« könnte nicht größer sein – und das liegt nicht nur an Allens imposantem Aufgebot. Das von der Studiopolitik der Majors nicht zu beeindruckende Regie-Genie hat sich einen distanzierten Blick auf das »Phänomen des Berühmtseins«, das (nicht nur in Amerika) »hysterische Ausmaße angenommen hat«, bewahrt und entlarvt wie nebenbei Begleiterscheinungen des Starkults – etwa wenn er Leonardo DiCaprio in der Rolle eines widerlich arroganten Jungstars auftreten läßt, der nach einem Tobsuchtsanfall im Hotelzimmer jovial zu Koks und Gruppensex lädt und damit genau das Bild zu bestätigen scheint, das man sich (von den pubertierenden Leo-Fans mal abgesehen) von DiCaprio macht.

Am Ende sitzt Lee wieder in einer Kinopremiere und sieht genau die Filmszene, deren Dreh er zu Beginn mitverfolgt hat. Während die immergleichen prominenten Gesichter um ihn herum einen weiteren Erfolg verzeichnen dürfen – darunter auch seine Ex-Frau, die nicht nur ihren Traummann, sondern auch ihre eigene Fernseh-Show bekommen hat – , wird ihm klar, daß alle seine Bemühungen um Ruhm und die wechselnden Objekte seiner Begierde ins Leere gelaufen sind. Ironischerweise wird damit ausgerechnet das Kino zum Ort der Reflexion – in einer Welt, in der selbst im abgelegenen Kloster die Hölle los ist, wenn der TV-Pfarrer zur Autogrammstunde kommt.

Lulu on the bridge

Buch und Regie: Paul Auster; mit Harvey Keitel, Mira Sorvino, Willem Dafoe; USA 1998 (Tobis); 104 Minuten; seit 25.3. im Kino

Nichts und niemanden mehr hören und sehen will der Jazz-Saxophonist Izzy (Keitel), nachdem er bei einem Auftritt angeschossen und so schwer verletzt wurde, daß er nie wieder spielen kann. Weil Austers Geschichte aber in einer Art Traumwirklichkeit, auf der Schwelle zwischen Leben und Tod, angesiedelt ist, darf schon mal ein Deus ex machina eingesetzt werden, der die schwere Depression einfach so wegzaubert: Ein zufällig entdeckter Stein mit magischen Kräften schenkt Izzy nicht nur neue Lebenslust, sondern auch die Liebe einer jungen Schauspielerin (Sorvino). Alles wäre perfekt, würde der mysteriöse Stein nicht gleichzeitig als McGuffin fungieren, dem allerhand dubiose Gestalten hinterherjagen, ohne daß man wüßte, warum (allen voran Dafoe als Dr. Van Horn, dessen Faible für psychologische Foltermethoden sich, in Anlehnung an Kubricks »Clockwork Orange«, mit einer debilen Begeisterung für den Songklassiker »Singin' in the rain« paart).

Das hört sich reichlich merkwürdig an. Und tatsächlich wirkt Austers erste eigenständige Regiearbeit im Vergleich mit seinen früheren, von Wayne Wang verfilmten, Geschichten »Smoke« und »Blue in the face« kryptischer, ernster (selbst die Musik der Lounge Lizards klingt hier weniger schräg), auf den ersten Blick gar esoterisch. Aber zumindest aus der Sicht Izzys ergibt die Todesphantasie einen Sinn. Und der Betrachter kommt nicht nur in den Genuß einer Verwandlung Keitels

vom mürrischen Eigenbrötler zum jungenhaften Romantiker, sondern erlebt auch einen ausgefallenen Gastauftritt Lou Reeds, der ausnahmsweise einmal nicht sich selbst spielt.

»Lulu on the bridge« ist ein Film, über den man nicht zu viele Worte verlieren sollte. Was allerdings daraus geworden wäre, wenn, wie zunächst geplant, Austers Freund Wim Wenders die Regie übernommen hätte, das wollen wir uns lieber nicht ausmalen.

Juha

Regie: Aki Kaurismäki; mit Kati Outinen, Sakari Kuosmanen, André Wilms; Finnland 1998/99 (Pegasos); 78 Minuten; seit 25.3. im Kino

Endlich Ruhe. Das heißt, Musik ist noch zu hören, aber die kann man gut aushalten. Und die wortkargen Dialoge, die selbst finnischen Schauspielern immer mal wieder rausrutschen, gibt es hier nur noch als Zwischentitel zu lesen. – Weil »heutzutage die Menschen so viel reden (und ohne Grund)« und weil sich der Regisseur angeblich für seine eigene Plapperhaftigkeit bestrafen wollte, hat Aki Kaurismäki einen Stummfilm gedreht. Die Handlung ist kaum der Rede wert: Die naive Bauersfrau Marja brennt mit einem reichen Städter im Sportwagen durch. Ihr Mann Juha will sich rächen. Oder, um es in Kaurismäkis Worten auf den Punkt zu bringen: »Es ist ein Dreiecksdrama. Die Geschichte ist tragisch.«

Dabei erscheint der Anspruch, sich durch die selbstauferlegte Beschränkung dem »Wesen des Kinos« zu nähern, gar nicht so abwegig, zumal auch Kaurismäki eifrig Filmgeschichte studiert und dabei – Anspielungen auf Buñuel und Renoir belegen es – inzwischen bis in die 50er vorgedrungen ist. Auffällt lediglich, daß die Zwischentitel bisweilen geradezu geschwätzig daherkommen und ihre eigentliche Funktion, visuell nicht zu vermittelnde Informationen zu liefern, ironisch unterlaufen. »Sie waren glücklich wie Kinder«, steht da beispielsweise, obwohl das aus den übertriebenen und auf den modernen Kinogänger noch in den dramatischsten Szenen belustigend wirkenden Gesten der Darsteller und der leitmotivisch eingesetzten Orchestermusik unschwer zu schließen ist.

In seinem nächsten Film will Kaurismäki übrigens auch auf die Bilder noch verzichten. Vielleicht werden dann auch die Kritiker endgültig verstummen. – In einem anderen Interview hat Kaurismäki allerdings angekündigt, daß in seinem nächsten Film ohne Ende gequatscht wird.

Konkret 04/99, S. 70

Georg Seeßlen

Seid Internet zueinander

Sex and soap, Pornographie und Werbung: Das World Wide Web öffnet ein Fenster zur Innenwelt des Kapitalismus

1

Nichts gegen neue Medien. Ob wir sie nun brauchen oder nicht. Mehr als eine Fußnote ist auch die Beobachtung nicht wert, daß mit jedem neuen Medium vor allem die Erfahrung wächst, daß wir uns sowieso nicht viel zu sagen haben. Wenn das kulturkritische Geraune, jedes neue Medium würde unsere Welt, unsere Komunikation, unsere Wahrnehmung spürbar, ach was: revolutionär, wenn nicht gleich apokalyptisch verändern, einmal verstummte, dann müßten sich Betreiber und Einrichter der jeweils neuesten Medien wohl eingestehen, daß sie irgendwas falsch gemacht haben.

Indes wiederholt sich nur in zugegebenermaßen durchaus rasanter Beschleunigung das immergleiche Geschehen: Eine ins Technische verliebte Konsum-Avantgarde erklärt einen medialen Erneuerungsschub zum Prestigeausweis, eine Mehrheit zieht, vor allem von der Angst getrieben, irgendeinen Anschluß zu verpassen, nach, und während das neue Medium unter rapidem Preisverfall seinen Prestigewert verliert, wird es dermaßen mit Werbung überzogen und verseucht, verliert Form und Übersichtlichkeit, daß es gleichsam automatisch die Sehnsucht nach dem nächsten neuen Medium produziert. Dabei will offensichtlich niemand bemerken, daß es doch immer wieder die gleichen Bilder und Nachrichten sind, die dabei vermittelt werden. Boaaah, geile Titten! Unser letztes Angebot: Wir legen noch 10.000 Dollar drauf. Der Dax bleibt stabil. In Timbuktu regnet es. Liebling, es wird heute abend etwas später. Schlußverkauf bei C&A. Immer träumen wir, zu irgend etwas Verborgenem Zugang zu bekommen, schneller und leichter zu den Hot spots zu gelangen – es gibt kein neues Medium, das einen seiner Motoren nicht in dem Versprechen hätte, sozial gefahrloser an Pornographisches zu gelangen (die einzige Branche, die vom Internet nicht profitiert, sind die Hersteller von Regenmänteln), auf irgendeine Weise mit anderen in einen Kontakt zu treten, der sich im »richtigen« Leben nicht ergibt, oder in der Welt der endlosen Bilderketten irgendwann auf *das* unerwartete und skandalöse Bild zu treffen.

Mit jedem neuen Medium werden die Verbindungen vielfältiger und substanzloser. Das Medium schreit sich aus lauter Inhaltslosigkeit nur noch selbst heraus. Dutzende von Handy-Benutzern im Zug von Hamburg nach Berlin schreien ihren Empfängern nur noch zu, daß sie jetzt im Zug von Hamburg nach Berlin sitzen. Internet-Benutzer erklären einander, daß sie gerne das Internet benutzen. Interaktives Fernsehen? Die köstliche Freiheit, selber bestimmen zu können, aus welcher Perspektive ich einen lebenden Werbeträger sehe, der sich wahlweise in Boliden, auf Skiern oder auf einem Fahrrad im Kreis herum bewegt. Es ist das Grauen der Trivialität, was jedes neue Medium in Windeseile so alt aussehen läßt.

Schon deshalb kann sich ein neues Medium letztlich nur mit etwas »Verbotenem«, d. h. mit Pornographie aufheizen. Die Einführung der häuslichen Videorecorder ist, wie entsprechende Untersuchungen erhellen, mehrheitlich der Möglichkeit geschuldet, ungehindert an pornographische Filme zu gelangen, und löste einen Schub sogleich kommerzialisierter »Amateurpornographie« aus – das mit Abstand am meisten in die Suchmaschinen des Internet eingegebene Wort ist »Sex«. Machen wir uns nichts vor: Eine medialisierte Gesellschaft ist mehr noch als eine verblödete eine pornographisierte Gesellschaft. Nicht nur der Körper (wie in der »klassischen« Pornographie), die ganze Biographie verwandelt sich von einem Subjekt zu einem Objekt des Begehrens. Das Medium verspricht – je »interaktiver«, desto mehr – den Empfänger, der zum Sender werden will, zum »Helden für einen Tag« werden zu lassen, und macht ihn dann zu einem Clown für wenige Minuten.

Dazu gibt es eine nicht minder grauenhafte und komische Gegenbewegung. Wo jedes Bild im Medium zur Trivialität wird, kann auch jede Trivialität im Medium zum Bild werden. Der interaktive Teilhaber an der Vernetzung stellt aus, was ihm zur Verfügung steht: sein (bescheidenes) Wissen, seine »Meinung«, seinen (bescheidenen) Besitz, sein Begehren, seinen Körper oder seinen Alltag. All diese Trivialitäten werden zu Bild und Nachricht, zum einen, weil sie ganz einfach durch das Medium vermittelt sind und daher gefahrlose Teilhabe versprechen. Mit der Webcam, einer meist fest installierten Kamera, die Bilder ins Internet speist, werden Dinge übertragen, die uns im richtigen Leben entweder nicht die Bohne interessieren würden, oder bei denen wir aus Gründen der Rest-Genierlichkeit wegsehen würden. Der Reiz dabei scheint vor allem die Illusion der Kontrolle. Jeder darf den Großen Bruder, die Große Schwester spielen. Wenn wir die Stasi, bei allem realen Schrecken, den sie zu verbreiten wußte, auch als große dadaistische Erzählmaschine verstehen können, an der eben sehr viel mehr Menschen sich eher ein bißchen beteiligen wollten, als sich nur vor ihr zu fürchten, dann sind wohl die neuesten Medien eine Art Meta-Stasi im Fleisch der »demokratischen« Gesellschaft. Jeder bespitzelt jeden? Besser noch: Jeder hofft, vom anderen bespitzelt zu werden.

Der Reiz freilich ist größer, weil sich das Spiel unendlich ausdehnen läßt. Denn jede noch so triviale Äußerung meines Privatlebens, die ich ans Medium liefere, ist dringend verdächtig, gefälscht zu sein. Die falsche Identität, mit der ich in die Chatrooms gelange, die Wohnung, in die ich vermeintlich sehe, um einer Frau per »watchcam« bei Alltagsverrichtungen

oder beim An- und Ausziehen zuzusehen, ist doch nur eine Bühne; was sich als Live-Ereignis ausgibt, ist in Wahrheit ein Video-Film; Organisationen und Netzwerke, die ihre Spuren hinterlassen, sind in Wahrheit nur die Spuren, die einer allein eifrig zu setzen weiß.

Was also in der ersten Phase wiederum nur das alte Spiel zwischen den voyeuristischen und den exhibitionistischen Impulsen ist, verwandelt sich zunehmend in eine Art des vernetzten Agentenspiels. Der Unterschied zwischen einer terroristischen und einer medialisierten Gesellschaft besteht daher in erster Linie darin, daß die Rollen zwischen dem Agenten und seinem Opfer frei flottieren und daß es für Ausspionieren, Zurschaustellen und Fälschen keinen anderen Inhalt gibt als den Nachweis der Gewöhnlichkeit. Aber sogar das Spiel mit der Illusion, mit der Maskierung und Demaskierung, erweist sich in der Regel selbst als Illusion. Denn warum sollte nicht etwas, das ein »Amateur« kann, sogleich auch jemand »Professionelles« imitieren, wenn sich damit Geld verdienen läßt? Eine Studentin, vom Arbeitsamt vermittelt, spielt eine Studentin, die sich dabei zusehen läßt, wie sie am Computer sitzt und ihr T-Shirt auszieht. Das Umschalten von einer Kamera auf die andere kostet natürlich was.

Nicht, daß es nicht auch ein paar »echte« Teilnehmer an der »Kommunikation« im Internet gibt, aber sobald etwas in irgendeiner Weise verkäuflich zu sein scheint, wird es von kommerziellen Anbietern ersetzt, mit Werbebannern bespickt und per Endlosschleife (»More like this?«) mit den Haupt- und Konzern-Anbietern vernetzt.

2

Okay, machen wir den Selbstversuch. Unter dem Suchbegriff »watchcam« im Netscape tauchen vor allem Porno-Angebote auf, dazwischen ein höchst erhellender Blick in eine holländische Tanzhalle, Fotos von einem gewissen Mister Ed, der bemerkenswerte Ähnlichkeit mit Robert Crumbs jüngerem Bruder hat und großbrillig und überbißgrinsend vor seinem Computer sitzt, Angebote von Sexclubs, und immer wieder ein paar Frauen, die sich über einen Computer beugen und ein Stück von ihrem Slip sehen lassen. Strippoker bis zu dem Punkt, wo deine Kreditkarte verlangt wird. Auffallend häufig ist das Versprechen einer Kamera, die aus einer Toilettenschüssel heraus den Menschenteil aufnehmen soll, der es benutzt. Die Toilette war schon im klassischen Agentenfilm der Ort der »letzten« Konspiration. Im Internet können wir beobachten, daß hier keine Mikrofilme und kein Rauschgift mehr verschwindet, sondern nur naja eben, Sie wissen schon.

Es ist ziemlich schnell klar. Einerseits ist das ganze ein Teasing für die Nutzung des Internets als Pornographie-Medium, das die Grenzen des Zugriffs noch einmal verschiebt, andrerseits erotisiert es die Maschine wie der Pirelli-Kalender (»Die Beine Ihres Autos«), die ansonsten den Impotenz-Vorwurf an seinen Benutzer nur allzu leicht weitergibt. Und dann gibt es das Versprechen, nicht nur der Blick könne praktisch alles kontrollieren, über alle Grenzen des Intimen hinweg, sondern auch das Bild des Menschen kontrolliere sehr genau, was es von sich preisgibt und was nicht. Nichts von dieser endlosen Folge von Betrug und Selbstbetrug, was nicht schon in den Filmen von Alfred Hitchcock (mit den bekannten tödlichen Folgen) verhandelt worden wäre. Nur weil das Medium »neu« ist, vergessen wir so schnell, wie alt dieses Spiel ist, und wie sehr es, in der direkten materiellen Ausbeutung wie in der Bildung der Phantasmen, »Gesellschaft« erst konstituiert. Während die Ware ihren Glanz verliert (durch das Internet-Shopping, sagt gerade ein »Fachmann« im Radio, verlören die Erwerbsrituale des täglichen Lebens ihren rituellen Charakter – der Kühlschrank kauft selber ein, was für die Führung der zukünftigen Wohngemeinschaft vonnöten ist, und vergißt nicht, die eine oder andere Markenbezeichnung einfließen zu lassen), können der Körper und seine Biographie nur noch selber zur Ware werden. Im Internet erhalte ich die Illusion, er sei das, was noch nicht im Besitz eines Konzerns ist (weshalb sich hier auch das Interessse nicht auf den idealen, sondern auf den unvollkommenen und fragmentierten Körper richtet), und das Medium wird auf diese Weise zu einem der letzten Refugien des kleinbürgerlichen Tauschverkehrs, das sich seit ein paar hundert Jahren von der Macht auf die Regel, von der Körperlichkeit auf das Körperbild zu konzentrieren sucht. Im Internet verkauft sich das Kleinbürgertum an sich selbst und hat Spaß dabei. Es ist Herrscher und Hure, Sklave und Kolonialist zugleich; es hat sich endlich vollkommen erreicht.

In der »watchcam«-Rubrik »The House« können wir über verschiedene Kameras die Besucher eines holländischen Mannes an der Haustür, den Inhalt seines Kühlschranks, sein Telefon, seinen Garten undsoweiter beobachten, alle paar Minuten gibt es ein neues übertragenes Bild. Wem es in der Zwischenzeit zu langweilig wird, der kann seinen Sponsor besuchen und sich mit etwas Werbung vergnügen. Statistisch erfaßt werden nicht nur die Lebensmittel im Haus, sondern auch die Anzahl der Leute, die seine Internet-Seite abgefragt haben. Die »Web Family« stellt ihr Familienalbum ins Netz und berichtet euphorisch von dem Erlebnis eines Fernseh-Interviews. Mutti posiert besonders aufgeregt.

Unter »update Men's Desk« werden nur wieder verschiedene Porno-Seiten angeboten (darunter wird uns Claudia Schiffer versprochen); in »All Cameras Worldwide« kriegen wir Urlaubsfotos durchschnittlicher Qualität, »realshowoffs« hinter einem Paßfoto, per Klick alle möglichen Nahaufnahmen weiblicher Anatomie und Bekenntnisse wie diese: »I love to wear skimpy clothes in crowded place, especially minishirts«. Tatsächlich? Unter »natcams« kommt man zuerst an die Klagemauer von Jerusalem, erfährt etwas über koschere Hot Dogs, verirrt sich dann aber sofort wieder in Pornos und Werbung, bis man am Lake Michigan gelandet ist und rassige Sportboote bewundern darf. »Life video cam« ist der Eintritt zu mehr oder weniger ausgefeilten Reklameseiten vieler Städte der Welt, dient aber vor allem der Werbung für

ortsansässige Firmen. Leipzig aber hat ein besonders tolles Angebot: »Wechselnde Kamerastandpunkte ermöglichen ein Kennenlernen der Stadt aus verschiedenen Blickwinkeln.« Man bekommt also gleich mehrere Postkarten von Plattenbausiedlungen. Aber es kommt noch toller: »Den Aufbau Ost beobachten. Kräne zählen, Baustellen ansehen ...« Wir haben es geahnt: Surfen im Internet bedeutet Bärchen gucken, Kühlschränke inspizieren und Baukräne zählen. In »potters-house« kommen wir schließlich, angelockt von einer gewissen Karen, in eine virtuelle Kirche, komplett mit »Believer's Inspiration Page: ›He died for you‹«. Und in den Zwischenstationen dieser abenteuerlichen Reisen gibt es immer wieder Reklame für Sicherheitssysteme, Kameras und Links zu Sponsoren. Ungefähr so sieht eine Kommunikationsrevolution aus. Oder der Untergang des Abendlands.

Spaß macht der ganze Unfug nicht trotz, sondern gerade wegen seiner unbeirrten Trivialität. Das Internet ist für den darin eher schlendernden als zielgerecht suchenden weniger ein Kommunikations- oder Erfahrungsraum als vielmehr eine gewaltige Müllkippe für unterschiedlich verschmutzte und kaputte Trouvaillen aller Art. Wer weiß, wie bewußt den in den neuen Kommunikationstechnologien Sprechenden die Tatsache ist, daß sie tatsächlich Müll reden. Was einerseits das Unnütze bezeichnen kann, andererseits aber auch eine bizarre Form der Kunst.

3

Das »alte« Medium bekommt am jeweils neuen nur Anteil, indem es sich ihm radikal unterwirft; es wird zu seinem Propagandisten, wie die Fernsehzeitschrift, die Computersendung, oder es skandalisiert es (was eine andere Form der Propaganda sein mag) etwa so wie, sagen wir, der »Spiegel« der trivialisiertesten Trivialität im neuen Medium eine Story abgewinnt, in der dreist behauptet werden kann: »Die neue Technologie hat die Phantasie – im Guten wie im Schlechten – ungemein angeregt.« Dazu müssen wir dem Umstand, daß wir einem anderen Menschen in den Kühlschrank sehen oder mit drei Leuten gleichzeitig telefonieren können, irgendeine Form der Bedeutung unterstellen. Wenn gar nichts mehr hilft, bemühen wir eine mehr oder weniger elegant ausgeführte Theorie der »Beschleunigung«.

Tatsächlich beschleunigen sich vor allem die Kreisläufe von Wahrnehmung und Geld. Das Internet-Angebot ist in seiner Mehrzahl das Ideal der Ware, die sich in dem Augenblick und vor unseren Augen selbst vernichtet, da sie erworben wird. Oder sie besteht überhaupt nur noch aus dem Versprechen, aus dem Vorgang des Suchens selbst. Es ist die Idee des perfekten kulturellen Recycling: Bildpostkarten, die in Wirklichkeit schon längst keinen Abnehmer mehr finden, werden im Internet zum Schlüssel, ein familiärer Dia-Abend, mit dem man gerade noch Freunde und Verwandte in die Flucht geschlagen hat, erhält im Internet den Rang einer Sensation. All das nur, weil es sich nun um eine offene Dramaturgie handelt. Es geht immer weiter. Ein Klick, und man erhofft, an das zu gelangen, was jeweils »dahinter« liegt. Aber alles was dahinter liegt, ist Pornographie und Werbung. Und eines würde ohne das andere ebenso wenig funktionieren wie ohne den großen Mythos der Kommunikation. Unser Big Brother-Spiel von Kontrollieren und Ausstellen, Eindringen und Fälschen, Pornographisierung und Trivialisierung, unser endloses Agenten-Spiel ist in sich ziemlich null und nichtig. Es eröffnet ein Fenster zur Welt. Zur Innenwelt des Kapitalismus, um es genauer zu sagen. Sie sieht genau so aus, wie wir sie uns vorstellen.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 2/99 über die Mode der neuen Regierung

Konkret 04/99, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Im Werbefernsehen. Eine Auktion. Aber nicht van Goghs Sonnenbleamerl kommen zum Aufruf, ein Bankkunde soll untern Hammer. Im Auditorium mithin nicht Kunsthändler, sondern (von Littlefritz Klein aus dem Scherenschnittpapier des Lebens herausgeschnittne) Bänker. Und wie nun der Auktionator den Wert des ebenfalls von Littlefritz ausgeschnittnen Kunden (ein Spitzmausgeschöpf wie Dietmar Du und Ingo Ich) durch exzessiven Ausruf von dessen exotischen Servicebedürfnissen (wie: Per Satellit überweisen / frühmorgens vorm Scheißen, tilgungsfreie Ruckzuckkredite in unbegrenzter Höhe, Kontoauszüge wahlweise in Gold oder Sonettform und + &) ins Perplexe, ja ins der irdischen Erfassung sich Entziehende kattrapulltiert, sinken immer mehr Bänkerarme resignatief herab, schütteln immer mehr Tietmayers, Koppers, im Sinne von Nicht zu fassen / Da muß ich passen ihr Haupt, bis zum Schluß nur einer übrigbleibt, welcher sich dieses singuläreinmalige Bankkundenunikat zu leisten vermag. Es ist dies aber eine Bänkermuschi, so um die Mitte dreißig rum, im Fummlgusto wie Geschäftsreife signalisierenden Kostümchen von der Jilsanderstange, und wie der Auktionator sagt Der Kunde geht an die Advance Bank, da ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß diese warmäugige Servicehure dem ersteigerten Objekt zum Wellkamm! erßma schöön einen bläst. Yeah! Das ist der im Todesjahr Kubricks auf den Hund gekommene cineastische Weltgeist. Nun könnte einen dieses Rotzglockengebimmel Volljähriger, die sich da unter der Fuchtel eines Erzscherzkekses namens Art director den Brägen zerknechten im Dienst am 18-Sekunden-Streifen Wie angle ich mir ein Schiroarschloch, hochgetrost im Arsche lecken inclusive der ganzen Branche, wäre der Bagaasch nicht gelegentlich nach wohlsäuischwohler Entgrenzung zumute, so wie diesem Scholz und dem seinen Fränds, die Hiwis für ihre Klitsche suchen mit dem Gäg, daß die Wannseekonferenz und die DDR gleichermaßen keine guten Kampagnen aus Berlin gewesen seien und daß Zeit sei für unbelastete Kreative ihrer Art aus dieser Stadt. Historische Wehmut ist tote Währung. Und trotzdem: Ees gab da mal paar Minuten zwischen 45 und 89, da die Layouttische zum Einspiegeln Hitlers und Ulbrichts in Einunddasselbe nicht soo sicher standen wie anno 99, ja wo Schlipse von solchen kreativen Ludern in die Hand der Gewalt gegen Sachen fielen. Yeah.

Kündigung

03 03 1999

IG Medien

Stuttgart, Fax 0711 2018 199

Betrifft: Meine Mitgliedschaft Nummer 9900847063

Sehr geehrter Vorstand,

der Mitgliedschaft in einem Verband, der wo glaubt, Walser schärfstens schützen zu müssen gegen die *einseitige Darstellung* seiner Friedenspreis-Rede, die meines Erachtens keines Erachtens bedarf, weil sie binnenfaktisch der ganz gewöhnliche völkische Schweinerott eines von Auschwitz verfolgten seelisch toten Deutschen ist, muß ich stante pede entraten. Ich kündige also meine Mitgliedschaft zum nächstmöglichen Termin (gemäß den Statuten).

Rein privat widert mich aufs schärfste an, wie (siehe Dokumentation KONKRET 3/99) die Generalität der GEW und der IG Medien die mutigwiderständigen Bezirksleute der GEW FfM mit nach Militärstiefeln riechenden Methoden auf ihre Walserlinie zu befehlen begehrt.

Sub-nebenbei: Wie Eva-Maria, die GEW-Bundesvorsitzende, in der Solidaritätsaddresse an den VS dem Walser ihre Stange hält, nämlich mit dem nontopablen Schweinesatz:

Wir bemühen uns weiter, in unserer Organisation eine sachliche und differenzierte Diskussion über angemessene Formen des Erinnerns an Auschwitz und die Opfer des Holocaust zu führen.

Da möchte einem Gewerkschaft vergehen wie der Appetit angesichts eines Tellers verfaulter Kaldaunen.

IG Medienmitgliedschaft Ende, aus und tschüß!

gez. Horst Tomayer

Bei Kästners Hundertstem wurde immer wieder in Zeitung und Fernsehen erzählt, er sei deshalb im Reich daheim geblieben, um nach dessen Untergang sein penibles Tagebuch über die Nazizeit aufklärerisch aufklappen zu können. Er habe es aber dann, wiewohl Druckkapazität vorhanden gewesen sei in der US-Besatzungszone, nicht übers Herz gebracht. Um die Antwort aufs Warum war man allseits verlegen. Wie nun aber, wenn Klemperer und Kästner heute auf den Tag vor 66 Jahren in einem Dresdner Café gewürfelt hätten um das Recht, wer, vor Ort bleibend, seine Sicht der Nazidinge aufschreiben und nach der Kapitulation publizieren dürfe? Und Klemperer mit einer Sechs Kästner mit einer Vier ausstach? Würde dies nicht eine weitere dunkle Stube im Haus der Mysterien erhellen?

Konkret 04/99, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Von allen, die jetzt das Amselfeld pflügen, hat der Georg Gafron von der »Bild«-Zeitung die größten Kartoffeln:

Der serbische Schlächter mordet weiter, am Ende halten wieder die Amerikaner die Knochen hin.

Sehr wahr, und doch: Was hat der Gafron bloß dagegen, daß am Ende wieder die Amerikaner die Knochen hinhalten? Es sind ja, wie immer in solchen Fällen, nicht die ihren.

Die Überschrift der Meldung, mit der die größte Zeitung der westlichen Welt über die Absicht ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter informiert, deutsche Unternehmen auf Herausgabe des vorenthaltenen Lohns zu verklagen, lautet:

Polen wollen Geld

Die sprachliche Zurückhaltung ist ein Tribut an die gründlich zivilisierte deutsche Gesellschaft. Was der Dichter uns eigentlich sagen wollte, ist, daß die Polacken uns schon wieder beklauen möchten.

Es geht auch noch feiner. Der Historiker Hans Mommsen hat vorgeschlagen, zur Entschädigung der Zwangsarbeiter einen »Versöhnungsfonds« einzurichten. Dies sei, sagte er, eine

nationale Ehrenpflicht,

die aber diesmal nicht Treue heißt sondern zahlen – ein bescheidener Fortschritt im Materiellen, für den der Professor seine Landsleute mit einem gewaltigen Rückgriff auf ihr Ideelles glaubt entschädigen zu müssen.

Einigkeit und Recht und Freiheit im »Hamburger Abendblatt«:

Sein Name ist für ihn auch Programm. Peter Deutschland möchte dazu beitragen, daß sein Land zusammenwächst. Am heutigen Sonnabend wird der 54jährige Gewerkschaftsfunktionär voraussichtlich Vorsitzender des neuen DGB-Bezirks Nord, zu dem Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gehören.

Da kann der DGB-Bezirk Nord aber ganz schön froh sein, daß der Mann, für den sein Name Programm ist, Deutschland heißt und nicht Czibulsky oder Mösenlechner. Wie hätte sonst geheißen, was nun folgt?:

Deutschland kennt sich in allen drei Ländern bestens aus.

Oder:

Seitdem ist Deutschland häufiger in Hamburg.

Oder:

Deutschland war damals 26 und kaufte sich den ersten Anzug.

Wenn sein Name schon damals Programm für ihn war: eine Uniform.

Reinhard Bütikofer, der Bundesgeschäftsführer der Grünen, findet, die Frauenquote sei

keine heilige Kuh.

Ihm widersprach der Bundestagsabgeordnete Volker Beck, milieugerecht:

Nicht alles, was eine heilige Kuh ist, gehört auf die Schlachtbank.

Zeit für ein Machtwort der Fraktionsvorsitzenden Kerstin Müller, die sich als heilige Quotenkuh verunglimpft fühlte und die Herren Parteifreunde vor einer

Nabelschaudebatte

warnte. Da ging der Parteitag in sich, legte die heilige Kuh auf Eis, machte den Bock zum Schlachter und suchte bzw. forderte bzw. beschloß respektive verabschiedete einen sofortigen

Ausstieg aus der Sackgasse Atomkraft.

Sie haben einfach kein Herz für Inder.

Der gefürchtete deutsche Arbeiterführer Klaus Zwickel hat den Rücktritt von Oskar Lafontaine schärfstens gegeißelt:

Weglaufen ist nicht Sache von Sozialdemokraten.

Zwickel hat es an sich selbst erlebt: Sache von Sozialdemokraten ist Mitlaufen.

Mitunter ist so ein Geißler auch eine Geißlerin, wie die Heike Göbel von der »FAZ«, die schwer was gegen »Lafontaines Lobgesang auf die Binnennachfrage« hat und deshalb von ihren Kollegen nur mühsam abgehalten werden konnte, bei der Geschäftsführung einen Antrag auf Gehaltskürzung einzureichen, aber schwer dafür ist, »die Angebotsbedingungen so zu verbessern, daß die Unternehmen Zutrauen fassen«. Das sei, schreibt sie,

der vielversprechendere Weg,

wobei sie dem *basic instinct* der Wirtschaftsredakteurin folgt, die gerade an dieser Stelle jede richtige Assoziation vermeiden und deshalb von dem mehrversprechenden Weg, der zu nahe am Mehrwert entlang gelaufen wäre, auf den falschen, aber vielversprechenderen ausweichen mußte.

Was der Dr. Wolfgang Schäuble, der gesagt hat:

Der Rücktritt ist ein Menetekel für die Substanzlosigkeit der Regierung Schröder.

wohl glaubt, daß Menetekel heißt? Daniel hatte aus »Mene mene tekel u-parsin«, der rätselhaften Schrift an der Wand, den Untergang Babylons herausgelesen, weshalb ein Menetekel seitdem als Warnung gilt. Aber wollte Schäuble wirklich sagen, Lafontaines Rücktritt habe Schröder vor Substanzlosigkeit gewarnt? Oder wollte er mit was Antikem nur mal eben darauf hinweisen, daß er seinen Dr. nicht vom Aldi hat?

Dort sind ja inzwischen schon Professoren im Angebot, wie jeder weiß, der je einen Text des Eckhard Jesse vor Augen bekam. Zwar behauptet der Mann, dem man die kalten Nächte auf Sachsens Parkbänken von weitem ansieht, er sei Professor für Parteien-, Wahl- und Extremismusforschung an der Technischen Universität Chemnitz (und die Adresse ist nicht schlecht gewählt – welcher Zeitgenosse von Geschmack verirrt sich schon in diese von Gott und Marx verlassene Gegend?), aber wenn er versucht, was aufzuschreiben, fliegt der Schwindel auf:

Die Einheit Deutschlands konnte die Partei, mit der keiner zusammenarbeiten wollte, nicht verhindern.

Ja, hätte die Partei, mit der keiner zusammenarbeiten wollte, die Einheit Deutschlands denn verhindern können? Oder wer wessen wem wen was? Oder ist dem Verfasser bloß der objektive Faktor ins Subjekt gerutscht wie die Tolle unter die Nase? Hinzu kommt ein weiterer Aspekt:

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der eng mit der unterschiedlichen politischen Kultur zusammenhängt: Ost-Wähler nehmen »Versprechungen« stärker für bare Münze und sind dann entsprechend enttäuscht, wenn sie nicht in Erfüllung gehen. Vom Staat wird zuviel erwartet.

So politisch-kulturell unterschiedlich bzw. bescheuert können nur Ost-Wähler sein. Wer Versprechungen von Politikern für bare Münze nimmt und womöglich sogar bare Münze sehen will, erwartet zuviel vom Staat und hat entweder einen Sprung in der Schüssel oder ist Bolschewist. Bzw. Schlimmeres:

Der Wähler dürfte schwerlich nachvollziehen, daß die SPD mit einer Partei in den Bundesländern zu koalieren gedenkt, jedoch nicht im Bund.

Diese Wähler! Zu dumm zum Nachvollziehen! Und für solche Leute muß der Professor Jesse immer weiter forschen:

Es gehört keine Prophetengabe für die Vorhersage

sondern eine Prophetengabe für den Nachruf

dazu, daß die PDS immer weniger mit Argusaugen beobachtet wird.

Argus aber war der Hirte, der bei Aischylos die Io zu bewachen hatte, die von der Göttin Juno in eine heilige Kuh verwandelt worden war, die Volker Beck vor dem Schlachtermesser des Geschäftsführers retten will. Womit auch hier die Extremitäten sich wieder einmal berührt hätten oder, wie wir Professoren von der Technischen Universität Chemnitz auch gerne sagen: Läs Ägsdrähmös sö dusch, newohr?

Eine der Pfäffinnen, mit denen der Deutschlandfunk am Morgen seine Hörer piesackt, hat gefragt, was geschehe,

wenn das Evangelium mit der Wirklichkeit zusammentrifft.

»Grüß Gott« wird es sagen und »Wie geht's«, »Soso lala« wird sie antworten und »Nichts für ungut, aber ich muß weiter«, denn leider ist die Wirklichkeit viel zu gut erzogen, um dem Evangelium und seiner Predigerin das Angebot zu machen, sie

einmal im Mondschein besuchen zu kommen.